

# Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 55 Pf. Postabonnement 6 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Reuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Wer trägt die Schuld?

Wir haben schon mehrfach behauptet, daß der Liberalismus an der mehr in Deutschland herrschenden konservativ-reaktionären Strömung in wirtschaftlicher sowohl als politischer Beziehung die Hauptschuld trage.

Natürlich bestreitet das der Liberalismus.

Wir wollen hier an der Hand der parlamentarischen Geschichte der letzten 20 Jahre in Preußen-Deutschland in aller Kürze den Beweis für unsere Behauptung erbringen.

Während der sogenannten Konfliktzeit herrschte in Preußen die liberale Partei im Parlament unumschränkt; diese Partei nannte sich Fortschrittspartei. Die echten, alten Konservativen befanden sich berart in der Minorität, daß sie sich zusammen „in einer Droßkammer zum Abgeordnetenhaus fahren lassen konnten“.

Es entbrannte in den Jahren 1861, 62 und 63 im preussischen Landtage der Kampf um die Militär-Reorganisation, der eine Zeit lang von der Fortschrittspartei durch prinzipielle Weigerung der Regierungsvorlage mit Erfolg geführt wurde. Die große Majorität des Volkes stand damals hinter der Fortschrittspartei, die den gesammten eigentlichen Liberalismus repräsentirte.

Die Regierung aber blieb hartnäckig und kam mit ihren Fortsetzungen immer wieder. Da man sie plötzlich in den Fortschrittlichen oder richtiger in den liberalen Reihen — der kleinere Theil unter Waldeck's Führung blieb stolz und fest auf dem Rechtsboden und stimmte für eine dahingehende Resolution, der größere Theil unter Forderbeck fing an, die Vorlagen zu amendiren, und es erfüllte sich bald schon das Sprichwort vom Kleinen Finger und der ganzen Hand. Die Kriege von 1864 und 1866 stellten die Militär-Reorganisation de facto fest; die Indemnität, welche das Abgeordnetenhaus der Regierung nach dem Kriege von 1866 verließ, dann auch de jure — der Sieg der preussischen Regierung über den Liberalismus war ein vollständiger. Das Abschwenken des größeren Theils der Fortschrittspartei unter der Führung Forderbeck's war die Ursache der schmachtvollen Niederlage.

Graf Bismarck aber hatte noch weitergehende Pläne. Der Norddeutsche Bund genügte natürlich nicht, das Deutsche Reich mußte gegründet werden. Und eine solche Gründung konnte ohne den vielverwendbaren Liberalismus, der damals im Volke noch zahlreiche Anhänger zählte, nicht wohl in Szene gesetzt werden.

Aber wie konnte der schwer Beleidigte wieder versöhnt werden? Der Militarismus war unter Dach und Fach, innere Gefahren drohten nicht, so konnte man an den „inneren Ausbau“ des Norddeutschen Bundes gehen. Dabei durfte die Regierung „liberale“ Gesinnungen zeigen und sie zeigte

sie denn auch, allerdings zum großen Aerger der Konservativen.

Die Gewerbefreiheit, das neue Strafgesetzbuch, später Freizügigkeit, Aufhebung der Wuchergesetze u. s. w. machten den Liberalismus firre. Freudig opferte er dann nach dem Kriege von 1870/71 die politische Freiheit und die parlamentarischen Rechte auf dem Altar der wirtschaftlichen „Freiheit.“ Diese „Freiheit“ ist natürlich nichts anderes als die Herrschaft des vom Liberalismus patronisirten mobilen Kapitals.

Zug um Zug ging es da — für die Gewerbefreiheit Indemnität und Zustimmung zum Militarismus, für die Freizügigkeit und Wuchergefreiheit das Septennat (siebenjährige Verzichtleistung des Reichstages, in Militärsachen ein ernstes Wort mitsprechen zu können), für die Zivilprozessordnung u. s. w. die Kirchengesetze und das Sozialistengesetz.

Inzwischen war die liberale wirtschaftliche Gesetzgebung den Konservativen doch allzubedenklich geworden. Die Gewerbefreiheit und besonders die Freizügigkeit schädigten die Interessen des Grundbesitzes.

So brach in Folge dieser „liberalen Gesetzgebung“ denn auch halb offene Empörung im konservativen Lager aus, die sich gegen den Fürsten Bismarck wandte, der bekanntlich deshalb die „Kreuzzeitung“ in die Welt erklärte. Und da der Liberalismus in der That auch den Löwenantheil an dem sogenannten wirtschaftlichen Aufschwunge in der Gründerzeit traurigen Angebens erhielt, so wurden die Konservativen immer neidischer und rebellischer.

Fürst Bismarck aber ist im Herzen immer konservativ gewesen. Und da nunmehr die Liberalen in politischen Dingen kein Opfer bringen konnten, weil sie alle wesentlichen politischen Freiheiten und parlamentarischen Rechte geopfert hatten, so konnte der liberale Mohr gehen, der vollauf seine Schuldigkeit gethan hatte, Fürst Bismarck aber durfte nunmehr zu seiner alten Liebe, zum Konservatismus, zurückkehren.

Dies that er auch vollständig im Jahre 1879. Er fing an, von dem Liberalismus die wirtschaftlichen Freiheiten zurückzuverlangen, die sie für die Preisgabe der politischen Freiheiten eingetauscht hatten. Die alten, neuen Kampfgenossen des Fürsten Bismarck, die Konservativen, triumphirten.

Nun entstand die sogenannte neue wirtschaftliche Ära. Die Steuer- und Finanzpolitik des Reiches, nachdem die liberalen Delbrück's und Camphausen's aus der Regierung ausgeschieden waren, trat in konservativer, agrarische Bahnen. Die landwirtschaftlichen Zölle wurden eingeführt und zu

gleicher Zeit die Industriezölle, welche dem Handels-Kapital ein Dorn im Auge sind. Theilweise geschah dies sogar unter Zustimmung früherer Liberalen.

Der Liberalismus war nicht mehr widerstandsfähig. Seitdem er die politischen Freiheiten aufgegeben, hatte er das Volk nicht mehr hinter sich. Der Liberalismus ist immer schwächer und unhaltbarer geworden, und wenn der Herr von Forderbeck, der eine Hauptschuld trägt an dem rapiden Niedergang des Liberalismus in Deutschland, vor einigen Jahren muthvoll ausrief: „Auf die Schanzen zurück!“ so bezeichnet dieser Ausruf allerdings ganz zutreffend die Lage, in der sich der deutsche Liberalismus befindet.

Wir machen für diese Lage die wenigen der alten liberalen Jahre treu gebliebenen Fortschrittler nicht verantwortlich, sondern den Liberalismus als solchen, der sich in der von uns berührten Zeitperiode fortwährend als schwankend und feig bewiesen hat. Darunter müssen auch die besseren Elemente, die sich noch vorfinden, selbstverständlich leiden.

Aber auch diese werden immer mehr zur Ohnmacht verurtheilt, da das Vertrauen zum Liberalismus und Fortschrittlerthum im Volke immer mehr schwindet.

Wer soviel an dem Volke und der Freiheit in den letzten 20 Jahren gesündigt hat, wie der Liberalismus, der ist eines Aufschwungs unfähig geworden, trotzdem er sich ab und zu in kleinen und manchmal auch noch recht kleinen Oppositionen versucht.

Nun kann das Volk selbst ermesen, wer mit die Hauptschuld trägt an den heutigen traurigen Zuständen.

## Politische Uebersicht.

Herr Windthorst und das Sozialistengesetz. In Freiburg hielt am 7. d. M. der Reichstagsabgeordnete Marde (Zentrum) im Vereinshaufe einen Vortrag über das Sozialistengesetz, in welchem er u. a. anführte, daß der Plenarberatung derselben schwere Kämpfe innerhalb der Zentrumsfraktion vorausgegangen seien, wobei manches bittere Wort gefallen sei, und daß Windthorst nur auf nachhaltiges Drängen sich dazu habe bestimmen lassen, seine in der Kommission abgelehnten Widerungsanträge zum Gesetze im Plenum wieder einzubringen. Wir haben also von Anfang an Herrn Windthorst richtig beurtheilt.

Das konservative Amtsblatt in Grimnitzkau hat der Erklärung des dortigen Stadtraths in Sachen des Brandes der Rührler'schen Fabrik die Bemerkung beigefügt, daß jene sensationelle Nachricht des offiziellen „Dr. J.“, welche den erwähnten Brand mit den Unruhen in Belgien in Zusammenhang bringen wollte, nicht allein von den Grimnitzkauer Arbeitern, sondern auch von der gesammten Einwohnerschaft, welche den dortigen Arbeitern eine derartige Schledchtigkeit nicht zutraue, mit Entrüstung aufgenommen worden sei. Die Erlä-

uere Welt suchte, sondern die Welt und ihn als zwei neben einander thronende souveräne Götter ihres Innern anfaß.

Da gab es denn schon manch' kleine Dispute, manches Schmolzen auf der Reise. Bei ihr machte sich öfters Eigensinn und lächelnde Ironie, bei ihm Eiferucht und Rechtshaberei geltend. Dergleichen kleine Szenen, in welchen naturgemäß der schöne, schwächere Theil Sieger blieb, hatten aber den großen Reiz, daß man doch versöhnen, abhüten, verzeihen konnte! Das Maß der in solchen Momenten losgelassenen Leidenschaft und Worte läßt sich nur nicht immer feststellen oder in eine unschädliche Grenze drängen. Je öfter oder bestiger sich dergleichen eheliche Szenen wiederholen, desto mehr kleiner Wunden und Risse giebt's, um so stumpfer werden die Pfeile der Liebe, desto fühlbarer jeder neue Streich, welcher auf die alte Stelle fällt.

In diesem Stadium häufiger Ausbrüche und somit erhöhterer innerer Abkühlung befand sich der Ehevulkan, als sie den Heimweg antraten. Die Freude auf das Wiedersehen daheim überwog den Genuß des Augenblicks, und so langten Beide an, ohne zu ahnen, welch' unterirdische Dämonen bereits besessen gewesen, den Boden ihres häuslichen Glückes zu erschüttern.

Startens Empfang war von Seiten der Mutter wärmer als je. Edmund hatte aber Ursache, über die Launeit verwundert zu sein, welche ihm von der Baronin zu Theil wurde.

Graf Silbern, der sich mit anderen Freunden auch eingestellt hatte, war lebenswürdig wie immer, besonders leidete ihn eine leise Schwermuth ganz allerliebft und verfehlte nicht, größere Theilnahme bei Startens hervorgerufen.

Die Mama hatte aber nichts Eiligeres zu thun, als den ersten freien Moment des Alleinseins mit der Tochter zu benutzen, um ihr mit dem Lohne des Schmerzes Graf Silbern's glänzende Aussichten und ihren Strauß mit dem Trödler mitzutheilen, wie die schreckhaften Entdeckungen, welche sich daran knüpften.

Des Verhältnisses mit Mathilden that sie indeß noch keiner Erwähnung, sie wollte es eben auf Edmund und den

Seine Seligkeit in der ersten Zeit des Besitzes, des ungetheilten Besitzes dieses schönen Weibes war unbeschreiblich. Sie war eben so wild wie phantastisch, ein Gemisch von wirklichem und eingebildetem Genuß, ein Schlaraffenbasen zwischen Himmel und Erde hängen, ohne einer von beiden Regionen anzugehören. In diesem Zustande durchflogen sie die Alpenwelt und die lombardische Ebene, grühten die Peterskuppel und des rauchenden Besuv.

Wie aber jede Dithyrambe, jegliche Begeisterung sich nur kurze Zeit auf ihrer vollen Höhe zu halten vermag, sich aber nicht leichter ermüdet als Genuß und Freude, so erlahmte auch Edmund's Ueberschwänglichkeit, und er bemerkte mit leisem Mißbehagen, wie seine reizende Gattin lange nicht so feurig liebte, nicht so geistig beweglich und allem Schönen zugewendet war, wie er. Marte konnte überhaupt nicht heftig und innig lieben, ihr Temperament besaß eine große Kälte und Weibschaflosigkeit, war indeß von einer immerwährend heiteren Färbung, welche aus der Genugthuung über ihre Schönheit, ihren Triumph und der glücklichen Gedanklosigkeit betriebs ihrer eigenen Lage entsprang. Das sie an Lebensglück beanspruchte, bot sich ihr in Edmund, und sie konsumirte mit einer lächelnden Ruhe der Zufriedenheit ihr eigenes Dasein. Allerdings war Graf Silbern ihre erste Neigung, so weit sie solcher eben fähig war. Was sie indeß an ihm liebte, war sehr verschieden von dem, was sie an Edmund fesselte, und sowohl die Argumente der Mutter, wie ihre eigene Vorstellung von sorgloser Zukunft ließen eben Edmund in jeder Beziehung bei ihr den Vorrang behaupten. Sie würde ebenso mit Bedauern und einer verflohenen Jahre Edmund um Silbern's willen verabschiedet haben, als sie Silbern über Edmund hintenax setzte.

Es ist nicht so geliebt zu wissen, wie er liebte, war die erste unangenehme Entdeckung des jungen Gatten, welche sicher nicht dadurch verfehlt wurde, daß Marte keines geistigen Zusammenlebens mit ihm, so wie er gehofft, fähig war, und während er noch an die Wunder Pompeji's gebannt war, empfand sie merkwürdige Sehnsucht nach Hause, nach der Mutter, ihren Freunden, dem eleganten Gesellschaftsleben. Er fühlte, daß sie nicht in der Ehe, der Gattenliebe allein

## Feuilleton.

### Der Trödler.

Roman von A. G. Braßvogel.

(Fortsetzung)

Die alte Dame schlief keine Nacht mehr und erwartete mit Sehnsucht die Rückkehr der Tochter, um sie so bald wie möglich aus dem Traume zu reihen, ehe es ganz und gar zu spät und Startens Unglück besiegelt sei. Mathilde, unter Allen der gewiß am ungerechtesten leidende Theil, trug, nachdem sie jenen furchtbaren Hochzeitstag überwunden, welcher ihre ganze Vergangenheit und Zukunft begraben, ihr Schicksal mit dem Stolze eines echten Frauencharakters, der sich seiner Würde wie des Adels seines Schmerzes bewußt ist.

Inzwischen kam die Zeit heran, wo das junge Ehepaar von der Reise zurück erwartet wurde.

Die Liebe ist ein Kaufsch, sagen die Poeten, und Jeder, welcher wirklich liebt, empfindet das. Besonders ist der erste, volle, schrankenlose Besitz und Genuß der Liebe, also gewiß die Zeit der jungen Ehe, der Flitterwochen, ein seliger Taumel. Es giebt indeß eine Art von Kaufsch, welcher sehr unangenehm ist, wenn er allzu tief, zu unvernünftig stürmisch, kurz, kein geistiger und edler Kaufsch ist. Das Erwachen, das Ernüchtern ist um so ungeheurer, um so elender.

Edmund hatte an den Besitz Startens Alles gesehen, was er zu bieten vermochte. Nicht allein sicherte er im Ehekontrakt ihre Zukunft mit der Hälfte seines Vermögens, überschüttete sie mit verschwenderischen Gaben, wie eben nur ein jugellos Liebender vermag, welcher nicht an den nächsten Tag denkt, strebte um ihretwillen rastlos auf seiner Berufsbahn weiter, sondern hatte auch für sie alle Erinnerungen seiner Jugend, die Wünsche seines Vaters, seine ursprüngliche, solide Reigung geopfert und sich in einen Salonhelden verwandelt, kurz, mit seiner Vergangenheit in den offenbarsten Widerspruch gesetzt.

zung des Stadtraths hat man allseitig mit Freuden begrüßt. Das „Dr. J.“ versucht in seiner neuesten Nummer eine sehr lahme Entschuldigung.

**Zur Kolonialpolitik.** Der Afrika-reisende Paul Reichard hat beim Auswärtigen Amt seine ersten Ansprüche auf folgende Ländergebiete Ostafrikas angemeldet: a. auf die östlich vom Tanganika-See gelegenen Gebiete: 1) Uganda, 2) Uganda qua Maditraguma, 3) Uganda qua Merupambala, b. auf der westlich vom Tanganika-See gelegenen Gebiete: 1) Marungu qua Kapamba, 2) Marungu qua Kalimba, 3) Marungu qua Ndowina, 4) Marungu qua Ntiti. c. am Tanganika-See: Marungu qua Nanda. Sämmtliche Gebiete sollen einen Flächenraum, der ungefähr der Hälfte von Deutschland entspricht, umfassen. Herr Reichard habe dieselben theils „durch Waffengewalt erobert“ (!) und „unterworfen“ (!) sowie seine Hoheitsrechte durch Erhebung von Tribut ausgedeutet, theils habe er dieselben durch dort rechtsgültige Verträge erworben! Etwas weniger wäre mehr!

Die sozialdemokratischen Führer im deutschen Reichstage sollen, wie Herr Hyndman, der englische Revolutionär, in der „Justice“ erklärt, „irgend ein Lebenszeichen von sich geben“, denn „ihre Rabmheit hat die revolutionäre Partei in ganz Europa entmuthigt.“ Im deutschen Reichstage gäben die Herren nur „pedantische Vorlesungen und langweilige Auseinandersetzungen vom Besten“, es sei „kein Feuer, keine Rede, keine Beredsamkeit in den Ansprachen dieser Herren; alles so trocken wie nur möglich; vielleicht recht wissenschaftlich, aber verteuert lau.“ — Derselbe Herr Hyndman belobt in derselben Nummer der „Justice“ den Premierminister Gladstone wegen seiner Tapferkeit, seiner Kraft, seiner Entschlossenheit; um Hauptbedingung rage er vor Allen hervor. Man vermuthet, daß Hyndman diesen Lobgesang nur deshalb angestimmt hat, weil er Freisprechung von seiner Anklage dadurch erwartet. Vor Gericht hat er sich schon vor einiger Zeit einen viel „gemäßigteren Mann“ genannt, als sein Mitangeklagter und Genosse Burns sei. — Die Herren „Revolutionäre“ Hyndman und Genossen sind ja nun auch in der That freigesprochen worden.

Objektive Urtheile über die belgischen Unruhen findet man jetzt nach Beendigung derselben in den verschiedensten deutschen Zeitungen. So schreibt die „gouvernemental-liberale“ „Elberfelder Zeitung“ sehr treffend: „In dem Vältlicher Kohlenrevier ist bei einem Lohn von 2,50 bis 3 Francs die Arbeitszeit übermäßig lange (13 Stunden). Dabei wurde in der letzten Zeit gewöhnlich nur die halbe Zeit gearbeitet, so daß die Leute hauptsächlich nicht so viel verdienten, um nur das trockene Brod zu gewinnen. Nicht minder traurig steht es in den Revieren von Charleroi und Mons aus, wo überdies viele Tausende von Arbeitern gänzlich brodlös sind und in dem harten Winter dieses Jahres nicht wußten, wohin sie ihr Haupt legen sollten. Dazu kommt, daß die niederen Klassen in Belgien jedes Wahlrecht beraubt sind, während die Wehrpflicht einig und allein auf ihnen lastet. Unter solchen Umständen ist es erklärlich genug, wenn die Gährung unter den belgischen Arbeitern außergewöhnlich tief geht, und wenn anarchistische Wälder hier den kräftigsten Nährboden für Aufregungen finden. Es mag ganz wahr sein, daß fremde Anarchisten die Funken hinzugebracht haben, welche den Aufbruch entzündeten; aber die Funken hätten nicht günden können, wenn sie eben die brennbaren Stoffe nicht so massenhaft und so dicht an der Oberfläche verbreitet gefunden hätten. Selbst dies wird man den Sozialisten zugeben dürfen, daß es gerade der Mangel an Organisation der Arbeit ist, welcher die Gewaltthatigkeiten zum Theil verschuldet. Die Regenden, in denen der Aufstand um sich gegriffen hatte, sind gerade diejenigen, in denen die wenigsten Arbeitervereine vorhanden sind. Die Arbeiter, die in Vereinen organisiert sind, fühlen ihre Macht und wissen dieselbe unter Umständen wirksam auszuüben. Sie werden daher weniger zu Gewaltthatigkeiten aufgeleitet sein, als diejenigen, die kein anderes Agitationsmittel haben, als ihre Fäuste und ihre ungeschulten Leidenschaften.“ — Das klingt jetzt alles anders, als vor der Verlesung des Sozialistengesetzes, wo die „ungeschulten Leidenschaften“ in der konservativen und national-liberalen Presse herrschten.

Umkehr. Unter dieser Ueberschrift hatten wir am vorigen Sonnabend einen Artikel geschrieben, in welchem wir der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Anerkennung nicht verlagten konnten, daß sie sich in ihrer Auffassung der belgischen Arbeiterunruhen, besonders in der Beziehung derselben zur deutschen Arbeiterbewegung und in weiterer Beziehung zu der Vertheilung deutscher Arbeiter an diesen Unruhen bedeutend gehebert habe. Für dieses Kompliment, welches dem Blatte wohl nicht so recht passen mag, aber welches wir nach dem Sprüchwort: „Der Wahrheit die Ehre“ nicht versagen durften, erhalten wir nun einem weiteren Sprüchwort gemäß: „Undank ist der Welt Lohn“ einige Liebesworte wie: „Paroxismus“, „Vorpiegelungen einer erregten Phantasie“ von der „N. N.“ an den Kopf geworfen. Wir hatten nämlich ausgeführt, daß das offizielle Blatt vor der Berathung über das

Sozialistengesetz die deutsche Arbeiterbewegung für die belgischen Unruhen verantwortlich gemacht und auch deutsche Arbeiter verdächtigt habe, an den Unruhen Theil genommen zu haben. Nun sucht die „Nordd. Allg. Ztg.“ unsere Behauptung zu bestreiten dadurch, daß jeder Leser ja wisse, wie sie über jene Unruhen geurtheilt habe und daß sie deshalb kein Verdächtig fühlte, die Unhaltbarkeit der Behauptungen des „Berliner Volksblatt“ zu erweisen. Diese Abwehr ist allerdings ungemein bequem; aber wir können mit derselben recht zufrieden sein. Uebrigens hätte die „Nordd. Allg. Ztg.“ ihren Lesern wohl etwas mehr aus unserem Artikel mittheilen können, damit dieselben auch die Veranlassung zu unseren Bemerkungen erfahren hätten. Es handelte sich nämlich um die bekannten Verleumdungen, welche die „Times“ gegen die deutschen Arbeiter und gegen die deutsche Regierung geschleudert hatte und die von dem „Berliner Volksblatt“ in einer „separatistischen Abwehr“, wie wir uns ausdrücken, zurückgewiesen wurden. Wir erklärten dann, daß auch diese Abwehr mit Genugthuung erfolge. Alles das verschweigt die „Nordd. Allg. Ztg.“ ihren Lesern. — Der Aerger, den der geheime Kommissionsrath Herr Binder darüber empfindet, daß wir das Treiben der „Nordd. Allg. Ztg.“ vor der Verlesung des Sozialistengesetzes schonungslos aufdeckten, kann uns somit nicht rühren, wir glauben, daß wir dadurch im Interesse der Arbeiter gehandelt haben. Geradezu erstaunt aber sind wir über die Bemerkung des offiziellen Blattes, daß wir den Arbeiterinteressen „mehr nügen“ könnten, wenn wir uns „näher mit Beziehung auf die „Nordd. Allg. Ztg.“ — an Thatsachen hielten, statt Vorpiegelungen einer erregten Phantasie Raum zu geben. — Wir haben aber schon gezeigt, daß das Blatt des Herrn Binder mit keinem Wort diese „Vorpiegelungen“ entkräftet, daß es sogar erklärt, sie nicht entkräften zu wollen. Damit ist doch in der That Alles zugefallen. Im Uebrigen aber verstehen wir von Arbeiterinteressen etwas mehr, als die „Nordd. Allg. Ztg.“ — Und damit Punktum!

„Verbrecherische Thorheit“ — ein bekanntes, geflügeltes Wort — so nennt die liberale „Saale-Ztg.“ das Treiben der gegenwärtigen und konservativen Blätter, welche einen „Staatsstreik“ empfehlen, diese „Revolution von oben“. Aber damit noch nicht genug. Auch „anarchistische Agitation“ soll die regierungsfreundliche Presse dadurch treiben. — Wir können uns zufrieden sein, wenn sich unsere Gegner in solcher Weise betheben.

Die Wilhelmsspende, die hauptsächlich den Beiträgen der Arbeiter ihren Ursprung verdankt, sollte auch vornehmlich den Arbeitern zu Gute kommen, wie es seinerzeit in den Gründungsprospalten hieß. Jetzt erfahren wir aus der „Allg. Ztg.“, daß der Aufsichtsrath der Wilhelmsspende am 4. April eine Sitzung abgehalten habe, in welcher ein außerordentlicher Zuwachs zu den Verrechnungen im letzten Jahre festgefunden habe. Namentlich aber seien es Beamte, Lehrer, Pastoren und Handwerker, die sich einkauften, während die Arbeiter sich leider fern hielten.“ — Dies Fernhalten der Arbeiter ist ja selbstverständlich, da dieselben die hohen Beiträge nicht erbringen können, und auch sonst die Statuten für sie ungünstig sind. — Dies Institut hat die moralische Pflicht, den Arbeitern für die eingezahlten Groschen in irgend einer Weise Entschädigung zu bieten.

### Großbritannien.

Ueber die denkwürdige Donnerstags-Sitzung im englischen Unterhause plaudert der Londoner Arbeiter der „Box“ sehr hübsch in folgender Weise: „Wenn irgend etwas die hochgradige Spannung des englischen Volkes in Bezug auf Gladstone's Projekt zur Beilegung des englisch-irischen Zwistes zu beweisen vermochte, so war es die Menschheit inner- und außerhalb der Mauern von Westminster, welche sich versammelt hatte, um den großen Mann zu hören und zu sehen. Schon von 6 Uhr Morgens an kamen die Mitglieder des Parlaments, um sich Sitze zu sichern, einen Hut auf dem Kopfe und einen Hut unter dem Arm; letzterer bestimmt, den mit Beschlag belegten Sitz zu bewachen. Bis Mittag waren fast sämmtliche Mitglieder des Parlaments versammelt und vertrieben sich die Zeit mit athletischen Spielen, Wettsaufen u. s. w. Sogar ein unglückliches Tripplé hatten die Irländer ausgegabelt und ritten darauf herum zu gegenseitigem Gaudium. Um halb fünf verließ ein brausendes Hurrah der draußen harrenden Menge die Ankunft des Premiers. Es war ein lautes, wildes Jauchzen aus Tausenden von Rehlen, eine Begeisterung, als gälte es, den Messias zu empfangen. Und mit all der charakteristischen Unanständigkeit, welche der Engländer in seiner Freude an den Tag zu legen vermag, hielt das Volk den alten Mann, der es immer und immer wieder grüßte, barhäuptig, im Regen, fest, als wolle es nicht wieder von ihm lassen, bis es endlich der Polizei gelang, seinen Wagen frei zu machen und in den Hof von Westminster zu leiten. Die Scene im Hause beim Eintritt Gladstone's war unbeschreiblich. Ein Ausbruch von Enthusiasmus, wie ihn das Haus wohl kaum jemals erlebt, begrüßte den alten Führer der Whigs, und es schien, als ob die ganze liberale Partei in dem Gefühl aufjubelte, wie wenn ihr schon mit dem Erscheinen ihres Vorläufers ein Alp von der Brust genommen würde. Die Söhne Irbernas

„Liebe Frau, ich bitte Dich, ebenso wie Mama, Mäßigkeit zu bewahren und mich ruhig anzuhören. Dann wird Cauer klares Urtheil selbst das Rechte finden. — Mich selbst bindet persönlich keinerlei Abhängigkeit an den Tröddler, noch ist mir sein Benehmen hierbei etwa weniger ärgerlich als Euch, aber es ist wohl sehr einfach, daß ich das Testament meines Vaters, so unangenehm dasselbe für mich in vielen Punkten sein mag, nicht ungeschehen machen kann. Schätzlein hat zwanzigttausend Thaler zur ersten Hypothek auf dem Hause, unter sechzehn Jahren darf ich sie nicht kündigen; ebenso hat er, so lange er lebt, den Genuß der Lokalitäten, welche er einmal inne hat. Ob ich ihn aus seinem Privilegium vertreiben kann, wird uns Ihr Notar, Mama, mit einem Wort sagen können!“

„Und wie konntest Du als Mann von Ehre mir eine so gräßliche, erniedrigende Situation verschweigen?“

„Ich habe nicht gewußt, liebe Marie, daß es noch nicht genug sei, Dich über die Höhe meines Vermögens und gewiß ausreichend über Deine Zukunft beruhigt zu haben, sondern Dir auch noch über jede unbedeutende Bagatelle in meiner Erbschaft Rechenschaft schuldig zu sein. Das ist mir neu!“

„Und Sie nennen es Bagatelle, einem Menschen von solcher Widerwärtigkeit verpflichtet zu sein, einem Menschen, der es offen ausspricht, daß er jeden Augenblick unsere Zukunft und alle ihre hochtönenden Versprechungen illusorisch machen kann!“

„Ich frage Dich, Edmund, willst Du diesem Manne die Wege weisen oder nicht?“

„Ich würde es, wenn ich das Recht hätte! Ich habe allen Euren Reizungen gern gewillig, Unmögliches und Ungerechtes kann ich nicht! Dieser Mann hat seit meiner Geburt und länger im „kalten Stein“ gewohnt, mein Vater hat viel auf ihn gehalten, und darin wenigstens soll meines Vaters Willen befolgt werden! Schätzlein bleibe im Hause! Ich kann nicht, eben so wenig will ich ihn vertreiben! Mama hat sich höchst wahrscheinlich selbst gegen diesen Mann ihrer Würde vergewogen, sich in Dinge gemischt, welche ihr fremd lagen, und ist da gewaltsam eingeschritten, wo man Ruhe und Vernunft brauchen muß! Dies ist weit mehr zu

heulten wie die Indianer, nein, wie die Wölfe heulten sie. Ruhig und ernst, als ob ihn der ganze Welt nichts anginge, nahm Gladstone seinen Platz zwischen William Harcourt und John Morley, und erhob sich nach wenigen Minuten, auf Neue begrüßt, mit der gleichen Würde um in 3/4 stündiger Rede seinen Plan, wie und unter welchen Modalitäten Irland ein eigenes Parlament zu geben sei, die Regelung irischer Angelegenheiten, zu entwickeln. Klarer, lösender Stimme baute sich Satz auf Satz in vollendeter Form, bald farbendunt in politischen Streifzügen, bald leuchtend und nüchtern in unerbittlicher Logik und endlosen Zahlen. Es war ein unvergleichlicher Genuß für Alle, denen es vergönnt diesen in 50 jährigem öffentlichen Dienst ergrauten, weichen harten Staatslenker zu sehen und zu hören. Als in der dritten Stunde die Stimme an Kraft verlor, ihr jugendlicher Klang das Alter nicht mehr zu täuschen vermochte, da ging es ein leises Bedauern durch die Reihen, in Furcht, dieser Mann könnte vor der Zeit versterben. Aber mit gewaltiger Willenskraft, unterstützt durch „Sherry mit Eis“, raffte der alte Streik sich auf und manche seiner Sentenzen dröhnten wider an die Wänden. Fast zu Ende mit seinen Ausführungen, dat er nur noch kurze Geduld und diese Bitte brachte ihm einen begeisterten Applaus nicht nur von seinen Anhängern, sondern — Diese englische Unantheit! — Auf den Bänken der Opposition fand die Oration ihren lauten Widerhall. Man sah auf konservativer Seite nicht den Führer der feindlichen Partei, man sah den gewaltigen Redner, den mächtigen Geist und diesem galt der Tribut.“

Von Gladstone's oratorischer Leistung spricht die „Times“ mit höchster Bewunderung. Es ist keine flüchtige Wendung, sagt sie, wenn man behauptet, daß Mr. Gladstone's Rede mit der er um die Erlaubnis bat, eine Majorität für die Rule in Irland einzubringen, ohne Gleichen in unseren parlamentarischen Annalen ist. In der meisterlichen Behandlung verwickelter Einzelheiten, in der Beherrschung dialektischer und rhetorischer Hilfsmittel war sie nicht nur wunderbar für einen Mann von siebenundsechzig Jahren, sondern sie hob sie empor aus der Region politischer Gemeinplätze durch den Gehalt eines schwungvollen Endzweckes und einen Ton gehaltener Ueberezeugung.

### Belgien.

Die Lage in Charleroi selbst hat sich in so fern gebessert als nur noch 2800 Arbeiter feiern, also der Streik sich seiner Erde nähert. Aber die Stimmung ist dort eine sehr düstere. Während hier also mehr Ruhe eintritt, brechen in anderen Bezirken große Arbeiterstreiks aus; so in den der Gesellschaft Ronceau-Fontaine gehörigen, zu Forchies la Marche gelegenen zehn Kohlengruben, die mit die bedeutendsten Belgiens sind. Hier sind die längsten Arbeitszeiten für die Kohlenarbeiter, Stunden, für die übrigen 15 Stunden, und die meisten Arbeiter der beiderlei Geschlechts beschäftigt; Alle wollen Lohnerböhrung. Ferner in den acht großen Zwiirfabriken der Stadt Ninove, daselbst sind 800 Arbeiter beschäftigt, mit einem Tageslohn von 1,25 bis 1,50 Frank (1 bis 1,20 M.). Am 7. d. M., mittags, brach der Streik in der Fabrik von Demont aus, und sofort stellten die Arbeiter aller Fabriken die Arbeit ein. Da die Haltung derselben drohend wurde, wurden eilige Telegramme nach Gent und Brüssel geschickt. Es folgten Truppen dahin ab und besetzten alle Fabriksanlagen und das Rathhaus, vor dem die Arbeiter sich aufgestellt hatten. Die Fabrikbetreiber lehnen die Erhöhung der Löhne in Folge der deutschen Konkurrenz ab. Bei Namur haben Eisenbahnarbeiter die Arbeit eingestellt; so gährt es in Belgien überall, und es wird geraume Zeit dauern, ehe eine Beruhigung des Landes eintritt.

Nach dem „Berl. Tagebl.“ wäre die Regierung entschlossen, „gegen die sozialistischen Agitatoren mit größter Energie vorzugehen.“ Die Hausdurchsuchungen dauern fort. Am 9. d. begab sich die Kaiserliche Kommission in die Wohnung des bekannten Agitators Alfred Defuisseaux, dort eine Reihe Schriften, darunter eine demnächst erscheinende Broschüre, betitelt Les hontes du „regime censitaire“. Die Polizei konfiszierte alle Exemplare des „Buletinismus“. Das sozialistische „Peuple“ erklärt heute, eventuelles Verbot der Manifestation vom 13. Juni werde ein Signal zum Ausbruch einer sozialen und politischen Revolution bilden.

Der Deputirte van der Smiffen, der Gründer der „unabhängigen“ Partei, der kürzlich auf seine Rücksicht, scheint ein sehr zweifelhafter Ehrenmann gewesen sein. Seine Frau soll mit seinem Wissen mehrere gut bezahlte Liebesaffären unterhalten haben, der Mann fröhlich das Geld spielte also eine Art Louis-rolle, natürlich „voorneemer“. Das gute Einvernehmen der beiden würdigen Ehegatten neuerdings etwas getrübt und van der Smiffen forderde sich als Halter von seiner besseren Hälfte alle Briefe zurück, ihn hätten bloßstellen können. Als die Bitte keinen Erfolg hatte, griff er — nicht zum Messer, wie seine Berliner Parteigenossen — sondern zum Revolver. Frau van der Smiffen von den Aerzten aufgegeben sein.

„Ich bin verantwortlich bin für Verhältnisse, welche ich nicht herbeigeführt habe! Bei allem Einfluß, den die Meinen über mich einräume, muß ich Sie doch bitten, Mama, mir in meinen pekuniären Angelegenheiten fortan keine Initiative allein zu überlassen!“

„Da Sie den Ton, Herr Schwiegersohn, also wechseln belieben und mir andeuten, als läge es zu sehr in meinem Vortheil, mich mit Ihrem Säckel zu beschäftigen, versichere ich Ihnen, daß ich nach dieser Enttäuschung wirklich keinen Geschmack an so defekten Interessen, als den Ihrigen, finde. Sie sind aber nebenbei, zu meinem großen Bedauern, Gemahl meiner Tochter, und der leidigten Mutter werden Sie erlauben, Ihnen zu sagen, daß Ihre Abhängigkeit von diesem Herrn Tröddler, wie die große Neigung Ihres Papas, welcher sogar den Schwiegersohn seiner eigenen Frau der Tochter dieses Schätzlein verzeihen sich auf ein schamloses Verhältniß gründet, daß Ihre Vater mit dieser Person kultiviert zu haben scheint, wie es noch am Verlobungstage, o Schimpf und Schande, gesagt haben. Das ist Dein Eheglück mein Kind! Das ist Deine Hoffnungen!“

„Madame!“ rief Edmund außer sich. „In diesem Hause, das mein Vater im Schweige seines Angekommens erwarb, damit Sie jetzt darin die Herren spielen, sich seiner Verlassenschaft ernähren können, hat er in der That gelebt! Es giebt Beleidigungen, die zu unaussprechlich sind, um verziehen zu werden! Sie werden soviel Ehre haben, die Räume zu meiden, welche für uns Beide zu werden! Mögen Sie das schöne Bewußtsein mit sich nehmen, recht mütterlich gehandelt zu haben!“

„Ich werde Sie verlassen, und meine Tochter wissen, was sie zu thun hat, um die Schande von diesem Hause zu machen, sich so tief zu Ihnen herabgelassen zu haben.“

„Madame, Ihr Papa drehte einst Dänen, wie Sie meinte!“

Die Baronin rauschte wie eine Regäre hinaus. Marie stand vor ihm mit zusammengeklüffelten Lippen, Thränen in den Augen und hochflotendem Blute.

„O Du erbärmlicher Betrüger, dem ich meine Ehre

Lauf der Dinge ankommen lassen, ob man zum Aeußersten schreiten, also einen Bruch herbeiführen müsse, was ihr der Welt gegenüber nur höchst unangenehm sein konnte.

Marie, so ruhig im Ganzen ihr Temperament war, so fest und eigenständig wurde ihr Charakter, wenn ihr Gefühl einmal beleidigt und empört war. Mamas Mittheilung verzeigte sie in eben so großes Erstaunen, wie sie ihr Blut in Wallung brachte, und sie beschloß, daß Schätzlein um jeden Preis das Feld räumen müsse. Als daher am andern Tage nach dem Gespräch mit der Mutter Edmund von Besuch nach Hause kam und man speisen wollte, blieb die erregte Leidenschaft der jungen Frau die erste Fanfare zur Attacke. Es war das erste Mal, daß sie Edmund mit ausgesprochenem Uebelwollen empfing.

„Aber mein Gott, was fehlt Dir, mein Schatz?“ fragte er besorgt. „Wer hat wieder das Unglück gehabt, Dich zu erzürnen?“

„Der Urheber wird Dir bald in seiner schmutzigen Erscheinung vor die Augen treten. Höre nur von Mama, was in Deinem Hause vorgegangen ist, und urtheile, ob ich nicht ein Recht habe, empört zu sein über die grobe Täuschung, der Du mich hingebest?“

„Grober Täuschung, ich Dich, Marie! — Bei Gott, ich verstehe Dich nicht! Du kannst mich doch kaum beleidigen wollen!“

„Wie leicht, Herr Schwiegersohn, verstehen Sie mich besser, wenn ich Ihnen sage, daß, als ich mich veranlaßt sah, den pöbelhaften Lärm und die Beengung des Hauses mit Tröddlerwaren zu verbieten und dem Herrn Schätzlein im andern Falle eine Kündigung in Aussicht stellte, er mir auf eine Art und Weise begegnete, wie noch Niemand gewagt, ja er mir sogar zu verstehen gab, daß er Sie in seinen Händen habe!“

„Es versteht sich von selbst, Edmund, daß das Subjekt sofort aus dem Hause geschafft wird! Vor Deinem Gewissen magst Du verantworten, wie Du es über Dich vermochtest, mir eine Abhängigkeit zu verschweigen, die eben so gemein wie empörend ist, wenn sie wirklich besteht.“

Edmund erbleichte. Mit Mühe gebot er der Bewegung, die über ihn kam.

noch e  
selber.  
de Dr  
wach  
tügen“,  
die Dr  
gegenw  
bat nat  
Quercu  
D  
segenw  
rechtl  
M  
Mois  
Arbe  
nur lu  
1. Ar  
in ir  
Begen  
anstalt  
verfahr  
schneid  
der W  
wirths  
Anwen  
setzt h  
als Mi  
wichtig  
sicheru  
in wel  
vereini  
lassung  
hält al  
der W  
lich wi  
den la  
gewerb  
Küchle  
stehend  
die Bo  
ginnen.  
N  
Reichs  
Indivi  
a u s g  
Ungar  
2 nach  
Sache  
wiesens  
aus W  
vom V  
verurth  
hatte.  
U  
Eise  
Dalen  
Eisenb  
verlieb  
ression  
Regier  
Reihe  
laufen  
der B  
einer n  
bis zu  
lönnen  
werden  
schauer  
bis 18  
Witbe  
lönnen  
die W  
ression  
der W  
Fürsor  
andere  
ments  
U n f  
sprach  
solches  
dasselb  
empfab  
strenge  
Die W  
meine  
achte  
dort  
des R  
den G  
Saiten  
in die  
D  
früher  
stellun  
am T  
sichtlich  
bilden.  
D. W  
beachte  
komme  
eine R  
vortref  
oder:  
Räbe  
sich vo  
richtig  
leit be  
und fi  
des E  
Wagge  
Körper  
Durch

## Franzreich.

Angehts des Decazeville Streiks sind die Abgeordneten noch eifrigere Lobträger der Freiheit als die Regierung selber. Der Senat beschloß z. B. mit 153 gegen 102 Stimmen die Dringlichkeit für die Beratung des Antrages Boyssian, wonach jeder Versuch, die Freiheit der Arbeit zu beeinträchtigen, bestraft werden soll. Der Justizminister hatte sich gegen die Dringlichkeit der Beratung ausgesprochen und erklärt, die gegenwärtigen Gesetze seien völlig ausreichend. Die Kammer hat natürlich auch die Verhaftung der beiden Sozialisten Duc-Quercy und Roche in Decazeville gutgeheißen.

## Schweiz.

Das Militärdepartement wird dem Bundesrath einen Gesetzentwurf über den Landsturm vorlegen, um denselben eine kriegerisch gesicherte Stellung zu verschaffen.

## Oesterreich-Ungarn.

Am 7. d. M. wurde ein Bericht des Referenten Fürsten Alois Vichstein über die Unfallversicherung der Arbeiter im Parlamente vertheilt. Wir wiederholen hier nur kurz die grundsätzlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs: 1. Ausschluß der Privatversicherung und der staatlichen Hilfe in irgend einer Form; 2. Errichtung von obligatorischen, auf Gegenseitigkeit beruhenden territorialen Versicherungsanstalten; 3. Anwendung des Tarif- und Kapitaldeckungsverfahrens; 4. Beitragsleistung der Unternehmer und der Arbeiter (10 pCt.); 5. völkervertragsmäßige Karenz und Beschränkung der Versicherungspflicht auf jene Arbeiter, welche in landwirtschaftlichen und industriellen Großbetrieben der aus der Anwendung von Kraftmaschinen erwachsenden Gefahr ausgesetzt sind. Die liberale Minderheit des Gemeinderathes hat als Minoritätsvotum drei Änderungsanträge gestellt. Der wichtigste derselben geht dahin, an Stelle der territorialen Versicherungsanstalten Berufsgenossenschaften zu bilden, in welchen gleichartige oder wirtschaftlich verwandte Betriebe vereinigt werden. Weiter befürwortet sie die völlige Freilassung der versicherten Arbeiter von jeder Beitragsleistung, hält aber dabei das Recht der Arbeiter, an der Verwaltung der Versicherungsanstalten theilzunehmen, aufrecht. Und endlich will sie rückhaltlos ausgesprochen wissen, daß man auch den land- und forstwirtschaftlichen, sowie auch den gesammten gewerblichen Betrieb in die Unfallversicherung ohne jede Rücksicht auf eine aus Anwendung von Kraftmaschinen entstehende Gefahr einbeziehen müsse. Die Beratungen über die Vorlage werden im Abgeordnetenhause erst nach Ostern beginnen.

Im Monat März dieses Jahres wurden aus dem Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern 54 Individuen, nämlich 45 Männer und 9 Frauenspersonen ausgewiesen, und zwar: 13 nach Bayern, 12 nach Ungarn, 11 nach Rußland, 8 nach Preußen, 5 nach Italien, 2 nach Württemberg und je ein Individuum nach Afrika, Sachsen und der Türkei. Unter den nach Italien Ausgewiesenen befindet sich der 44jährige Ingenieur Barisim Concil aus Mailand, welcher wegen Verbrechens des Hochverrathes vom Landgerichte in Innsbruck zu einer dreijährigen Kerkerstrafe verurtheilt worden war und erst kürzlich die Freiheit erlangt hatte.

## Rußland.

Ueber die bevorstehende Verstaatlichung der russischen Eisenbahnen bringt die „Rov. Wr.“ folgende interessante Daten: „Es ist bekannt, daß die Konzession zum Bau unserer Eisenbahnen auf verschiedene Fristen von 75 bis 85 Jahren verliehen wird. Nur die Bahn Barloje Selo ist fristlos konzeßionirt. In allen Statuten der Eisenbahnen behält sich die Regierung außerdem das Recht vor, nach Ablauf einer gewissen Reihe von Jahren (gewöhnlich 20 Jahre) die Bahnen anzukaufen, wobei die Reineinnahme der letzten 7 Jahre, mit Abzug der beiden ungünstigsten Jahre, zum Maßstab der Bestimmung einer mittleren Einnahme dient, deren Ertrag den Aktionären bis zum Schluß der Konzeßionsfrist auszahlt wird. 1886 können die Nischni-Norhschaner und Lodzer Bahn angekauft werden, 1887 die Moskau-Mosgoroder und Petersburg Warschauer, 1888 die Nikolaiabahn, danach in jedem folgenden Jahre bis 1898 die übrigen, mit alleiniger Ausnahme der Orlov-Wiebscher und Dinaburg-Witebsker, die 1906 angekauft werden können. 1932 erhält die Regierung nach Ablauf der Konzeßion die Warschau-Wiener Bahn und 1959 erlischt die letzte Konzeßion, so daß dann das gesammte Eisenbahnen in Händen der Regierung ist.“

Auch in Rußland will man für die verunglückten Arbeiter eine Fürsorge schaffen. In einer aus Delegirten der Industriellen und anderen Mitgliedern, darunter auch Vertretern des Bürgerdepartements bestehenden Kommission behufs Beratung eines Gesetzes über Unfallentschädigung von Fabrik- und Arbeiter-Verletzungen sprach sich, wie die „Rov. Wr.“ berichtet, still gegen ein solches Gesetz die Industriellen aus, welche meinten, es würde dasselbe die Arbeiter nur nachlässiger werden lassen (1), sie empfahlen, erst eine Unfallstatistik aufzustellen und im Uebrigen strenge Maßregeln zur Verhütung von Unfällen zu erlassen. Die Vertreter des Bergwerks-Resorts dagegen waren gerade

entgegengekehrter Ansicht, und sie verlangten gar, daß der Fabrikbesitzer selbst dann die Verantwortung zu tragen haben solle, wenn die Arbeiter in Folge eigener Verschuldung ein Unfall trifft. Die Kommission schlug nun einen Mittelweg ein. Sie erkannte die Nothwendigkeit eines Spezialgesetzes an, aber sie will gleichzeitig „... die Fabrikanten, Industriellen, Hüttenbesitzer und Landwirthe, die mit Maschinen arbeiten, nur dann für Tod, Verwundung und chronische Gesundheitsbeschädigung von Arbeitern verantwortlich machen, wenn der Unfall verursacht wurde durch den Mangel an Maschinen oder Sicherheitsvorkehrungen, durch Fehlerhaftigkeit der Maschine, durch Explosion, sowie durch Nachlässigkeit oder ungenügende Kenntnisse des Dienstpersonals, dessen Befehle und Anordnungen Unfälle herbeiführen, endlich, wenn der Arbeitsmodus die bestehenden besonderen Vorschriften unbrüchlich ist.“ Im Falle des Todes sind Kur- und Bestattungskosten zu tragen und die vom Verstorbenen Unterhaltenen sicher zu stellen, im Falle einer Gesundheitsbeschädigung die Kurkosten und eine Pension zu zahlen; letztere variiert zwischen 25 und 100 pCt. vom vollen Pensionsbetrage, der nach Maßgabe des Wochenlohnes berechnet wird; dabei ist der Termin für Einreichung der Entschädigungsklage in liberalster Weise auf zwei Jahre normirt und dem Fabrikbesitzer die Beweisverpflichtung zugeschoben, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder Schuld des Arbeiters entstanden sei.

## Schweden und Norwegen.

Auch Schweden sucht neue Absatzquellen für seine Erzeugnisse. Die im nächsten Mai eine Uebungsfahrt unternehmende Fregatte „Vanadis“ soll nach Marokko verschiedene Produkte, wie Eisen- und Holzwaren, Feinzeug, Butter, Käse, Bündelholz, getrocknete Fische, Bier und Waffen mitnehmen, für deren Einfuhrung der schwedisch-norwegische Generalkonsul in Tanger sorgen wird.

Wie der letzte Bericht des Kommerzalkollegiums mittheilt, giebt es in Schweden 2924 Fabriktablissements, in denen 71 713 Arbeiter beschäftigt und für etwa 191½ Millionen Kr. Waaren erzeugt werden. Die höchsten Werthe werden durch die Gießereien und mechanischen Werkstätten mit 30,8 repräsentirt; derselben folgen die Zuckerraffinerien mit 19,3, die Baumwollwebereien mit 12,7, die Baumwollspinnereien mit 12,2, die Kleiderfabriken mit 11,1, Tabakfabriken mit 10,9, Mahlmüllfabriken mit 9,1, Bündelholzfabriken mit 9,0 und die Papierfabriken mit 8,0 Millionen Kronen. Diesen Fabriken schließen sich die Züchtereien, Lederfabriken, chemisch-technischen Fabriken, Ziegelwerke und Fabriken von Papiermasse mit einer Jahresproduktion von 5½-6 Millionen Kronen an.

## Spanien.

In der Provinz Katalonien herrscht seit einiger Zeit eine Bewegung unter der Arbeiterbevölkerung, die neuerdings eine Verschärfung erfahren haben muß, da sich verschiedene Blätter veranlaßt sehen, die Regierung auf die Angelegenheit aufmerksam zu machen und derselben den Rath zu ertheilen, „Maßregeln“ zu ergreifen.

## Balkanländer.

Nach einer Pariser Meldung sind daselbst aus Äthen Berichte eingelaufen, denen zufolge die Eventualität eines kriegerischen Vorgehens Griechenlands gegen die Türkei als nahezu besiegelt gilt. Der bisherige Verlauf der Kabinette Delgasnys einen Rückzug zu ermöglichen, schon deshalb, weil die Opposition unter Führung von Trilupis sich gegen eine Kriegführung ausgesprochen habe und die bis jetzt behauptete Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung des Landes in dieser Frage nicht mehr existire.

Das Gerücht, daß zwölf Bataillone Montenegriner nach einem heftigen Gefechte mehrere Ortschaften auf türkischem Gebiete besetzt haben, bestätigt sich in dieser Form nicht. Richtig ist jedoch, daß 2500 Montenegriner vor Kurzem zwei Ortschaften in der Nähe von Solaschin besetzt haben und daß die dieser Gelegenheit zwischen den Montenegriner und dem Einwohnern mehrere Schiffe gewechselt wurden. Die Porte hat ihren Agenten in Cetinje beauftragt, von der türkischen Regierung Erklärungen über diesen Vorfall zu fordern. Letztere hat den Vorfall als ein Mißverständnis bezeichnet und sofort die Räumung der beiden türkischen Ortschaften angeordnet, die auch schon thatsächlich vollzogen worden ist.

Das „Journal de St. Petersburg“ dementirt die Meldung des „Gaulois“ von einem angeblichen russischen Fiktural bezüglich der Entschliessungen Rußlands für den Fall, daß der Kaiser von Bulgarien sich weigern sollte, sich dem Arrangement der Mächte zu unterwerfen. Ebenso bezeichnet das Journal die Nachricht der „Independance Belge“ von in St. Petersburg neuerdings stattgehabten Verhaftungen nihilistischer Agitatoren als unbegründet.

## Amerika.

Aus St. Louis wird gemeldet, daß die streikenden Arbeiter daselbst versuchten, in das Eisenbahn-Depot zu dringen, um die dort beschäftigten Arbeiter zum Anschluß an den Streik zu nöthigen. Die Vice-Marschälle feuerten auf die Streikenden, ohne angegriffen zu sein, wobei vier Personen getödtet und

zwei verwundet wurden, darunter eine Frau. Eine Abtheilung Militärtruppen hat Befehl erhalten, sich nach der Stadt zu begeben. Die streikenden Arbeiter in Little Rock, Arkansas, haben ebenfalls Ruhestörungen veranlaßt, während deren der Vice-Sheriff erschossen wurde.

Mr. Richmond, der Präsident der Broadway Tramway Kompanie, ist verhaftet worden unter der Anklage, mehrere Mitglieder des New-Yorker Gemeinderathes bestochen zu haben. Wegen derselben Angelegenheit ist noch ein Stadtrath (der vierte) verhaftet worden.

## Afrika.

Nach Meldungen vom Senegal ist das Fort Bakel (französisch) von den Eingeborenen angegriffen und hat daselbst ein sehr blutiger Zusammenstoß stattgefunden, welcher drei Tage dauerte. Mehrere Dörfer und Faktoreien wurden angezündet. Die Verbindungen sind abgeschnitten. Die Lage wird als ernst bezeichnet.

## Soziales und Arbeiterbewegung.

**Preisrückgang.** Vor circa fünf Jahren wurde in Klingenthal und Markneukirchen, wo die sächsische Industrie besonders ausgebildet ist, für eine gangbare Sorte kleiner Harmonikas für das Duzend 4 Mk. gezahlt, Millionen dieser Spielzeuge wanderten nach Amerika. Jetzt wird für das Duzend derselben Harmonikas nur ein Preis von 1,40 Mk. erzielt. Mag nun auch gegenwärtig durch allerlei technische Verbesserungen die Herstellung dieser Spielzeuge rascher und leichter geschehen, so geht man doch mit der Annahme nicht fehl, daß trotzdem der Preis um mehr als die Hälfte heruntergegangen ist. Daß aber in der Hauptsache die Arbeiter diesen Preisrückgang zu tragen haben, ist natürlich.

Die Handwerker des oberen sächsischen Voigtlandes sind, wie auch der Abg. Bahn im sächsischen Landtage eingestanden hat, ganze sechs Monate lang ohne Arbeit gewesen. Die Noth war in den Weberfamilien so groß, daß, um nicht vor Hunger zu vergehen, auch die Saatartoffeln ausgezehrt werden mußten. Beim Herannahen der Saatzeit hat nun die Landwirtschaftsgesellschaft zu Delitzsch aus einem vor 8 Jahren gesammelten Nothstandsfonds Saatartoffeln gekauft und dieselben in den vier am meisten von der Noth betroffenen Dörfern vertheilt lassen. Und da wird von verschiedenen Organen der bestehenden Klassen im Königreich Sachsen noch immer der Nothstand geleugnet!

Aus Kassel wird gemeldet, daß im Laufe des Winters in Niederhessen nicht weniger als 25 Personen erfroren sind. Daran ist natürlich neben der strengen Kälte auch die allgemeine Noth Schuld.

Die Sammlindustrie am Niederrhein liegt schwer darnieder. Die größte Firma, Andrea zu Mülheim läßt entgegen einer Nachricht, daß die Sammlindustrie in dortiger Gegend im vorigen Jahre größeren Aufschwung genommen habe, erklären, daß es, so lange die Firma existire, kein schlechteres Jahr gegeben habe, als 1885. Und gegenwärtig sei keine Besserung eingetreten. Die Firma Andrea allein habe 800 Arbeiter entlassen müssen, die Löhne aber seien durchweg um 20-25 Prozent reduziert worden.

Der Fachverein der Maler- und Lackirerhilfen in Leipzig versendet ein Rundschreiben an die Meister, in welchem es heißt: Da es leider der hiesigen Gehilfenschaft nicht möglich ist, mit den Herren Meistern in Gemeinschaft über die Hebung unseres Gewerbes im allgemeinen und über die Besserung der Lage der Gehilfen im besonderen zu beraten, so hat die Gehilfenschaft in ihrer Versammlung vom 1. März d. J. beschlossen wie folgt: a) 10stündige Arbeitszeit inklusive einer zu gewährenden Frühstückspause von 15 Minuten; b) einen Minimallohn von 38 Pf. pro Stunde für einen Gehilfen; c) für Ueberstunden und Sonntagsarbeit die Hälfte des Stundenlohnes, zu welchem der Gehilfe zur Zeit arbeitet, pro Stunde mehr; d) für Nachtarbeit, d. h. von Abends 10 bis Morgens 7 Uhr, doppelten Lohn zu fordern. In Bezug auf die von den Herren Meistern eingeführte Werkstattdrängung hat die Gehilfenschaft beschlossen, dieselbe anzuerkennen resp. zu unterschreiben, wenn an den §§ 2, 4, 5, 6, 7 folgende Aenderungen vorgenommen werden: an § 2, daß der Meister verpflichtet ist, auf Neubauten zc. für einen verschickbaren Raum resp. Riste oder dergleichen besorgt zu sein; an § 4, die Akkordarbeit so viel als möglich zu beschränken; an § 5, unfauler ausgeführte Arbeiten müssen bezahlt werden, wenn die Schuld am Material oder Arbeitszeug liegt; an § 6, die Auszahlung des Lohnes muß mindestens bis eine Viertelstunde nach Schluß der Arbeitszeit erfolgt sein; an § 7, die Frühstückspause betreffend (s. Forderung unter a).

Verfälschung der Arbeitszeit wurde in einer Manufaktur-arbeiterversammlung zu Ger a als ein Mittel hingestellt, um den alljährlich wiederkehrenden Krisen in der Manufaktur-arbeiterbranche wirksam entgegenzutreten. Eine dahin zielende Resolution wurde einstimmig gefaßt.

In der Schweiz scheint in diesem Jahre die Streikbewegung auch eine größere zu werden, wie in den letzten vergangenen Jahren. Der Arbeitseinstellung der Holzarbeiter

meine Jugend, alle schönen Hoffnungen geopfert, ich verachte Dich!“

„Astarte, mein Weib! Astarte, sei barmherzig!“

„Gahaha, Dein Weib? — Geh' hinab zum Erdböller, dort finde sie! Ich verzichte auf diese seltsame Ehre!“

Sie wendete sich hastig nach ihrem Zimmer, das Klappen des Riegels trennte ihn von ihr.

Wie ohnmächtig wankte er an's Fenster und starrte auf den Hof.

Da tönte leise von unten her ein wehmüthig leiser Saitenton und die gütternde Stimme des alten Iustus:

Nicht ist's des Reizes Schimmer,

Der dauernd und unzählig,

Es ist die tiefste Liebe,

Die selbst das Elend schmückt.

Weinend sank er in den Stuhl und presste das Haupt in die Hände.

(Fortsetzung folgt.)

## Aus Kunst und Leben.

**Ostend-Theater.** Dienstag und Mittwoch müssen wegen früher eingegangener kontraktlicher Verpflichtungen die Vorstellungen der „Loreley“ ausgesetzt werden, doch sollen solche am Donnerstag wieder ausgenommen werden und voraussichtlich bis über Pfingsten hinaus des Repertoir dieser Bühne bilden. — Heute Dienstag geht ein Schauspiel in 4 Akten von D. Wallther, „Mit dem Strome“, in Szene, welches sehr beachtenswerth ist und dessen Wiederholungen eine für die kommende Saison in Aussicht genommen sind, während morgen eine Wohlthätigkeits-Vorstellung stattfindet, zu welcher das vortreffliche Schauspiel von Ulrich Aue, „Ein alter Yusuf“, oder: „Treu dem König“, gewählt wurde.

**Großes Eisenbahn-Unglück in Amerika.** In der Nähe von Westfordfield im Unionstaate Massachusetts ereignete sich vor einigen Tagen ein Eisenbahn-Unglück. In Folge unrichtiger Weichenstellung entgleiste der mit großer Geschwindigkeit herandräufende Zug, der mit Passagieren vollbesetzt war, und führte über den Bahndamm in den Fluß. Die Wirkung des Sturzes war eine schreckliche. Maschine, Tender und Waggons bildeten einen Trümmerhaufen, aus dem verbrannte Körpertheile und großlich verformte Gliedmaßen im wüsten Durcheinander mit zersplitterten Eisentheilen ragten. Das

Grauen wurde dadurch erhöht, daß die Trümmer in Brand gerieten und schnelle Hilfeleistung unmöglich wurde. Dreißig Personen sind getödtet, vierzig Reisende lebensgefährlich verletzt worden. Die meisten Leichname zeigen schreckliche Brandwunden. Die Untersuchung gegen die Schuldtragenden ist eingeleitet.

**Die Heiligkeit der Ehe.** Wiener Blättern entnehmen wir folgende Heirathsgeschichte: Vor ungefähr zwei Jahren machte ein in London lebender Musiker — ein gebürtiger Wiener — die Bekanntschaft einer dort lebenden Schauspielerin, deren Debutname Lola Armin war, die in Wahrheit aber Louise Hinterhuber hieß. Der junge Mann erhielt in Ausbildung seines Berufes Zutritt in die besten englischen Häuser, wo jedoch sein Verhältnis mit einer Schauspielerin Anstoß erregte. Um diesem Hinderniß zu begegnen, ließ sich der Musiker in London von einem Methodisten Prediger, den er mit 2 Pfst. honorirte, irouen. Das Bärschen lebte einige Zeit im süßesten Einvernehmen. Da der Musiker einem Antrage an ein Berliner Theater Folge leisten wollte, wendete er sich an den Wiener Magistrat um Erwirkung eines Passes und machte bei dieser Behörde die Angabe, daß er „verehelicht“ sei, was in den hiesigen Konzeßionslisten auch vorab vermerkt wurde. Der Musiker überstellte nunmehr, und zwar allein nach Berlin — während sein „Weibchen“ in London ein Verhältnis mit einem Grundbesitzer Namens Mohamed Ebn Abdallah anknüpfte und mit demselben nach Algier zog. Vor Kurzem nun wendete sich unser Musiker von Berlin aus an den Wiener Magistrat mit dem Ansuchen um Zulassung eines Ehebewilligungsscheines (amtliche Bestätigung der Heirathsbekunde über den Umstand, daß der Eheverber ledig sei und demselben zur Abschließung einer gültigen Ehe im Auslande kein gesetzliches Ehehinderniß entgegenstehe). Dieses Ansuchen wurde jedoch mit Hinweis auf den Umstand, daß auf dessen Konzeßionsblatt die Rubrik „Stand“ mit „verehelicht“ ausgefüllt erseine, verworfen. Der Musiker rüthigte darauf, daß seine damalige Angabe eine irrthümliche war; seine in London abgeschlossene Ehe sei vollständig ungültig, da der die Trauung abschließende Funktionär keine Berechtigung hatte, gültige Ehen abzuschließen. Da diese Angabe bei der hiesigen Behörde wenig Glauben fand, wendete sich der in so arge Verlegenheit geachtete Eheverber an seine ehemalige Heirathsbekunde selbst und erhielt von dieser folgende Antwort: „Lieber Freund! Ich halte Dich für zu Lug, als daß Du glauben könntest, daß wir jemals eine Vorlage geschlossen hätten; Du bist frei; ich habe längst der Kunst den Rücken gelehrt und fühle mich als

Muhamedanerin sehr wohl; ich wünsche Dir ein Gleiches und daß Du Dich recht bald glücklich verheirathen möchtest. Beige mir Deine Wiederbereidung an. Deine Freundin Fatime Mohamed Ebn Abdallah (geb. Hinterhuber).“ Der Wiener Magistrat leitete in Folge des wiederholten Ansuchens von Seite des Heirathsländlichen Erhebungen ein, welche dahin führten, daß dem letzteren der Ehebewilligungsschein nicht bewilligt werden konnte, weil über dessen eigene Angabe im Katasterblatt die Anmerkung der Verehelichung eingetragen wurde, und ein Nachweis, daß diese Eintragung eine irrige und die Ehe eine ungültige ist, nicht erbracht worden ist.

**Die Maschinenkräfte am Panama-Kanal.** Der Mitarbeiter des „Journal des Debats“, Hr. R. G. de Rollinat, befindet sich gegenwärtig am Panama-Kanal, von dessen Arbeiten er seinem Blatte interessante Berichte schickt. In einem derselben wird mitgetheilt, daß die bei den Ausgrabungen beschäftigten Maschinen die Arbeit von über einer halben Million Menschen repräsentiren. Es finden nachfolgende Maschinen mit den beigelegten Pferdekraften Verwendung:

200 europäische Lokomotiven	mit 19 200 Pferdekraften
60 amerikanische	„ 4 800 „
8 Lokomotiven zu 3½ Tonnen	„ 80 „
105 amerikanische Erdaushebemaschinen	„ 5 000 „
11	„ 275 „
4 Baggermaschinen zu 60 Pferden	„ 240 „
22	„ 3 960 „
3 Seebaggermaschinen	„ 1 800 „
7 amerikanische Baggermaschinen	„ 2 100 „
10 Stopper-Barges (Sparrbarken)	„ 3 000 „
4 schwimmende Ausläder	„ 240 „
22 Transporteure	„ 700 „
97 Lokomobile	„ 970 „
34 halsige Maschinen	„ 2 720 „
500 Dampfstrahlen	„ 10 000 „
28 große Remorqueure (Schlepper)	„ 2 140 „
1 Bonton bigue	„ 25 „
144 Dampfumpfen	„ 150 „

Summa 57 400 Pferdekraften.

Man nimmt gewöhnlich an, daß ein Pferd die Arbeit von zehn Menschen verrichtet; die 57 400 Pferdekraften repräsentiren also den Werth der Arbeit von 574 000 Menschen. Das geht weit über die Zeiten des Pharao Cheops, an dessen großer Pyramide 30 000 Menschen dreißig Jahre lang gearbeitet haben.

in Basel, sind auch die in St. Gallen und Lausanne gefolgt. Auch in andern schweizerischen Städten verlangt man den jetzt ständigen Arbeitstag ohne Lohnabzug. Man war zuerst in Regierungskreisen der Meinung, daß die Streikbewegung mit anarchistischen Bestrebungen in Verbindung zu bringen sei, doch ist man jetzt allseitig, auch in den maßgebenden Kreisen selbst der Ansicht, daß dies ein Irrthum ist.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Streikbewegung in Nordamerika verlaute, daß noch in verschiedenen Geschäftszweigen Arbeitseinstellungen größeren Maßstabs in der Schwebe sind. In Pennsylvania, Maryland und Ohio streikten über 20 000 Grubenarbeiter, in Neu-England gegen 10 000 Spinner und Weber, Schuhmacher und Metallarbeiter, und in New-York haben neuerdings die Tischler und Zimmerleute sowie verschiedene andere Gruppen die Arbeit eingestellt, so daß im Ganzen die Streikenden im Lande auf weit über 50 000 angenommen werden können.

Die Baseler Holzarbeiter wenden sich nochmals eindringlich an ihre deutschen Kollegen. Sie haben außerordentlich viel für Durchreisende ausgeben müssen, damit diese in Basel nicht Arbeit nehmen; am 1. April war die übliche Vierteljahrsmitthe fällig, das Alles hat bei vielen bereits Muthlosigkeit erweckt. Soll der Streik nicht scheitern, was die ganze Arbeiterschaft schädigen würde, so müssen sich alle Kollegen hülfsbereit zeigen. Alle Sendungen sind zu richten an Herrn Riegler, Basel, Untere Rebgasse 15.

## Vereine und Versammlungen.

Die im Drechslergewerbe beschäftigten Arbeiter hielten am Donnerstag, den 5. April, Abends 9 Uhr in der Urania, unter Vorsitz des Herrn Sandermann eine Versammlung ab, in welcher Herr Michelsen über den Niedergang unserer Industrie, dessen Ursachen und die zukünftige Gestaltung der Industrie referirte. Referent schilderte zunächst, wie durch die stetige Entwicklung des Maschinenwesens, mit welcher die Verklärung der Arbeitszeit leider nicht gleichen Schritt halte, die Konkurrenz der Arbeiter immer größer werde, daß überhaupt die heutige kapitalistische Produktionsweise das Elend der Arbeiter verschulde. Von einer Ueberproduktion könne eigentlich nicht die Rede sein, denn bis jetzt können die Arbeiter ihre Bedürfnisse noch lange nicht befriedigen. Es müßte eine Regelung der Konsumtion eintreten; die Arbeiter müßten die Früchte ihrer Thätigkeit genießen. Redner verwies alsdann auf den Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, welchen die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eingebracht hat und bedauerte, daß die Majorität des Reichstages mit den Verhältnissen der Arbeiter nicht genug vertraut ist. Die Arbeitervertreter hätten es bis jetzt an Vorschlägen zur Besserung der Lage der Arbeiter nicht fehlen lassen, und werde hoffentlich eine Zeit kommen, wo der ehrlichen Arbeit ihr ehrlicher Lohn wird. Jetzt habe oft derjenige, der die längste Arbeitszeit innezuhalten hat, den niedrigsten Lohn. Wenn die Arbeiter eine Besserung ihrer Lage erzielen wollen, müßten sie aber auch die nöthigen Schritte dazu thun; sie müßten u. A. den Gesetzgebern das nöthige Material an die Hand geben. Nicht richtig wäre es, daß selbst von den Ministersejeln herab für niedrige Lohnsätze plädiert würde. Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit erzeugen das soziale Elend und Krankheiten im Volke. Redner verwahrte sich dagegen, daß durch Streiks etwas Dauerndes erzielt werden könnte; eine dauernde Besserstellung der Lage der Arbeiter sei nur durch die Gesetzgebung möglich. Darum müßten die Arbeiter sich klar werden über die Mittel, welche für sie eine Besserung herbeiführen können. In der Diskussion sprachen die Herren Rehner, Schrader, Sandermann und Brause im Sinne des Referenten. Alsdann sprach Herr Schwittau über den Streik bei Siegel. Redner setzte aus einander, wie gerechtfertigt dieser Streik und daß derselbe vom Fachverein für Vereinsangelegenheiten erklärt worden sei. Es sei unmöglich, daß Arbeiter mit einem Verdienst von 10

bis 13 Mark wöchentlich bestehen könnten, deshalb müßten alle Arbeiter, soweit wie in ihren Kräften steht, für die Streikenden eintreten, damit diese mit ihrer Forderung: Wegfall des Abzugs von 10 Prozent, durchkämen. Geschieht dies nicht, so würden sämtliche Knopffabrikanten sich genöthigt sehen, ihren Arbeitern denselben Lohnabzug zu machen. Redner schilderte ferner, wie der genannte Fabrikant sich alle Mühe giebt, den Streik illusorisch zu machen, daß es ihm aber nicht gelungen sei, trotzdem schon 5 Wochen seit Beginn des Streiks verlossen sind, leistungsfähige Arbeiter in die Fabrik zu ziehen. Die Streikenden, meint Redner, bilden noch immer eine geschlossene Kasse und werden doch zum Ziele gelangen müssen. In demselben Sinne sprachen sich die Herren Sandermann, Schroeder und Weißflud aus. Nachdem wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute tagende Versammlung sämtlicher im Drechslergewerbe beschäftigten Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich die Versammelten, erstens, sich einer gesunden Arbeiterorganisation anzuschließen, zweitens, mit aller Kraft für die streikenden Kollegen der Siegel'schen Fabrik einzutreten.“

Eine öffentliche Versammlung der Stellmacher Berlins tagte am Donnerstag, den 5. April, in Gräß Salon, Brunnenstr. 140, mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Herrn Heine über „Produktion und Konsumtion“. 2. Verschiedenes. — Da Herr Heine durch dringende Verhältnisse abgehalten war, in der Versammlung zu erscheinen, so übernahm Herr Max Krey das Referat. Redner führte in seinem beifällig aufgenommenen Vortrag aus, daß in früheren Jahrhunderten die Innungen noch einen Zweck hatten, weil sie fähig waren, die Produktion und Konsumtion in gewissen Grenzen zu halten. Als aber die Dampfmaschine und die Großproduktion in Kraft trat, da war der Innung ihr Grab gegraben. Als die Maschinen mehr und mehr in Gebrauch kamen, wurden viele Arbeitskräfte überflüssig, es wurden mehr Waaren produziert, als konsumirt werden konnten. Die Arbeitslöhne wurden mehr und mehr heruntergedrückt und der Arbeiter wurde immer konsumtionsunfähiger. Darum sei es notwendig, die Produktion in geordnete Bahnen zu lenken. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei dazu vor Allem nöthig. Eine durchgreifende Hilfe sei aber nur durch die Gesetzgebung möglich, deshalb sei es Pflicht eines jeden Arbeiters, daß er solche Vertreter in den Reichstag wählt, welche darauf hinwirken, daß Schutzgesetze für den Arbeiter erlassen werden. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner, welche darauf hinwiesen, daß die Maschine in ihrer jetzigen Anwendung den Arbeiter, statt ihn zu entlasten, außer Rouz gesetzt habe. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute tagende Versammlung der Stellmacher Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die sehnstündige Arbeitszeit, sowie der von der Lohnkommission ausgearbeitete Tarif zur Geltung gebracht werde.“ Ferner beauftragte die Versammlung die Kommission, in nächster Zeit eine nochmalige Versammlung einzuberufen, um endlich zum Ziele zu gelangen. — Zu Verschiedenem wurde beantragt, für die streikenden Schuhmacher in Frankfurt a. O. eine Telleransammlung vorzunehmen, was jedoch von dem überwachenden Polizeileutnant nicht gestattet wurde. Die nächste Versammlung wird durch Säulenanschlag, sowie durch Inserat im „Berliner Volksblatt“ bekannt gemacht. In dieser Versammlung steht allen Kollegen der Akkordtarif gedruckt zur Verfügung.

Ein interessantes Bild einer blühenden Kasse bietet der „Unterstützungs-Verein Deutscher Buchdrucker“. Nach dem Rechenschaftsbericht der Invaliden-Kasse für das Jahr 1885 hat dieselbe ein Vermögen von 513 356 M. 65 Pf., was bei 10 423 Mitgliedern gewiß recht erfreulich ist. Die Allgemeine Kasse hat ein Vermögen von 175 874 M. 71 Pf. Möge es allen Kassen gelingen, sich in gleicher Weise zu betheiligen.

Ueber die letzte Versammlung des Louissenstädtischen Bezirksvereins „Vorwärts“ brachten wir in unserer Sonnabendnummer einen Bericht zu dem uns Herr Strelow, Wasserthorstr. 27, folgende Berichtigung sendet: „Ich habe in meinem Schlussworte nicht gesagt: Sie sehen, daß wir Arbeiter auf dem Posten sein müssen, vielmehr gebraucht ich nach dem Verlesen des Artikels: Der Staat und das soziale Elend (nicht Klassenelend) folgende Worte: „Einzelkommentars bedarf es nicht, aber ich appellire an Ihre Denkkraft und rufe Ihnen zu: Lebet und denkt.“ Hierauf löste der die Versammlung überwachende Polizeibeamte die Versammlung auf.“

Öffentliche Generalversammlung sämtlicher im Drechslergewerbe beschäftigten Arbeiter heute Abend 8 Uhr in Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission, sowie Beschlusfassung betreffs der diesjährigen Lohnbewegung. 2. Bericht der Siebener-Kommission betreffs des Vereinsstatuts, sowie Beschlusfassung hierüber. 3. Verschiedenes. Zur Ausgabe gelangt der gedruckte Rechenschaftsbericht der bisherigen Lohnbewegung. (Siehe Inserat.)

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29), Filiale 9, Versammlung heute Abend 8 Uhr bei Donath, Alt-Moabit 90. Tagesordnung: Stichwahl der Delegirten. Verschiedenes.

Gauverein Berliner Bildhauer, Annenstraße 16. Heute, sachlicher Abend. Die Delegirten werden ersucht, behufs Empfangnahme der Fragebogen zu erscheinen.

Ortskrankenkasse der Bildhauer, Studienteure und Gipsfigurenfabrikanten. Mittwoch, den 14. April, Abends 8 Uhr, in Meiß's Salon, Kommandantenstr. 71-72, ordentliche General-Versammlung. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Anträge der Mitglieder, Regelung der Krankenkontrolle und Verschiedenes.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (E. S. Nr. 71) Filiale II. Dienstag, den 13. April, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Hildebrandt, Webersstr. 17, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassenericht. 2. Wahl eines 1. Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes.

Verband deutscher Zimmerleute, Lokalverband Berlin O. Dienstag, den 13. April, Abends 8 Uhr, Kommandantenstr. 77/79, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vorschläge zur Delegirtenwahl. 3. Verschiedenes. 4. Fragen. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Allg. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29 Hamburg), Filiale 4. Dienstag, den 13. April, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung Andreasstr. 26. Tagesordnung: Stichwahl, Verschiedenes.

Allg. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29 Hamburg), Filiale 5. Mittwoch, den 14. April, Abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung Volkbringerstr. 81. Tagesordnung: Stichwahl der Delegirten zur Generalversammlung.

Allg. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29 Hamburg), Filiale 7, Berlin. Heute Abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Schuhmacher, Lindowerstr. 23.

Allg. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29 Hamburg). Heute Abend 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Schubert, Mödenerstr. 114, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stichwahl zwischen 3 Delegirten.

Rauchklub „Zum Brangel“ jeden Dienstag Abend 8 1/2 Uhr im Restaurant Brangelstr. 32.

Gesangverein „Lebensblüthe“. Jeden Dienstag Abends 9 Uhr, Wienerstr. 11, Uebungsstunde.

Zitherklub „Südoft“ jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, bei Schmidt, Montevenerstr. 71.

Berliner Turngenossenschaft (G. Lehrlings-Abtheilung) jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr Abends in der Turnhalle, Behrensdorferstr. 17.

## Theater.

Dienstag, den 13. April.  
Opernhaus. Violetta (La Traviata).  
Schauspielhaus. Der Bibliothekar.  
Deutsches Theater. Das Urbild des Tartuffe.  
Wallner-Theater. Die Spielkassette, Poffe in 5 Akten von H. Gerstmann.  
Residenz-Theater. Frau Doctor, Schwanz in 3 Akten von B. Ferrier u. G. Bocage. Vorher: Die Schulkreuzerin.  
Welle-Miliane-Theater. Der Bettelstudent.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Unter persönlicher Leitung des Komponisten Joh. Strauß. Der Bienenbaron.  
Bauhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 8 Akten von Jakobson und Wilten.  
Central-Theater. Der Stadt-Trompeter.  
Victoria-Theater. Der Müller und sein Kind.  
Louisenstädtisches Theater. Die Räuber.  
Opern-Theater. Mit dem Strome, oder: Wogen des Glücks. Vorher: Monsieur Hercules.  
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Alhambra-Theater.**  
Wallnertheaterstraße 15. [1200]  
Heute und die folgenden Tage:  
**Berliner auf Reisen.**  
Gesangs-Parade in 3 Akten.  
Vor der Vorstellung:  
**Gr. Konzert der Hauskapelle.**  
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Wass haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.  
Passage 1 Fr. 8 M. — 10 M.  
**Kaiser-Panorama.**  
3. ersten Male: II. Cyclus Paris.  
Neu! Das malerische Savoyen  
II. Cyclus. Sertha-Reise. Karolinen-Inseln u. Eine Reise 20 Pf. Kinder 10 Pf.  
Allen denen, welche meinem lieben Vorne die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere den Mitgliedern d. Tischlervereins, sage ich hiermit meinen herzl. Dank. [1340] Wwe. Wallies.

**Danksagung.**  
Allen Freunden u. Bekannten f. d. liebevolle und zahlreiche Betheiligung bei der Beerdigung meines innig geliebten Vaters, insbesondere dem Herrn Prediger Broehnow für sein: erhabendes Worte am Grabe d. Dahingeshiedener, spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus.  
Die trauernde Wittwe  
**Hedwig Reifewitz, geb. Rielburg,**  
im Namen der Hinterbliebenen.

**Deffentl. Generalversammlung**  
**sämtlicher im Drechslergewerbe**  
**beschäftigten Arbeiter**  
heute Dienstag, Abends 8 Uhr, in Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.  
Tagesordnung: Siehe redaktionellen Theil dieser Zeitung.  
1346 Die Lohnkommission.

**Bezirksver. d. werktb. Volkes**  
**der Schönhauser Vorstadt.**  
Mittwoch, den 14. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Jacobi, Landsbergerstr. 82. 1344  
**General-Versammlung.**  
T. D.: 1. Kassenericht. 2. Wahl ein. Revisors. 3. Vortrag d. Hrn. Dr. Müthenau üb.: „Das Verhältnis des Judenthums zum Antisemitismus“. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten. Aufn. neuer Mitglieder. Die Mitgl. w. ersucht, zahlr. z. ersch.

**Öffentliche** 1342  
**Arbeiterinnen-Versammlung**  
Dienstag, den 13. April, Abends 8 1/2 Uhr, Landsbergerstr. 82 (Landsberger Bierhallen).  
T. D.: Der Befähigungsnocheinweis f. Frauen. Ref. Herr Christensen. Diskussion. Alle arbeitenden Frauen u. Mädchen werd. dringend ersucht zahlr. z. ersch. Zur Dedung d. Unkosten Entree n. Belieb. Hr. Hofmann, Lichterfelde.

**Gewerkschaft der Metallarbeiter Berlins**  
**und Umgegend.**  
Mitglieder-Versammlung Dienstag, den 13. April, Abends 8 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Stahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Fragekasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäfte haben Zutritt. [1341]  
Um recht zahlr. Besuch bittet der Vorstand.

**Zoeben erschien:** [1230]  
**Die Sozialdemokratie**  
**vor dem Deutschen Reichstage.**  
Stenographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 19. Februar 1886. Zweites Heft.  
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Die  
**Buchdruckerei von Max Bading**  
Berlin SW., Beuth-Strasse 2  
empfiehlt sich zur  
**Anfertigung von Druck-Arbeiten**  
jeden Genres  
bei prompter und solider Bedienung.  
Kosten-Anschläge und Muster werden auf Wunsch  
gern übersandt.

**Täglich: Königsberger Fleck, à Portion 25 Pf.**  
im Restaurant Skalitzerstraße 18 bei Stramm. 358

Allen Freunden und Bekannten sowie meiner werthen Nachbarschaft zur Nachricht, daß ich eine  
**Destillation und**  
**Restauration**  
eröffnet habe und bitte, mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen.  
**W. Prüfer,**  
Skalitzerstraße Nr. 147 a,  
Ede Elisabeth-Ufer 16/17,  
früher im Keller.  
Ein großes  
**Vereinszimmer**  
ist zu vergeben. [1317]

**Selbstunterricht**  
in der einfachen und doppelten kaufmännischen [800]  
**Buchführung**  
und Darstellung eines neuen abgekürzten Systems zur doppelten Buchmethode von C. Schmidt, Lehrer der Handelswissenschaften.  
Preis 1 M. 50 Pf.  
Zu beziehen d. d. Exped. d. „Berliner Volksblatt“, Berlin, Zimmerstraße 44.

**Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie.**  
Ziehung  
in Berlin **1. 4. d. J.**  
unwiderstehlich  
**Loose à 1 Mk.** (11 Loose 10 Mark)  
empfehle ich und versende  
**R. Schumacher, Berlin O. 981** Königstraße 14a.  
Wiederverkaufern beste Bedingungen.

Ein Piano, f. g. 20 Thlr., Oranienstr. 4, II L  
Junge, anständige Mädchen können die Damenanzubereit erlernen. [1387]  
Johanna Hasner, Louise-Ufer 10, III.  
Ein jung. Mädchen f. Alles verl. Skalitzerstraße 127. S. meld. Ab. v. 7-8 b. Wwe. Bernhardt.  
**Der unentgeltliche Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter**  
befindet sich Skalitzerstr. 18  
bei Stramm. [357]

## Parlamentsberichte.

Serrenhaus.

13. Sitzung vom 12. April, 12 Uhr.

Am Ministertische Fürst v. Bismarck, v. Putt-  
Lamer, v. Boetticher, v. Gogler, Dr. Friedberg  
und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht lediglich die Beratung der  
Kirchenpolitischen Vorlage. Zur Spezialdiskussion  
liegen die Anträge des Herrn v. Holtzmann vor, der die  
Klausel bezüglich der geistlichen Institute der Erzbischöfe Gnesen-  
Posen aus den Kommissionsbeschlüssen entfernen will. Bischof  
Kopp hat seine, von der Kommission verworfenen Anträge in  
etwas abgeänderter Fassung wieder eingebracht. Außerdem  
liegt folgende Resolution vor:

„Das Herrenhaus wolle beschließen: der Königl. Staats-  
regierung seine fortdauernde Bereitwilligkeit zu erklären, bei  
einer abschließenden Revision der kirchlichen Gesetzgebung, so-  
weit die unvorurteillichen Rechte des Staats dieselbe zulassen,  
behufs Herbeiführung eines friedlichen Verhältnisses zu der  
römisch-katholischen Kirche mitzuwirken, und ersucht die  
Staatsregierung, unter dieser Voraussetzung und zu diesem  
Zwecke einen anderweitigen Gesetzentwurf vorzulegen.“  
Dieselbe ist unterstützt von den Herren von Bernuth,  
Bessler, Födder, Voie, Kötticher, Biedt, Breslau, Prinz  
zu Schönau-Carolath, Diege, Dove, Graf von Dohn,  
Forchhammer, Franke, Friedensburg, Friedländer, Miquel,  
Ostermeyer, v. Pfuel, Graf v. Pöhlert-Schellau, Reichert,  
Reopell, Fürst zu Salm-Reifferscheid, von Schumann, Graf  
von Schwerin, Staude, Strudmann, Theune, Tösching,  
Ubbelohde.

In der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort der  
Berichterstatter Adams: Die Entscheidung, vor welcher wir  
heute gestellt sind, ist eine überaus wichtige und folgenschwere.  
Es handelt sich darum, ob das Werk des Friedens, welches  
die Regierung eingeleitet und Ihre Kommission nach Kräften  
zu fördern gesucht hat, zu einem legendreichen Abschlusse ge-  
führt oder wieder auf eine unabsehbare Brüstung verschoben werden  
soll. Dem preussischen Staat die Befugnis zu geben, Ein-  
wendungen gegen die Anstellung eines Bischofs zu machen,  
davor zu warnen, ist dasjenige, was man von der Kurie nur  
verlangen kann. Sie konzediert damit dem Staat, daß er,  
wenn seine Gründe nicht berücksichtigt werden, ohne einen neuen  
Kampf anzufangen, vollständig in der Lage ist, alle ihm zu  
Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um eine solche Anstellung  
zu verhindern. Daß die Kirche das vollständige Einspruchsrecht  
des Gesetzes von 1873 jetzt anerkennen würde, konnte Niemand  
erwarten, weil die Regierung selbst schon 1882 eine  
Änderung dieser Bestimmung vorgeschlagen hatte. Prüfen  
Sie die einzelnen Paragraphen des Gesetzes mit Rücksicht  
darauf, ob sie im Interesse des Staates vereinbar sind oder  
nicht und ob ihre Aufrechterhaltung den Frieden im Lande  
schert.

Bischof Dr. Kopp: Gestatten Sie mir, die einleitende  
Rede des Herrn Vorredners ein wenig weiter auszuführen.  
Es ist ein gütiger Wille, welcher auf unserem ganzen  
Staatsleben ruht und alle politischen und kirchlichen Verhält-  
nisse vergißt. Wir können selbst der großartigen politischen  
Entwickelung, die unser Vaterland genommen hat, nicht recht  
stroh werden. Argwohn und Mißtrauen entzweit die einzelnen  
Glieder des gemeinsamen Vaterlandes, Murren und Unzu-  
friedenheit hat viele Kreise ergriffen, selbst solche, welche sich  
der Förderung der Interessen, der staatlichen Interessen nicht  
entziehen können, ohne ihre Grundzüge zu verleugnen, und  
selbst die Verhandlungen über die öffentlichen Interessen leiden  
unter Einflüssen, welche der Sache an sich ganz  
fremd sind. Alle Parteien sind des Haders müde  
(sehr richtig!), Alle suchen den Frieden, einen wirk-  
lichen Frieden, welcher den unheiligen Verhältnissen  
ein Ende macht, alle wollen die Schäden beseitigen, die unser  
Staatsleben unter diesem Kampfe alle Tage erleidet. An der  
Hand dieses Wunsches müssen wir die Vorlagen der Regierung  
prüfen. Das ist die Stimmung des ganzen Landes, aller  
Parteien, ja auch derjenigen außerhalb unseres Landes, welche  
mit Sorge auf die wachsende Bewegung der Umsturzpartei  
blicken und deshalb an jeder Kräftigung eines mächtigen Staats-  
lebens Interesse und Freude haben. Aber nun betrachten Sie  
die Vorlage und beantworten Sie sich dann die Frage, ob man  
mit derselben zum gewünschten Ziele gelangen kann. Ich muß  
diese Frage verneinen. Wenn nur die Vorlage Gesetzeskraft  
erhielte, dann würden wir von dem Ziele noch weit entfernt  
sein. Die Regierungsvorlage beseitigt zunächst das Staats-  
examen, allein sie beseitigt damit nur eigentlich eine ganz un-

beachtbare Ruine, welche schon durch das Gesetz vom 31. Mai  
1882 geschaffen worden ist. Aber alle anderen Anstellungs-  
bedingungen bleiben unberührt bestehen. Dann will die Re-  
gierungsvorlage die Vorbildung des Alerus auf eine neue Fassung  
stellen. Auch diese Frage war zum Teil schon vorher erledigt.  
Die Fassung der allgemeinen Staatsaufsicht hat doch für uns große  
Sorge. Da man zugeben muß, daß diese allgemeine Staats-  
aufsicht ohne bestimmte Grenzen ist, und ich bezweifle, daß in  
diesem allgemeinen Ausdruck nicht die Gefahr zu neuen Kon-  
flikten vorhanden ist. Sie sollen dasjenige an die Kirche zurück-  
geben, was ihr, wie sie meint, mit Unrecht entzogen ist, und  
auch zur Dankbarkeit dafür schließt sich die Kirche in diesem  
oder jenem Punkte an die staatlichen Auffassungen und Wünsche  
an. Ich meine, in diesem Punkt müßten Sie unsere Arbeit auch  
betrachten, und dann werden Sie sich nicht irren machen lassen,  
wenn man Ihnen beständig von Konzeptionen spricht, sondern  
werden im Auge behalten, daß Sie ja die Rechte zurückgeben,  
welche im mißverstandenen Geiste, so will ich sagen, der Kirche  
genommen sind, und dagegen aber, und das beweisen Ihnen  
die einzelnen Artikel, wirkliche Konzeptionen von Seiten der  
Kirche erhalten. Lassen Sie sich auch nicht irren machen durch  
einen anderen Einwurf, den ich auch gehört habe, man müsse  
für die Ehre des Staates sorgen. Worin besteht denn die  
Ehre des preussischen Staates? Ich finde diese Ehre in dem  
Gehalten seiner Devise: *animus corpus*. Nun aber bitte ich,  
es mir nicht zu verargen, wenn ich es offen aus-  
spreche: die katholischen Unterthanen haben das Ge-  
fühl, als wenn ihrer Kirche gegenüber diese Devise  
nicht immer ganz hochgehalten wäre, und das halten  
sie nicht für ganz ehrenvoll. Sehen Sie, da liegt eine Ge-  
legenheit, die Ehre des Staates zu wahren und für die Ehre  
des Staates zu sorgen. Ach, wie wenig erbaulich muß es für  
das Ausland sein, wenn es wahrnimmt, daß der große mäch-  
tige Staat, dessen bewundernswürdige Politik in der ganzen  
Welt den Frieden erhält, im eigenen Lande keinen Frieden  
hat und mit den eigenen Unterthanen nicht im Frieden leben  
kann. Ich bitte Sie, sich nicht durch Phrasen, und wenn sie  
auch an historische Ereignisse sich anknüpfen ließen, irren machen  
zu lassen. Ehrenvoll war der Tag nicht für den preussischen  
Staat, als man sich in einer hochgradig politischen Verstim-  
mung dahintertrieb, die Verhältnisse der Kirche einseitig zu  
ordnen. Aber ein wahrer Ehrentag wird es für Sie sein, wenn  
Sie dazu beitragen, daß dem Lande der Friede wiedergegeben  
wird und ein jeder katholische Unterthan zu friedlichen Ver-  
hältnissen gelangen kann. (Beifall.)

Prof. Dr. Bessler: Man erwartete von der Regierung,  
daß sie das Staatsinteresse und die Staatshoheitsrechte voll-  
kommen wahrnehme und andererseits da, wo wirklich lästige  
Bestimmungen der Waigeetze hervortreten, eine Milderung und  
nötigenfalls eine Beseitigung statte. Die Vorlage der  
Regierung hat diesen Erwartungen entsprochen, wenigstens in  
der letzteren Beziehung. Das Wesentliche ist das Einspruchs-  
recht, und dieses will die Kurie nicht zugestehen. Es war ein  
schwerer Fehler, daß man die Angelegenheit an die Spitze der  
Waigeetze gestellt und damit den passiven Widerstand heraus-  
gefordert hat. Dieser Fehler muß verbessert werden. Es wäre  
das allein Richtige, diese unglückliche Angelegenheit in ihren  
einzelnen Bestimmungen noch in dieser Session gesetzlich aus-  
für die ordentlichen Pfarrer auszuheben und die sonstigen Kau-  
teler anderweitig zu schaffen. Damit würden wir für die Re-  
gierung eine außerordentlich günstige Position und auch einen  
Frieden gewinnen. Denn die Regierung ist nicht allein der  
Friedensförderer, möchte ich dem Herrn Bischof sagen: *peccatur  
et extra et intra!* Als evangelischer Christ ist es mir unmög-  
lich, meine Überzeugung zu verleugnen, und deshalb werde ich  
gegen das Gesetz und die Anträge stimmen.

Präsident des Staatsministeriums Fürst v. Bismarck:  
Meine Herren, der Herr Vorredner ist als Mitglied dieses  
Hauses im Vergleich zu mir in der günstigsten Lage, vollberechtigt  
seiner persönlichen Ansicht und nichts als dieser, ohne  
Rücksicht auf die Frage, welchen Eindruck sie auf andere  
Denkende machen kann, Ausdruck zu geben. Ich bin durch  
meine ministerielle Stellung daran verhindert, das Gleiche zu  
thun; ich muß meine persönlichen Ansichten mannigfach der  
Staatsraison unter Rücksicht auf die Gesamtheit unseres  
Staatslebens unterordnen, und in diesem Augenblicke verbietet  
mir die Entscheidung des Staatsministeriums, sich die Ent-  
scheidung über seine Stellung zur Vorlage und die Anträge an  
Se. Majestät noch vorzubehalten, in die Einzelheiten des Vor-  
trages des Herrn Vorredners polemisch einzugehen. Ich er-  
götze vorzugsweise das Wort, weil ich zu dem Rückblick auf  
die Vergangenheit und die Entstehung der Gesetze, die uns be-  
schäftigen, eine besondere Berechtigung habe, indem ich der

verlorene Sache opfern. Sie mußten entschieden das Gefühl  
haben, daß sie etwas darstellen mußten, woran weder sie selbst  
noch Jemand im Publikum glauben. Trotzdem wurde häufig  
recht herzlich gelacht, und das war das Verdienst der Herren  
Thomas, Sulbery, Alexander, Reigner und Blende. Auch  
die Damen Frau Carlsson und Fel. Thimling thaten ihr bestes.  
Die Regie war recht sorgfältig; dennoch glauben wir, daß die  
„Spiellasse“ bald ausgeplelt sein wird.

## Kleine Mittheilungen.

Marburg, 8. April. (Eisenbahnunfall.) Der Morgens  
6 Uhr von Frankfurt nach Kassel fahrende Personenzug Nr. 315  
erlitt heute früh in der Nähe hiesiger Station einen Unfall,  
der leicht einen schlimmen Ausgang hätte haben können. Ein  
Bauer fuhr mit einem schwerbeladenen Riesenwagen so nahe an  
das Geleise, daß sein Wagen den Zug streifte und sämtliche  
Triebbreiter auf der einen Seite von den Waggonen wegrif.  
In Kassel mußte deshalb neu tanziert werden.

Hamburg, 10. April. (Gesunken und ertrunken.) Ver-  
gangene Nacht sank ein bei der Kupferhämmele auf dem Gras-  
brook vor Anker gelegter, mit Kupfererz beladener oberländer  
Rahn so plötzlich, daß es einem Bootsmann, der sich an Bord  
desselben befand, nicht mehr möglich war, sich zu retten. Der  
Rahn soll in den nächsten Tagen wieder gehoben werden. Es  
wurde heute Morgen sofort versucht, die Leiche des ertrunkenen  
Bootsmannes aufzufinden, die Versuche blieben jedoch ohne  
Erfolg.

Pest, 10. April. (Verunglückter Arbeiter.) Ein bedauerns-  
werthes Unglück ereignete sich heute Nachmittags bei dem  
im Bau begriffenen Hause Cde Isabella- und Königs-  
gasse. Ein großer Quaderstein blieb nämlich während des  
Aufziehens in der Höhe zwischen zwei Brettern des Gerüsts  
stecken und schlug das eine Brett, auf dem der Tagelöhner  
Paul Reckla stand, um, so daß dieser in die Tiefe stürzte.  
Gleichzeitig riß auch das Seil und der Stein fiel mit großem  
Gewalt auf Boden. Reckla erlitt bei dem Sturz lebensge-  
fährliche Verletzungen und wurde in demüthigtem Zustande ins  
Kochspital gebracht.

einzig unter den jesuiten Staatsministern bin, der bereits bei  
Erlass der Kirchengetze im Amte war und also ein gültiger  
Zeuge über die Tendenzen und die Absichten, die damit ver-  
bunden waren. Ich kann aus diesem Umstande vielleicht auch  
den Beruf herleiten, als Vertreter der damaligen Intentionen  
der Regierung aufzutreten. In meiner Qualität als  
Zeuge will ich besonders eine Verwahrung einlegen gegen so  
manche Irrthümer und Entstellungen, die in böswilliger Ab-  
sicht erfunden und in menschlicher Dummheit geglaubt  
werden (Heiterkeit) über die Tendenz und Bedeutung der Waige-  
etze. Ich habe ja überhaupt mit dem Uebelstande zu kämpfen,  
daß meine Gegner, um mir die Schuld an allen möglichen Uebel-  
ständen der Welt aufbürden zu können, meinen Einfluß und meine  
Macht in weltlichen Dingen bei Weitem übertreiben; ihnen  
erwächst daraus der Vortheil leichtgläubigen Leuten gegenüber,  
bei jedem unerfreulichen Ereignisse zu sagen, daß mir die  
Schuld daran hauptsächlich beizumessen. Nachdem wir uns über  
die Regierungsvorlage im Ministerium verständigt und die Ge-  
nehmigung Sr. Majestät des Königs für dieselbe eingeholt  
hatten, fragte es sich, welchen Weg wir einschlagen wollten, um  
die Tendenzen derselben zu verwickeln, d. h. um den latho-  
lischen Unterthanen des Königs von Preußen das richtige Ver-  
ständniß der Absichten der Regierung zu eröffnen. Es waren  
zwei Wege: einmal der der einfachen gewöhnlichen Gesetz-  
gebung, dann der der vorgängigen Verhandlung mit der römi-  
schen Kurie. Ich habe den letzteren aus mannigfachen  
Gründen vorgezogen; — nicht, daß ich eine zwei-  
seitige Verhandlung erstrebt oder geführt hätte, aber  
ich habe es für nützlich gehalten, die Vorlage, die wir dem  
preussischen Landtage zu machen beabsichtigen, zur Kenntniß  
Sr. Heiligkeit des Papstes zu bringen und sein Urtheil dar-  
über zu hören, ohne zu versprechen, daß wir unsere Entschlie-  
sung dem Urtheil gemäß ändern würden. Ich habe diesem Weg  
den Vorzug gegeben, weil ich den Eindruck habe, daß ich bei  
dem Papste Leo XIII. mehr Wohlwollen und mehr Interesse  
für die Befestigung des Deutschen Reiches und für das Wohl-  
ergehen des preussischen Staates finden würde, als ich zu Zeiten  
der Majorität des deutschen Reichstags gefunden habe.  
(Hört!) Ich halte den Papst für deutsch-freundlicher als das  
Zentrum; der Papst ist eben ein weiser, gemäßiger und fried-  
liebender Herr. Ob man das von allen Mitgliedern der Reichs-  
tagsmajorität sagen kann, lasse ich dahingestellt sein. (Heiterkeit.)

Der Papst ist außerdem nicht Waise, er ist nicht Vole und ist  
auch nicht deutschfeindlich. (Heiterkeit.) Er hat auch seine  
Anlehnung mit der Sozialdemokratie. Kurz, alle die Einflüsse,  
die im Parlament die Situation klären, finden in Rom  
nicht statt. Der Papst ist rein Katholik und nichts als  
Katholik. Dadurch, daß er es ist, werden ja eine Anzahl  
Schwierigkeiten an sich geboren, aber die Schwierigkeiten werden  
nicht kompliziert durch das Bedürfnis der Anlehnung und des  
Empfangs und der Vergeltung von Liebesdiensten anderer  
Parteien. Der Papst ist frei und repräsentirt die freie latho-  
lische Kirche; das Zentrum repräsentirt die latholische Kirche  
im Dienste des Parlamentarismus und der Wahltriebe, und  
deshalb habe ich es vorgezogen, mich an den allen Bundes-  
genossen, die mit dem Zentrum die Majorität im Reichstage  
bilden, vollständig freien Papst, an die Kurie zu wenden, um  
dort die Verteidigung zu suchen, und ich bin auch entschlossen,  
in den weiteren Phasen auf diesem Wege fortzufahren, da ich  
von der Weisheit und Friedensliebe Leo XIII. mehr Erfolg für  
den inneren Frieden Deutschlands erwarte, wie von den Ver-  
handlungen im Reichstage, und weil ich der Zentrumsparthei,  
so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, nicht gegenüber treten will,  
ohne den katholischen Preußen die Gewißheit vorher zu geben,  
daß ich im Einverständnis bin mit dem Papst, der höchsten  
Autorität ihres Bekenntnisses. Die Regierungsvorlage, für die  
treten wir natürlich ein, so wie wir sie eingbracht haben,  
unter allen Umständen, auch wenn die Zusätze, die  
sie in der Kommission und durch die neuesten Amend-  
ments erhalten hat, nicht die Genehmigung des hohen  
Hauses finden sollten — die Regierungsvorlage enthält das,  
was die Staatsregierung geglaubt hat, unentgeltlich und frei-  
willig gewähren zu können, und es ist unmöglich für die Re-  
gierung, das, was sie vor drei Monaten den katholischen  
Preußen glaubte konzediren zu dürfen, mag es wenig oder viel  
sein, jetzt nicht geben zu wollen, weil man sich inzwischen über  
weitergehende Konzeptionen geärgert und gestritten hat — also  
für die Regierungsvorlage tritt die Staatsregierung ganz un-  
bedingt auf, und richtet an jeden Einzelnen die Bitte, in der  
Ablehnung der verächtlichen Vorschläge doch wenigstens nicht  
hinter die Vorlage zurückzugehen, auch schon um deshalb, weil  
es für die Regierung unbedingt notwendig ist, die freien  
Aussagen bei der Häuser des Landtags zu dieser Frage  
zu hören, ehe sie ihre eigene Entscheidung faßt. Sie hat durch  
den Mund des Herrn Kultusminister die Absicht schon ausge-  
sprochen, ihre definitive Entscheidung zu vertagen, und sie hat  
das in dem Bedürfnis geihan, sich das Vertrauen derjenigen  
Richtungen und Parteien im Lande zu erhalten, zu denen sie  
selbst Vertrauen hat bei der Sicherstellung der Zukunft des  
preussischen Staates wie des Deutschen Reichs; sie kann sich der  
Gefahr nicht aussetzen, für nationalgesinnte Mitarbeiter solche  
eintauschen zu müssen und auf die Hilfe solcher angewiesen zu  
sein, die zu Gunsten der polnischen Nationalität freiwillig  
Partei genommen haben, im Widerspruch mit der deutschen  
und mit den Bemühungen der deutschen Regierung, die deutsche  
Nationalität zu kräftigen; sie würde nicht das Vertrauen haben  
auf einen Bestand, den sie dadurch gewinnen könnte, daß sie  
sich die Mittelparteien entfremdet. Sie kann ihr Vertrauen  
für die Zukunft auf dem Stand, den ich dafür eintauschen  
könnte, nicht begründen. Zur Vervollständigung der Erklärung  
der Regierung habe ich nur noch hinzuzufügen, daß die  
Revision der Waigeetze, von welcher die letzte römische Note  
die Gewährung der vollen Anzeigepflicht abhängig macht, von  
der Regierung meiner Überzeugung nach ohne Schwierigkeit  
wird zugesagt werden können (Hört! hört!), da eine solche  
Revision jederzeit in der Absicht der Regierung sowohl, wie,  
so viel ich weiß, in der Absicht der meisten Parteien gelegen  
hat; es wäre ja geradezu tendenziös, wenn wir die oft zugegebene  
Absicht, die Waigeetze zu revidiren, das Entbehrliche auszuscheiden  
und über Konzeptionen zu verhandeln, gerade in diesem kritischen  
Augenblicke zurückziehen wollten. Nein, wo uns von der Gegen-  
seite ein Angebot gemacht wird, können wir doch unmöglich  
sagen, jetzt wollen wir keine Revision mehr, weil uns ein  
Preis angeboten wird. Also diese Zusicherung zu geben, wird  
die Regierung ohne Weiteres in der Lage sein. Ich will auf  
die Auslegung, die der Herr Vorredner den Intentionen der  
Kurie gab, nicht weiter eingehen, als indem ich die volle  
Überzeugung ausspreche, daß, wenn wir über den Frieden  
verhandeln und ihn näher treten, von beiden Seiten loyal,  
ehrlich und mit Vertrauen verhandelt werden wird, daß wir  
unsererseits dieselbe Zuverlässigkeit und Loyalität auf der andern  
Seite voraussetzen, mit der wir solchen Verhandlungen näher  
treten würden. Ich bitte Sie, meine Ausrufung vorzugsweise  
anzunehmen als eine Nichtigstellung der Auffassung der Ver-

## Berliner Theater.

Wallner-Theater.

R. O. Im Wallner-Theater wurde am Sonnabend Abend  
eine französische Fosse, „Die Spiellasse“ von Labiche,  
dem Publikum vorgeführt. Das Wallner-Theater ist die klassi-  
sche Stätte des Berliner Humors, der von der französischen  
Lustigkeit sich ganz bedeutend unterscheidet. Hier entstanden  
jene geflügelten Worte, die in den Sprachschatz des Urberliner  
übergegangen sind, und durch welche sich der Berliner vor allen  
anderen Deutschen auszeichnet. „Fall man nich' int Essen“ —  
mog man sich auf irgend einem Punkte fern ab von allen zivi-  
lirten Gegenden befinden, und man hört diese oder ähnliche  
Worte, so weiß man, daß der Sprecher unbedingt am grünen  
Strand der Spree das Licht der Welt erblickt hat.  
Das Publikum des Wallner-Theaters ist nicht  
empfindlich für französische Scherz, es verlangt  
speziell belänklichen Wis, und außerdem ist das  
Künstlerpersonal des Wallner-Theaters auch keineswegs auf die  
Exekution französischer Stücke zugeschnitten. Es ist viel zu sehr  
mit der Berliner Lust durchtränkt, die Schauspieler stehen in  
viel zu innigem Konnex mit dem eigentlichen Berlinerthum,  
es ist undenkbar, daß sie sich in französische Rollen hinein-  
leben könnten. Nun kommt außerdem hinzu, daß das Stück  
sich keineswegs eines besonderen Reizes der Neuheit erfreut.  
Der Gegenstand ist etwas sehr verbrauchtes, — Kleinräuber in  
einer Großstadt, die von gerissenen Kellnern geprellt werden,  
schließlich ohne einen Pfennig Geld in die fatalsten Situationen  
gerathen, und endlich zur allgemeinen Befriedigung gereitet  
werden. Labiche ist bekanntlich von einer beanspruchend laninchen-  
artigen Fruchtbarkeit in Bezug auf Fossen gewesen, und man  
kann leider nicht behaupten, daß er mit der „Spiellasse“  
gerade den Vogel abgeschossen hätte. Leute von solcher phi-  
sikalischen Unerfahrenheit, wie sie uns hier vorgeführt werden,  
gibt es einfach nicht, so „dämlich“ ist selbst der vernagelteste  
Kleinräuberliche Spießbürger nicht, — war es ein Wunder, daß  
das Stück schließlich abgelehnt wurde?  
Geipielt wurde freilich mit unerschütterlicher Bravour.  
Die Künstler thaten ihre Pflicht wie Leute, die sich für eine

er im  
der in  
ist der  
brigen  
etrefli  
Ber  
chaffte  
etall-  
Abent  
schwach  
je 16.  
dehuf  
und  
übernd  
verden  
berühm-  
kontrol  
e und  
r. 71)  
Volale  
lung-  
bedeol  
erband  
nman-  
l. Ab-  
denes.  
Beiter  
April  
edord-  
Beiter  
April  
r. 81.  
talvoe-  
Beiter  
1. Ubr  
Beiter  
l. des  
lung-  
Abend  
ntstaa.  
Ubr.  
sthe  
ids in  
356  
Umer  
a 2/2  
m. m. s. s.  
U I  
n die  
1387  
III.  
ilber-  
smide.  
it&  
18  
1387  
1388

gangenheit, über die ich ein klaffender Beuge sein darf, weil ich an ihr mitgearbeitet habe, und mir zu gestatten, daß ich über die Stellung, die die Regierung zu den einzelnen Punkten nehmen wird, mich demnächst zu einem Zeitpunkt äußere, wo die Regierung in der Lage sein wird, zu übersehen, welches die Gesamtwirkung in allen Parteien des Landes sein wird und bis zu welcher Linie der Konzeption zu gehen ihr die Majorität des gesammten Landes erlauben wird. Sie wird bis zu dieser Grenze bereitwillig gehen; es kann aber nicht verlangt werden, daß sie sich mit der Majorität aller Parteien in Unfrieden setzen sollte. Nicht an der öffentlichen Meinung, sondern an dem Ausdruck der Stimmung des Volkes, wie es in den beiden Häusern des Landtages die Möglichkeit hat, sich amtlich zu erkennen zu geben, wird es sein, die Grenzlinie zu bestimmen, bis zu welcher die Staatsregierung gerne und bereitwillig gehen wird.

**v. Kleist-Heyow:** Die letzten Worte des Herrn Reichsanwalt waren unzweifelhaft dahin zu verstehen, daß er nur dann die Vorlage Sr. Majestät zur Sanktion vorlegen könne, wenn die Majorität in beiden Häusern des Landtages sich nicht nur aus Konservationen und dem Centrum zusammensetzt, sondern tiefer nach links hineingreife. Redner polemisiert des Weiteren gegen die Ausführungen des Herrn Professor Wefeler und erklärt sich mit den Anträgen, jedoch nicht mit der Resolution einverstanden. In Folge der römischen Note vom 4. April habe sich die Situation geändert, daß von einer Weigerung, die Vorlage anzunehmen, seiner Meinung nach nicht mehr die Rede sein könne. Er bitte dringend, im wahren Interesse des Staates und seiner Glieder den Gesegentwurf mit den Anträgen Kopp anzunehmen.

**Präsident des Staatsministeriums Fürst v. Bismarck:** Ich muß dem Herrn Vortrager in einer seiner Ausführungen widersprechen, weil ich glaube, daß dieselbe auf einem tatsächlichen Irrthum beruht. Er hat gesagt, daß durch den Kampf, so wie er bisher verlaufen ist, der Staat seiner Meinung nach mehr geschädigt sei als die Kirche. Das ist eine Ansicht, die ich nicht theile; es könnte daraus sich der wesentliche Irrthum entwickeln, als ob der Staat in den Anerbietungen, mit denen er der Kirche und seinen katholischen Mitbürgern entgegenkommt, irgend einer Nothlage Ausdruck gäbe, in der er sich befindet, als ob sie nicht der reine Ausfluß des Friedensbedürfnisses Sr. Majestät des Königs seinen katholischen Unterthanen gegenüber wäre, von dem Augenblick an, wo der Friedenswunsch von Rom aus ungewöhnlichen Ausdruck gefunden hat. Der Herr Vortrager wird sich selbst überzeugen, daß diese Auffassung eine irthümliche ist, wenn er auf die parlamentarische Seite des gegenwärtigen Streites im Vergleich gegen frühere Zeiten zurückblickt. Wie lange ist es her, daß wir in Preußen nicht eine Situation gehabt haben, so günstig wie die heutige im Abgeordnetenhaus. Die konservative Partei in sich einig, in einer fruchtbaren Fühlung mit der nationalliberalen Partei, kurz die drei nationalen Parteien in einer großen Majorität und demgegenüber das Bündniß von Centrum und Fortschritt in einer Minorität. Diesen Zustand hat sich der Herr Vortrager nicht vergegenwärtigt. Ich kann im Augenblick nicht nachrechnen, wie lange es her ist, daß eine so günstige parlamentarische Lage in Preußen vorhanden war. Wenn irgend etwas durch den Kulturkampf Schaden gelitten hat, so ist es das Deutsche Reich und das Ansehen und die Wirkung des Reichstags. Das liegt aber auch nicht wesentlich am Kulturkampf, sondern das liegt an den Bundesgenossen, die das Centrum im Reich gefunden hat. Nehmen Sie an, daß im Reichstage das Centrum das ohne die Fortschrittspartei! Die Siege, die das Centrum glaubt erworben zu haben, sind mit Siegen der Fortschrittspartei. Ohne diesen Bundesgenossen befände sich das Centrum im Reichstage in derselben Minorität, wie im preussischen Abgeordnetenhaus, ungeachtet der bedenklischen Bundesgenossen, die es außerdem zur Seite hat, in Gestalt der Sozialdemokraten, der Elbaführer Franzosenfreunde und der Polen. Ungeachtet dieser bedauerlichen Verbindung würde es ohne die Fortschrittspartei die Majorität nicht haben. Wo was und diese Unbequemlichkeiten im Reich verursacht, lege ich nicht sowohl dem Centrum zur Last, als der Fortschrittspartei, soweit sie im Centrum vertreten ist, was ja sehr bedeutend ist, und insofern sie selbstständig ist. Die Fortschrittspartei hat die eigenhümliche Rolle gespielt, daß sie im Anfang des Kirchenstreites denselben mit der größten Sorgfalt geführt hat, und ihn jetzt in jeder Weise verleugnet. Die schärfsten und erbittertesten Reden im kirchlichen Streit sind von Mitgliedern der Fortschrittspartei gehalten worden, und nachdem sie das Feuer recht in Brand gebracht hatten und Staat und Kirche gegen einander verhetzt, gingen sie mit fliegenden Fahnen in das Lager des Centrums über und beschossen den Staat von da aus. Sie benutzten die Anlehnung, um unter dem Deckmantel der Kirchenpolitik staats- und reichsfeindliche Politik mit zu treiben. Und diese Partei spricht im ihren Organen jetzt von politischer Ehre! (Bravo!)

**Oberbürgermeister Wiquel:** Der Landtag ist der Vorlage gegenüber in doppelter Beziehung in schwieriger Lage; die Staatsregierung verlangt einerseits Stellungnahme, während sie selbst ihre Haltung von der Abstimmung des Landtags abhängig macht. Andererseits ist die Staatsregierung nicht direkt von der Ansicht ausgegangen, einen Frieden mit der katholischen Kirche durch die Vorlage herbeizuführen, sondern sie hat geprüft, was aufgegeben werden könnte, um den Wünschen der katholischen Unterthanen gerecht zu werden. Wenn in letzter Konsequenz es dahin kommen sollte, daß beide Kirchen nur Rechte, keine Pflichten gegenüber dem Staate haben, dann verliere der Staat die Befugniß, zwischen den beiden Konfessionen als Friedensbewahrer aufzutreten. Das würde aber von schweren Folgen für Preußen und Deutschland sein. Wir sind bereit, in dem Entgegenkommen so weit als irgend möglich zu gehen. Ich bin der Überzeugung, daß der Staat ohne irgend welchen Schaden einen Theil der bestehenden Gesetzgebung ausgeben kann, aber dahin darf es nie führen, daß sich der Staat aus der Stellung zurückzieht, welche durch die Natur und Geschichte der Kirchen und durch die paritätische Natur unseres Staates unbedingt nothwendig ist. Wenn die Beschlüsse des Herrn v. Kleist zuträfen, daß bei Nichtannahme der Anträge ein wirklicher Friede auf Jahrzehnte wieder verlagert wäre, so würde ich mich doppelt befinden, ob der Weg der richtige ist, den ich für richtig halte. Aber ich glaube es nicht. Durch die Haltung des Herrenhauses und der Regierung ist erwiesen, wie weit die Kurie auf ein Entgegenkommen rechnen kann, wenn sie ihrerseits entgegenkommt. Erwiesen wäre dann aber auch, daß der Kampf fortauern würde, wenn sie ihrerseits nicht entgegenkommt. Wer weiß, ob nicht bei den maßgebenden Elementen bei der Kurie irrige Ansichten bestehen? Wenn Sie heute Alles annehmen, obwohl bestimmte Gegenüberstellungen nicht vorliegen, wie wird es mit der demnächstigen Revision werden? Haben wir da noch einen festen Halt? Erwägen Sie dies wohl! Das Ziel ist, wie ich vermuthete, bei Allen gleich. Wir sind bloß verschiedener Meinung über die Rathsamkeit des Weges. Darauf wollen wir den Streitfall reduzieren für alle Fälle. Wie auch das Herrenhaus entscheiden möge, wir Alle wollen die gleiche Hoffnung hegen, möge der erkante Friede bald kommen, das richtige Verhältnis zwischen Staat und Kirche hergestellt und unsere katholischen Mitbürger befriedigt werden.

**Graf zur Lippe** bemerkte, daß der Papst einem evangelischen Landesherren gegenüber nicht dieselben Rechte zugestehen würde, wie einem katholischen Fürsten gegenüber; deshalb müsse Preußen sich restringiren, seine Forderungen beschränken. Man müsse zu einem positiven Abschlusse gelangen. Wie soll denn die Kurie auf das Angebot der Regierung eingehen, wenn in diesem Hause schon die Vorlage der Regierung zur Ablehnung

gelangt? Redner empfiehlt die Annahme der Vorlage und die Amendements des Bischofs Kopp.

Damit schließt die Generaldiskussion. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten Adams, welcher die Ablehnung der Resolution empfiehlt, weil durch dieselbe die Revision ad calendas graecas verschoben werde, wird um 4<sup>1/2</sup> Uhr die weitere Berathung bis Dienstag 1 Uhr vertagt.

### Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom 12. April, 11 Uhr.

**Am Ministertische:** von Puttkamer, von Scholz, von Boetticher, Dr. Lucius und Kommisarien.

**Eingegangen ist der Gesegentwurf,** betreffend den Beitrag zu den durch den Anschluß der Stadt Altona an das deutsche Zollgebiet veranlasseten Kosten.

In dritter Berathung erledigt das Haus 1. den Gesegentwurf zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Landescredittasse in Rassel, vom 25. Dezember 1869, 2. den Gesegentwurf über die Errichtung freiwilliger Verfassungen in dem Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.

Es folgt die Interpellation des Abg. Dr. Wehr (Dt. Crone). Dieselbe lautet:

„1. Welche Resultate haben die amtlichen Ermittlungen über den Umfang der im Weichselgebiet eingetretenen diesjährigen Ueberschwemmungen ergeben? — 2. Welche Maßregeln gedenkt die königliche Staatsregierung zur Vinderung der Noth der von der Ueberschwemmung Heimgesuchten zu treffen? — 3. Welche Maßregeln gedenkt die königliche Staatsregierung zur Wiederherstellung der zerstörten bzw. beschädigten Schleusen und Dämme zu treffen? — 4. Wird die königliche Staatsregierung sich durch die bei der diesjährigen Ueberschwemmung gemachten Erfahrungen veranlaßt sehen, mit der Regulirung der Weichselmündung schleunigst vorzugehen?“

Nachdem sich Minister v. Puttkamer bereit erklärt, die Interpellation zu beantworten, fährt zu deren Begründung Abg. Wehr aus: Zum Glück hätten sich die ernstesten Besorgnisse, die man nach dem langen, harten Winter hegen mußte, nicht bewahrheitet, indessen sind die durch den Eisgang des 2. April für die Danziger neue Binnennehrung und den Verderb eingetretenen schweren Schäden durch Ueberschwemmung für die dortigen Bewohner unendlich hart. Schon jetzt könne man sagen, daß an eine Sommerernte gar nicht zu denken sei, ja selbst an keine Art von Bestellung — vielleicht auf Jahre hinaus. — Die Bewohner von 12 Distrikten ständen vor einer traurigen Zukunft und wenn er (Redner) auch nicht gern nach Staatshilfe rufe, so müsse er hier dennoch eine solche empfehlen. Wenn man große und theure Kanalvorlagen mache, so sollte man doch auch Alles thun, um so enorme Schäden zu verhüten, wie die, um welche es sich hier handle.

**Minister v. Puttkamer:** Bei dem Verlauf des Winters hat die Staatsregierung rechtzeitig Vorsorge getroffen, um bei den schwersten Schädigungen durch Ueberschwemmung und Eisgang die Behörden sogleich einschreiten zu lassen. Zum Glück ist in der That das Schwerkste uns erlassen geblieben, der Eisgang ist im Großen und Ganzen günstig abgelaufen. Was speziell die Weichselüberschwemmung betrifft, so ist der eingetretene Schaden weit größer als 1883, seine volle Ausdehnung läßt sich noch gar nicht ganz übersehen. An Menschen ist kein Verlust eingetreten, an Vieh kein großer, einige Gehöfte sind allerdings hinweggespült, und das ist hart. Es sind einige hundert Familien obdachlos, für diese ist so gut wie möglich gesorgt. Die Staatsregierung hofft, daß die Schädigung des landwirthschaftlichen Betriebes sich nicht auf Jahre hinaus erstrecken wird; wahrscheinlich wird sich Staatshilfe empfehlen, indessen kann ich darüber Definitives noch nicht sagen, da vor allen Dingen die Uebersicht über den Gesamtschaden zur Zeit noch fehlt.

**Sekretär Baurath Roslowki** giebt eine nähere Darstellung der durch den Dambruch hervorgerufenen Schäden und Störungen. Die Wiedereröffnung der Schleusen zum vorläufigen Gebrauch hofft die Staatsregierung in etwa sechs Wochen ermöglichen zu können.

**Minister Dr. Lucius:** Eine generelle Unterhaltungs- pflicht der Deiche besteht für die Staatsregierung nicht, sie kann also auch für Folgen der Deichbrüche nicht verantwortlich gemacht werden. Selbstverständlich kann es Umstände geben, welche die Hilfe des Staates nothwendig machen. Der schleppende Gang der Weichselregulirung ist lediglich nur scheinbar, in der That werden die Verhandlungen mit möglichster Beschleunigung geführt, aber die entgegenstehenden Schwierigkeiten sind so bedeutend, daß sich eine endgültige Regelung noch nicht hat herbeiführen lassen.

**Auf Antrag des Abg. Ricker,** der die geschäftlich- ordnungsmäßige Unterstützung von 50 Mitgliedern findet, wird in eine Besprechung der Interpellation eingetreten.

**Abg. Ricker** sagt den Ministern Dank für die Versicherung, daß die Staatsregierung den Angelegenheiten ihr ganzes Wohlwollen zuwenden werde, weist aber zugleich den Gedanken zurück, als könne die Privatwohltätigkeit Danzig und Umgegend allein der Noth abhelfen.

**Minister v. Puttkamer** erklärt, diese Ansicht Rickers zu theilen. Die Privatwohltätigkeit Danzigs solle nur über die ersten Schwierigkeiten hinweghelfen, namentlich für Obdach und Ernährung der Geschädigten sorgen.

**Abg. Gerlich** (Schwey) betont ebenfalls, daß die Privatwohltätigkeit allein den eingetretenen Kalamitäten abzuwehren nicht im Stande sei.

**Abg. Wehr** (Deutsch-Crone) bestrittet, dem Minister für Landwirtschaft zu seinen Gegenausführungen irgend welchen Anlaß gegeben zu haben.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Wessel (Stuhm) wird der Gegenstand verlassen.

Es folgt die Verlesung der Interpellation v. Minnigerode und Graf Ranitz:

Die Unterzeichneten erlauben sich, an die königliche Staatsregierung die Anfrage zu richten, ob die königliche Staatsregierung innerhalb des Bundesraths weitere gesetzgeberische Maßregeln anzuregen beabsichtigt, welche darauf gerichtet sind, dem bedrohlichen Preisniedergange der landwirthschaftlichen Erzeugnisse zu begegnen und eine weitere Steuererleichterung der Kommunen und kommunalen Verbände herbeizuführen.

Zur sofortigen Berathung der Interpellation erklärt sich **Minister Dr. Lucius** bereit. Zur Begründung nimmt das Wort

**Abg. v. Minnigerode:** Bereits bei der ersten Lesung des Staats haben wir unserer Auffassung über die Lage der Landwirtschaft Ausdruck gegeben; auf unsere damaligen ob- jektiven und ausführlichen Darlegungen hat uns die Regierung aber nur mit großer Reserve geantwortet. Wir hätten vielleicht auf die heutige Wiederholung unserer Klagen und Hilfsforderungen verzichten können, wenn nicht der Mißerfolg der Regierung im Reichstage, die Ablehnung der Monopolvorlage, ohne jede gründliche Verhandlung und es zur Nothwendigkeit gemacht hätte, die steigende Schwierigkeit der Lage der landwirthschaftlichen Gewerbe nochmals der Regierung nahe zu führen. Die Natur des landwirthschaftlichen Gewerbes dienet ja ohnehin große Gewinne nicht; seit aber die Wärsche langsam zu arbeiten begonnen hat, seit nicht einmal mehr der landesübliche Zinsfuß herauszuwickeln ist, tritt uns die Noth einer ernstlichen Gefahr immer deutlicher vor die Augen. Auch das Ergebnis der letzten Volkszählung beweist für diese Auffassung; zwei Fünftel aller Kreise der Monarchie zeigen eine Abnahme der Bevölkerung in den letzten fünf Jahren, und von diesen 204 in Betracht kommenden Kreisen gehören 116 dem Osten an. Es liegt also eine Entvölkerung des Ostens nach dem Westen in die Industriebezirke und großen Städte,

vor, ein Beweis für das Vorhandensein einer latenten Noth in unserer ländlichen Bevölkerung schon seit Jahren. Der erste 1869 aufgelegte Zoll von 1 M. war gar kein Schussoll; im vorigen Jahre wurde zum ersten Male durch den Zoll von 3 M. der Versuch eines Zollschusses gemacht, und dieser Versuch hat namentlich im Hinblick auf die neuerstandene indische Konkurrenz nicht ganz bewährt. Was die Brennerlei betrifft, so scheint ja jetzt eine Konsumsteuer auf Branntwein in Aussicht genommen zu sein. Eine solche Steuer ist natürlich berufen, sehr hohe Erträge zu liefern; in dieser Richtung bedarf die Brennerlei weitaus günstiger Produktionsbedingungen in Bezug auf Steigraum und Schwund, als ihr bisher gemährt worden. Auch auf die schädlichen Wirkungen der Spiritussteuer in diesem Zusammenhange hingewiesen werden. Erleichterungen dieser Art würden dem Brennergewerbe wesentlich aufhelfen. In der Zuckersteuerfrage stehe ich mit meinen Freunden auf dem Standpunkt des letzten Reichstagsbeschlusses, und würde sehr bedauern, wenn die Regierung trotzdem die Erhöhung der Rübensteuer durchzusetzen versuchen wollte. (Hört, hört! links.) Die Steuererleichterung der Kommunen konnte in unserer Frage nicht fehlen, denn nur dadurch wird das Bild der stetigen Lage der Landwirtschaft vollständig. Eine Uebersicht über den ganzen Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen muß aber kurz oder lang erfolgen; die Mittel dazu werden auf dem Wege der Getränkesteuer im weitesten Sinne des Wortes gewonnen werden, wenn nicht durch den Reichstag, so durch den preussischen Landtag! Wie man solcher Noth des Landmanns gegenüber von agrarischer Begehrlichkeit von der agrarischen Interessenvertretung, von der gefährlichen Erregung der Unzufriedenheit sprechen kann, ist uns unerfindlich. Unsere Ausführungen sollen auch dazu dienen, das Ministerium zu stärken, ohne eine der Parteien zu verletzen. (Beifall rechts.)

**Minister Dr. Lucius:** Auf die erste in der Interpellation an die Regierung gerichtete Frage habe ich zu erwähnen, daß zur Zeit die Regierung nicht glaubt, eine Erhöhung der bestehenden Getreide- und Viehzölle anzufragen zu dürfen. (Bewegung.) Bezüglich der zweiten Frage darf ich auf die Erklärungen hindeuten, welche sowohl der Ministerpräsident als auch der Finanzminister in autoritativer Weise bei Einbringung des Staats als Ziel der Staatsregierung ausgesprochen hat. Der Finanzminister hat damals als Steuerreformprogramm bezeichnet, reichliche Mittel zu gewinnen, um die Hälfte der Schullast auf die Staatskasse zu übernehmen, die ganze Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen zu überweisen und dafür zu sorgen, daß besonders harte und ungerechtfertigte Zuschläge zu diesen Steuern aus der Welt geschafft werden. Dieses Ziel der Reform besteht zur Zeit auch noch die Erreichung desselben ist aber nicht bloß vom Willen der Regierung abhängig. Durch Einbringung des Monopolsentwurfs veruchte die Regierung, die Mittel für die gewollten Zwecke zu gewinnen. Das Schicksal der Vorlage ist bekannt; die Regierung wird sich aber durch diesen Mißerfolg nicht abschrecken lassen (hört! hört!) mit neuen Vorlagen, die die gleichen Zwecke verfolgen, hervortreten, und daß sie hofft, daß das mit besserem Erfolg geschehen wird, und daß sie die Unterstützung aller Parteien für sich haben wird, die dasselbe Ziel erstreben. Im Wesentlichen leidet nicht nur die deutsche, sondern die gesammte europäische Landwirtschaft unter demselben großen Schwierigkeiten (sehr richtig! links), in erhöhtem Maße in den alten, dichtbesiedelten Kulturländern Frankreich, England und Deutschland. Vor längeren Jahren ist Amerika, in den letzten Jahren Indien und Egypten auf dem Weltmarkt in Konkurrenz getreten, und neuerdings auch Australien aus dem Gebiete der Getreide- und ganz besonders der Viehzuchtproduktion. Der Bestand unserer ergebnislose Bölle ist aber noch viel zu kurz, um ihre Wirkung richtig beurtheilen zu können. Jedesmal vor dem Eintritt höherer Bölle findet ein erhöhter Import statt; das ist auch 1884/85 geschehen, zumal 1885 in ganz Europa ein ungewöhnlich günstiges Erntejahr gewesen ist. Der Zucker anlangend, so kann ich nur auf das Bedauerliche bedauern, daß die Vorlage, deren Kernpunkt die Enquete-Organisation von 1883 bildeten, im Reichstage nicht zur Annahme gelangt ist; mit dem in der Vorlage betretenen Wege der Sicherung erhöhter Einnahmen für den Fiskus und des Schutzes der Industrie durch eine nicht zu knapp bemessene Bonifikation werden den Interessen der Beteiligten am besten gedient gewesen. Auf dem Gebiete des Realcredits habe ich immer den Schwerpunkt behauptet, daß der gesammte Realcredit durch öffentliche Institute zu vermitteln sei. Ich hege den Wunsch, daß die heutige Verhandlung nicht zu einer Entmuthigung und Demüthigung in landwirthschaftlichen Kreisen führen möge; die Regierung ist willens und bereit, alle Mittel der Abhilfe zu ergreifen, welche sich ihr bieten. Daß ihr die Unterstützung der parlamentarischen Körperschaften für wohlüberlegte Vorlagen nicht fehlen wird, davon bin ich überzeugt. (Beifall rechts.)

**Abg. v. Minnigerode** beantragt die Besprechung der Interpellation; der Antrag findet genügende Unterstützung.

**Abg. v. Schorlemer** erklärt, daß die Konservativpartei die Interpellation für inopportun, für nicht zutreffend in der Fragestellung und für zu einseitig in der Auffassung der landwirthschaftlichen Nothstandes halte, der vielmehr sich auf unsere gesammte heimische Produktion erstreckt; das Centrum werde sich demnach an der Besprechung nicht beteiligen.

**Abg. Hellwig** (kons.) Der gesammte deutsche Bauernstand sei in seiner Existenz bedroht, wenn ihm nicht bald Hilfe gebracht werde; Verdoppelung der heutigen Kornzölle sei die erste Erforderniß. Allgemeine Getränkesteuern auf Wein, Branntwein und Bier könnten mit Leichtigkeit alle für die Aufbesserung der Landwirtschaft und für eine Menge weiterer Reichs- und Staatszwecke erforderlichen Summen liefern.

**Abg. Ricker:** Ueber die Zweckmäßigkeit der Interpellation denke ich wie Herr v. Schorlemer. Ich erwartete nicht, daß was nach dem, was vorgegangen, schließlich — ein Vorstoß gegen die beiden Minister, welche, wie es scheint, sich geringerer Sympathien der Konservativen zu erfreuen haben. Gegen Herrn v. Scholz ist der Stof heute noch nicht geführt; die Erörterung über die Goldwährung wird wohl kommen. (Sehr richtig.) Gerade diese fortgesetzte Unruhe, die Sie große Erwerbskreise verjetzen, ist es, was schadet. Ich ist doch wunderbar, daß die, welche so viel Herz für die Leidenden zur Schau tragen, fortwährend die Unruhe schillern. Statt solcher Reden sollten Sie vor übertriebenen Aussagen warnen und diejenigen zur Selbsthilfe und Thätigkeit anrufen, denen der Staat beim besten Willen nicht helfen kann. Vor Allem sollte man doch, wenn man es so schlecht geht, an Sparen und Einschränkungen denken und nicht fortwährend zu neuen Ausgaben drängen. Das haben wir jetzt kein Verständniß. Je mehr Millionen, desto besser. Mit Ihren Reden machen Sie die Nothleidenden noch faul. Sie äußern Ihr Mitgefühl wirsamer durch Sparmaßnahmen. Ueber die Spiritussteuer will ich hier jetzt nicht ausführlich reden, das wird Sache des Reichstags sein. Der Reichsanwalt wollte nur die Materialbeiträge reduzieren oder ganz abschaffen. Das Reich bezahlt mehr an die Einzelstaaten, als es von ihnen erhält. Heute wird man für einen Reichsanwalt rüthen, wenn man nicht über diesen Rahmen hinaus die Bedürfnisse der Kommunen sorgen will. Machen Sie Arbeit und überweisen Sie alle Verwaltungszweige dem Reich, damit es auch über die Ausgaben zu befinden hat. Aber auch den kleineren Parlamenten die Ausgaben beschließen. Das Reich sollte das Geld verlangen, das führt zu einer Schwandung in den Ausgaben. Die Kommunen sollen spannen leisten für ungenügende Vermehrung der Steuern im Reich. Sollten Sie wirklich so kurzschichtig sein, sich auf diesen Weg drängen zu lassen, Ihre Hoffnungen würden sich nicht

nicht er-  
mole  
Partei  
tag nicht  
auch  
vielleicht  
wie er-  
halten  
nicht für  
solchem  
andere  
Dröbe  
von der  
Presse  
sich  
brechen  
solchen  
Nieman  
schütter  
fassung  
verbrech  
Bischen  
wir nicht  
nicht de  
das gef  
als etw  
ohne ge  
kommen  
Wolle  
und ge  
zu viel  
den 20  
den W  
die Wo  
die noch  
Die n  
den Jo  
w.  
profitor  
zu ver  
sammel  
Magist  
meiner  
wichtig  
Terrain  
hierfür  
ca. 500  
werden  
zur Er  
genügen  
Hinter  
der G  
vermehr  
Babn  
Ufer er  
scher G  
Behörd  
Stimm  
geschä  
projekte  
bürger  
mann  
schaft  
Roopst  
zum W  
genam  
gewesen  
wid  
angefan  
verdien  
gestell  
In der  
und die  
Arbeits  
anfällig  
Arbeits  
verfüg  
Dorothe  
familie  
respekt  
er erbt  
brochen  
und de  
dies ei  
und an  
zwar h  
Man i  
vor I  
Städ  
gestift  
Umform  
bei de  
legenti  
27 G  
Bettla  
Förde  
schließ  
jahte,  
sich, in  
nicht a  
jetzt d  
sind h  
die sei  
Kalaft  
stüde  
er ein  
Frau  
recher  
tücher,  
von d  
Eigen  
wollte  
sein, n  
nach d  
schnell  
von i  
ergiebt  
eben i  
Komm  
hinzu  
liche a  
samme  
nach i  
gange  
portrat  
Frühe,  
garnit  
mit ei  
recht  
Strich

nicht erfüllen. Wenn der Abg. von Minnigerode erklärte, er wolle weder gegen die Regierung noch gegen irgend eine Partei sprechen, so hat er das leider in Bezug auf den Reichstag nicht gehalten. Er sagte, der Joad der Interpellation sei auch der, an den Reichstag zu appellieren; es sei für ihn vielleicht eine Frage der Selbsterhaltung (sehr richtig! richtig), wie er sich bei der Behandlung der nächsten Steuervorlage verhalten werde. Soll das eine leere Drohung sein? Ja hätte es nicht für angemessen, dieses Verfahren fortzusetzen, daß wir in solchem Ton zu der Reichsvertretung sprechen. Soll es nur andeuten, daß der Reichstag aufgelöst wird, wenn er nicht Ordre pariert, dann wäre es eine überflüssige Redewendung von der Kategorie derjenigen, welche jetzt in der konservativen Presse laut werden, wo man sich nicht scheut, mit Staatsfurcht und Bruch der Verfassung, also geradezu mit Verbrechen zu drohen. Ich habe die feste Zuversicht, daß zu einem solchen Verbrechen — und es wäre eins der schwersten — sich Niemand finden wird, daß Niemand wagen wird, die unerschütterlichen Verhältnisse unserer deutschen Reichsvertretung und das Fundament der deutschen Einheit in verbrecherischer Weise zu berühren. (Beifall links, Rechts rechts.)

Abg. Graf Kanitz: Eine sympathische Antwort hatten wir nicht erwartet von Herrn Minister Lucius, aber wir waren nicht darauf gefaßt, daß dieselbe so kühl ausfallen würde, wie das geschehen ist. Er betrachtet die landwirtschaftliche Krise als etwas Vorübergehendes. Wir sind der Meinung, daß wir ohne gesetzgeberische Maßnahmen nicht aus derselben herauskommen werden. Ich habe die Statistik über die Einfuhr von Wolle und die Ausfuhr von Stoffwaren sorgfältig geprüft und gefunden, daß die Wolleneinfuhr von 80 Millionen Mark zu niedrig und der Verth der ausgeführten Stoffwaren um 20 pCt. so hoch veranschlagt ist. Die Einwendungen gegen den Wollzoll sind durchaus unbegründet und die Rücksicht auf die Wollindustrie unnötig. Der Zolltarif ist eine Last, die noch immer mehr gemindert werden kann.

Um 4 Uhr wird die weitere Beratung vertagt bis Dienstag 11 Uhr. Außerdem soll die Vorlage, betreffend den Zollanschluß von Altona, verhandelt werden.

## Lokales.

w. Von der projektirten Gewerbe-Ausstellung. Der provisorische Vorklausch für die im Jahre 1888 in Berlin zu veranstaltende deutsch-nationale Gewerbe-Ausstellung versammelte sich auf eine Einladung am Sonnabend Abend im Magistratsräthungslocale. Den Vorsitz führte Herr Oberbürgermeister v. Fördensbed. Erschienen waren 45 Mitglieder. Den wichtigsten Gegenstand der Beratung bildete die Auswahl des Terrains für die Ausstellung. Mit Stimmeneinheit wurde hierfür der Trepptower Park bestimmt. Von demselben können ca. 500 000 Quadratmeter zu Ausstellungszwecken hergegeben werden, was mehr als erforderlich ist. Die Beförderungsmittel zur Erreichung der Ausstellung zu Wasser und zu Lande sind genügend gegeben in dem Vorhandensein von Eisenbahn, Pferdebahn, Schiffahrt &c. Privatim wurde noch mehrfach der Gedanke laut, daß eventuell diese Beförderungsmittel noch vermehrt werden könnten, durch die Anlage einer elektrischen Bahn jenseits des Landwehrkanals am Rotbuser Thor dem Ufer entlang. Freilich ist diesem Beschlusse nur ein provisorischer Charakter beizumessen, denn schließlich haben die städtischen Behörden zu bestimmen. Sodann wurde ebenfalls mit Stimmeneinheit dem Herrn Oberbürgermeister übertragen, einen geschäftsführenden Ausschuss zur Durchführung des Ausstellungsprojektes zu ernennen. Zum Schluß wurden die Herren Oberbürgermeister v. Fördensbed, Stadtordnener-Vorsteher Büchtemann und der Präsident der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft Geh. Kommerzienrath Mendelssohn gewählt beauftragt die Vollauskunft.

Ein partieller Streik ist gestern in der Reichsdruckerei zum Ausdruck gekommen. Siebzehn Bunkirer, welche in dem genannten Institut durchschnittlich schon 10 Jahre beschäftigt gewesen sind, haben — wie dem „Berl. Tagebl.“ mitgeteilt wird — die Arbeit eingestellt, weil sie es, nachdem sie mit 8 M. angefangen, trotz der langen Dienstzeit nicht über einen Wochenverdienst von 15 M. bringen konnten (!), während andere Angestellte von vornherein schon mit 18 M. eingestellt worden sind. In der Reichsdruckerei arbeiten insgesamt etwa 150 Bunkirer, und die Streiker erwarten, daß der größte Theil von den noch Arbeitenden, wenn nicht alle, sich morgen ebenfalls dem Streik anschließen werden. 8 Mark Wochenlohn für einen erwachsenen Arbeiter in einem Reichsinstitut, welches über so kolossale Mittel verfügt, — das läßt allerdings tief blicken.

„Seine“ Leute fehlen auch! Aufsehen erregt in der Dorotheenstrasse die vorgesehene Entlassung einer Diebstahlfamilie. In einem Hause der Dorotheenstrasse wohnen nur respectable und sehhafte Miether. Der Wirth ist 76 Jahre alt, er erbt das Haus von seinem Vater und hat dasselbe ununterbrochen bewohnt. Ein Theil der Miether wohnt schon 20 Jahre und darüber im Hause, der jüngste seit vier Jahren. Es ist dies ein junger Eisenbahnbeamter, der vor 4 Jahren heirathete und am Hochzeitstag in das Haus zog. Seine Frau hatte zwar kein Vermögen, aber doch eine sehr gute Ausstattung. Man kann sich den Verdruß der jungen Frau denken, als sie vor länger als Jahresfrist die Bemerkung machte, daß ein Stück um das andere von der sauber mit Name und Nummer gestickten Ausstattungsstücke auf räthelhafteste Weise verschwand. Umsonst wurde bei der großen Wäsche jedes Stück registriert, bei der Wäsche stimmte die Zahl und doch zeigten sich gelegentliche Rankos. Am 1. April d. J. fehlten insgesamt 27 Handtücher, mehrere Bezüge, eine Anzahl Taschentücher, Bettlaken &c. Das war dem jungen Paar doch zu bunt, die Fortdauer dieses Verhältnisses mußte die ganze Ausstattung schließlich verschlingen. Als der Beamte die letzte Wäsche bezahlte, machte er dem Wirth Mitteilung. Dieser war außer sich, in seinem Hause war noch nie gestohlen worden, er glaubte nicht an die Thatfache. Schon um seiner Ehre willen mußte jetzt der Beamte Klarheit schaffen, und es gelang ihm. Er fand freilich nur für seine Person glaubwürdige Beweise, daß die seit 8 Jahren in demselben Hause wohnende Familie eines Katasterbeamten S. einzelne ihm abhanden gekommene Wäschestücke benutzte. Mit vieler Mühe, aber in aller Stille, setzte er eine unermüdete Hausdurchsuchung auf dem momentanen Frau S. benutzten Bodenboden durch. Hier fand der recherchierende Kriminalbeamte eine Anzahl Schürzen und Handtücher, aus denen Name und Nummer getrennt war und die von der Frau des bestohlenen Beamten mit Sicherheit als ihr Eigenthum rekonstruirt wurden. Frau S. die nicht wissen wollte, wie die fremden Wäschestücke unter die ihrigen gekommen seien, schickte unter einem Vorwande ihre erwachsene Tochter nach der Wohnung herab. Der Kriminal-Schuzmann aber war schnell hinterher, dennoch fand er die Wohnung der S. schon von innen verriegelt. Er drohte die Thür einzuschlagen und ergielte damit die Oeffnung. Da fand er denn, daß die Tochter eben im Begriff war, sämmtliche gestohlene Wäsche aus der Kammer zu räumen und zu verbrennen. Jetzt kam Frau S. hinzu und gestand, lachend um Gnade bittend, daß sie sämmtliche abhanden gekommene Wäsche aus der verschlossenen Boden-kammer, wo die Bestohlenen die schmutzige Wäsche aufbewahrten, nach und nach gestohlen hätte. Nach Lage der Sache muß die ganze Familie um diese billige Bereicherung des eigenen Wäscheporraths gewußt haben. Die Familie S. lebte auf respectabilem Fuße, sie hatte einen Theil ihrer Wohnung an seine Gymbregarnisten vermiehet, die älteste Tochter sollte sich binnen Kurzem mit einem Beamten verheirathen, die fremde Wäsche war darum recht gut zu brauchen. Jetzt wird der Staatsanwalt einen Strich durch alle Zukunftspläne machen.

Herr Dr. Sigl, Redakteur des „Bayr. Bat.“, lobt die

Preußen, aber wie! Man höre: „Die Pressefreiheit ist in Gefahr! so hallt es aus einem Theil der Blätter, die — es angeht. Dem Bundesrath ist nämlich von Preußen ein Gesetzentwurf zugegangen, monach, wenn vom Gerichtspräsidenten die Oeffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen für gewisse Fälle ausgeschlossen wird, den betheiligten Personen die Oeffentlichkeit der Vorgänge, resp. des Inhalts der Verhandlung auferlegt werden kann — bei der Presse darüber keine Berichte bringen darf — bei Strafe bis zu 1000 M. Und dadurch soll die Pressefreiheit in Gefahr sein! — Wir sind leider selten oder nie in der Lage, etwas, was von Preußen kommt, begrüßen zu können; diesen Gesetzentwurf begrüßen wir aber mit Freuden. Es wird damit dem Skandal, der von einer gewissen Art Presse mit gewissen „pikanten Verhandlungen“ gemacht wird, ein Ende gemacht werden, es wird nicht mehr möglich sein, unter der Firma Gerichtsverhandlung die Verkaufsdünstungen moralischer Säure durch die Presse überall hin zu verbreiten, um damit Geld zu machen, es wird verhindert werden, Tag und Nacht das Volk mit literarischen Treibern zu sättigen und gewisse „Organe“ zu moralischen Schweinefäulen zu machen, deren alle „Duff“ durch ganze Städte und Länder flinkt und wobei gewissen Leuten so fannibalisch wohl ist, „als wie 500 Säuen.“ — Herr Dr. Sigl hat bekanntlich vor nicht allzu langer Zeit selbst wegen einer höchst „pikanten“ Sache vor einem Wiener Gerichtshof gestanden, aus der er gerade nicht sehr sauber hervorging. Daher diese düstige Blumensprache!

Der Kommandeur des 1. Garde-Regiments sendet der „Post“ folgende Erklärung über den auch von uns gemeldeten, überaus traurigen Vorfal auf dem Bornstedter Felde: „Während der Hauptmann von Hoepfner, Ersten Garde-Regiments zu Fuß, beim Exerciren auf dem Bornstedter Felde am 9. d. M. zu Pferde dicht an seiner Kompagnie hielt und den Grenadier Karschnil anredete, fügte er demselben durch eine zufällige und unbeabsichtigte Bewegung der Hand, in welcher er den Deagen hielt, eine Stichverletzung an der Brust zu. Der genannte Offizier wurde erst durch das blaße Aussehen des zc. Karschnil auf das Vorgefallene aufmerksam, ließ denselben aus dem Giebel treten und dann in ein nahe gelegenes Haus geleiten, da ihn ein ohnmachtähnlicher Schwächezustand befiel. Von dort aus wurde der Grenadier Karschnil mittelst Wagens in das Regimentslazareth überführt. Die an sich ganz geringe Stichwunde ist dennoch nicht ohne Bedeutung, da sie die linke Brustwarze und unter derselben das Brustfell getroffen hat. Wenn nicht Komplikationen eintreten, ist jedoch Lebensgefahr nicht zu befürchten; Herz und Lunge sind unberührt geblieben. Die in einigen Zeitungen enthaltenen, von obiger Darstellung abweichenden Angaben sind unzutreffend. Namentlich ist der zc. Karschnil nicht von seinen Vorgesetzten in einer Weise bestraft worden, durch welche die Erlangung einer den Vorfal beschönigenden Antwort versucht wurde. Der ganze Vorgang ist vielmehr sofort durch die übereinstimmenden Aussagen aller Anwesenden, auch des Verwundeten, zweifellos festgestellt worden.“ — Diese Erklärung mag allen möglichen Ansprüchen genügen, Klarheit bringt sie jedoch keineswegs in die mysteriöse Angelegenheit, im Gegentheil, sie fordert ganz entschieden zu einer berechtigten Kritik heraus.

Eine Härte in den königlichen Schulanstalten besteht in der Form, wie das Schulgeld einbezogen wird. Mit einer peinlichen Strenge wird darauf gehalten, daß Schüler wie Schülerinnen in den ersten Quartalslagen das Schulgeld abliefern, geschäht dies nicht, dann wird ihnen eine Strafe auferlegt. Wenn auch in öffentlichen Anstalten eine gewisse Ordnung herrschen muß, so ist doch andererseits auch auf die thatsächlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Die meisten unserer Mißbürger haben unter den gegenwärtigen Verhältnissen alle Mühe und Noth, zunächst für die Miethe zu sorgen, welche pünktlich gezahlt werden muß, um nicht gefährlichen Eventualitäten, wie Emigrationen, Klagen u. s. w. ausgesetzt zu sein. Sind nun die schwersten Sorgen bei Privatleuten, bei Geschäftsleuten noch viel mehr, in den ersten drei Tagen des Quartals glücklich überstanden, dann treten am vierten Tage weinend die Kinder an den Vater heran und verlangen das Schulgeld, das sie haben müßten, wenn sie nicht nachbleiben oder nach Hause geschickt werden sollen. Man stelle sich nun die Angst des Vaters und die Verzweiflung der Mutter vor, wenn man beispielsweise vier Kinder und mehr mit dem Schulgelde versehen möchte, es aber gerade in dieser Zeit nicht kann, wo man Hunderte und darüber um der Selbsterhaltung willen auszugeben gezwungen gewesen ist. Die Schulordnung kennt nur den einen Ausweg, daß man brieflich unter Darlegung von Gründen um Stundung ersucht; es muß also der Familienvorstand, welcher sonst vielleicht in ganz regelmäßigen Verhältnissen lebt und nur durch übermäßige Quantalenausgaben sich in augenblicklicher Verlegenheit befindet, sich eine empfindliche Wölke geben und sich ein Armutsgewitz ausstellen. Wie schwer solcher Schritt wird, das kann nur der ersehnte, welcher gezwungen wird, ihn zu thun. Es giebt für jene Bestimmung gar keine Entschuldigung, und die Einwendung, daß nur die Eltern, welche das Schulgeld zahlen können, ihre Kinder in höhere Lehranstalten schicken sollen, ist ebenso harsch wie räthselhaft, denn es handelt sich lediglich nur um eine Hinausschiebung des Zahlungstermins auf etwa acht bis vierzehn Tage, also um eine rein humane Einrichtung, welche von Tausenden unserer Mißbürger mit Freuden begrüßt werden würde. Früher galt es überall und heute wohl gilt es noch in der Provinz als ein feststehender Gebrauch, daß das Schulgeld im Laufe des ersten Quartalsmonats entrichtet werden soll. Warum soll eine königliche oder eine städtische Anstalt nicht denselben oder einen ähnlichen Modus einführen können? Wir sollten meinen, daß es gar nicht darauf ankommt, ob der Direktor oder Kurator einer Anstalt seinen Abbruch 14 Tage früher oder später eintrifft.

Das königl. Polizei-Präsidium erläßt folgende Bekanntmachung: „Der Droguist A. Wollmann, hier, Bartelsstraße Nr. 1a wohnhaft, vertritt in der Tagespresse ein angeblich gegen die Trunksucht wirksames Mittel an. Das Präsidat, welches zufolge chemischer Untersuchung lediglich aus Enzianwurzel und semen Lyopodii (Bärlappspamen) besteht, hat keinerlei spezifische Heilwirkung. Dasselbe wird in Schachteln, welche Billen enthalten, zum Preise von 10 Mark verkauft, während der wirkliche Werth des Mittels nur 18 Pf. beträgt. Das Publikum wird daher vor dem Ankauf dieses Trunksuchtmittels gewarnt.“

Signalist. Durchgänger. Nach einer bei der hiesigen Kriminalpolizei telegraphisch eingegangenen Nachricht aus Budapest ist am 8. d. Mts. ein gewisser Ludwig Freyberger nach Unterschlagung einer Summe von 10 000 Gulden von dort flüchtig geworden und wird flehentlich verfolgt. Freyberger, welcher deutsch und wenig ungarisch spricht und elegante Kleidung trägt, ist Israelit, 28 Jahre alt, mittelgroß und bogerer Statur. Er hat dräunliche Haare, kleinen Naden und Schnurbart, ein auffallend schönes Gesicht und als besondere Kennzeichen Narben im Gesicht und zwei kleine Wazgen am Arm.

Raum hat die Bootsaison begonnen, so beginnen auch schon wieder die leichtsinnigen Streiche auf dem Wasser. Zwei junge, natürlich bereits angebeutete Menschen ruderten am Sonntag Vormittag in bedenklicher Nähe der Freiarche an der Oberlaufse des Kanals umher, hörten auf keine Warnung vom Ufer aus und gerietben in den bei dem hohen Wasserstande ganz gewaltigen Strudel der Freiarche. Im Nu hatte der Strom den Kahn erfasst und unter den Schlägen der Freiarche festgeklemmt. Den einen Insassen riß der Strom durch die Schlägen mit hinweg, der andere war mit dem Halbe zwischen Schlägen und Kahn festgeklemmt. Helfen konnte hier Niemand, als der Strom den nach Luft Ringenden freimachte und unter den Schlägen hindurchführte. Der erste Insasse war

inzwischen bereits einige hundert Meter unterhalb ans Land geschwommen, der zweite aber konnte nicht schwimmen und trieb hilflos im Strudel. Auf das Geschrei der Umstehenden kamen vier Ruderer im Trabe vom Café Alfen herbei, einer von ihnen ging bis an den Hals in den Strom hinein, während ein zweiter ihm vom Ufer aus die Hand reichte, und so gelang es, den Dabintreibenden zu fassen und ans Ufer zu ziehen. Der sich selbst in Sicherheit gebracht hatte, erhielt von den empörten Anwohnern noch ein paar tüchtige Ohrfeigen als Dankgelt, da er durchaus wieder ins Wasser wollte, um seinen Hut und den Kahn zu retten, dann trotteten beide baarhäutig und vor Kälte zitternd der Stadt zu, während der Strudel den festgeklemmten Kahn gründlich demolirte. — Leuten, die nicht ganz nüchtern sind, sollte kein Bootsverleiber ein Fahrzeug geben; Szenen, wie die obige, sind selbst für den Zuschauer äußerst aufregend.

Ein recht bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag Nachmittag auf der Pferdebahnlinie Trepptower-Spittelmarkt. Ein junges Mädchen hatte einen Stehplaz auf dem Vorderpertron. Sie sah sich jedoch veranlaßt, denselben in der Siegelstraße zu verlassen, weil sie von mehreren „jungen Herren“, die ebenfalls auf dem Vorderpertron standen, in durchaus unanständiger Weise belästigt wurde. Beim Abpringen gerieth sie leider mit einem Fuß unter die Räder des Wagens, so daß ihr die Beine fast ganz abgequetscht wurden. Zu verwundern bleibt hier nur, daß der Kutscher nicht einschritt. Das junge Mädchen, Elise Fischer ist ihr Name, wurde zunächst von mitleidigen Passanten nach der Sanitätswache in der Brüderstraße und von dort nach dem katholischen Krankenhause gebracht.

Durch einen Revolververhuf machte am geirigen Tage ein unbekannter, elegant gekleideter, ca. 40jähriger Mann in Charlottenburg seinem Leben ein gewaltsames Ende. Der Selbstmörder, der nach Beschreibung von mittelgroßer, kräftiger Figur war, hatte dunkelblondes Haar und einen gleichfarbigen Schnurbart; bekleidet war er mit einem dunklen modernen Kammeranzug, während seine Leibwäsche W. S. gezeichnet war. Irgeud welche Papiere, die über die Persönlichkeit des Lebensmüden näheren Aufschluß zu geben vermöchten, fanden sich nicht vor. Die Leiche ist vorläufig beaufst event. Rekonstruktion im Charlottenburger Leichenhause untergebracht und gleichzeitig die Berliner Behörde benachrichtigt worden, da man annimmt, daß der Selbstmörder erst aus Berlin nach Charlottenburg gekommen sei.

Die Schriftstellerin A. Dittlitz erucht uns um die Mittheilung, daß sie nicht identisch ist mit der in letzter Zeit viel genannten Schriftführerin gleichen Namens vom Mäntel-näherinnen-Verein.

## Gerichts-Zeitung.

o. k. Der Raubmord in Moabit vor dem Schwurgericht. Ein Verbrechen, das auf die Sicherheitszustände Berlins ein bedenkliches Licht wirft und die Bewohner der Berliner Vorstadt „Moabit“ noch immer in vollem Athem hält, gelangte heute vor das Forum des königlichen Land-Schwurgerichts Berlin I zur Verhandlung.

Moabit gehört zu demjenigen Stadttheil Berlins, der ganz besonders, seitdem vor einigen Jahren das Kriminal-Gerichtsgebäude und das Untersuchungs-Gefängniß dorthin verlegt, sich mit riesenhafter Geschwindigkeit entwickelt hat. Eine förmliche Beamtenkolonie ist in der Nähe des Justizpalastes entstanden. In dieser Gegend, Dreysestraße 10, 2 Treppen, wohnte der im Marineministerium beschäftigte Geheim-Sekretär Paepke mit seiner Gattin, seinem 24jährigen Sohne und seinem Mündel, der unvorbehaltlichen Gertrud Müller. Die Paepke'schen Eheleute, die das beste Familienleben führten, feierten im Oktober v. J. ihre silberne Hochzeit. Der Geheim-Sekretär pflegte Morgens gegen 8 Uhr seine Wohnung zu verlassen und erst gegen 4 Uhr Nachmittags zurückzukehren. Sein Sohn, der bei einer hiesigen Eisenbahn als Expeditions-Gehilfe thätig ist, begab sich regelmäßig Morgens 7 1/2 Uhr in's Bureau und auch die Müller war Tags über außerhalb der Wohnung beschäftigt. Frau Paepke war in Folge dessen den größten Theil des Tags über allein in der Wohnung. Als der Geheim-Sekretär Paepke am 3. November 1885 Nachmittags gegen 3 1/2 Uhr nach Hause kam, wurde ihm trotz mehrfachen Klingelns nicht geöffnet. Er bemerkte sehr bald, daß die Korridorthür nur eingeklinkt war. Er vermochte daher dieselbe mit seinem Drückerschlüssel zu öffnen. Als er nun das Wohnzimmer betrat, sah der alte Mann seine Gattin entsezt in einer großen Blutlache auf dem Fußboden liegen. Die arme Frau Paepke war fürchterlich zugerichtet. In ihrem Schadel zeigte sich eine klaffende Wunde, aus der Gehirnmasse hervorquoll. Ferner war der Ermordeten der Unterkiefer gebrochen, sowie die Mundwinkel und das Kinn in arger Weise verletzt. Der Kleiderschrank, der Schreibtisch und die Servante waren geöffnet und zum Theil durchwühlt. Dem ärztlichen Befunde nach war der Tod der Frau Paepke etwa 1 1/2 Stunden vor dem Erscheinen ihres Gatten eingetreten. Ein Kampf hatte augenscheinlich nicht stattgefunden. Dem Anschein nach hat sich der Mörder in die Paepke'sche Wohnung eingeschlichen, während Frau Paepke gerade die Wohnung für einige Augenblicke verlassen hatte. Frau Paepke ist kurz vor 2 Uhr Nachmittags mit ihrem Hunde an der Hausthür gewesen. Sie pflegte, wenn sie nur auf kurze Zeit die Wohnung verließ, die Korridorthür bloß anzulehnen. Diesen Umstand mag der Mörder benützt haben, um sich in die Wohnung einzuschleichen und einen Diebstahl auszuführen. Als er nun gerade mit dem Ausräumen von Wäschestücken beschäftigt war, muß Frau Paepke zurückgekehrt sein. Der Eindringling sah sich nun von Frau Paepke, einer sehr kouragierten Frau von 55 Jahren, ertappt, er hat deshalb wahrscheinlich ohne weiteres Besinnen auf Frau Paepke eingeschlagen und sie in der beschriebenen Weise verletzt. Die Paepke'sche Familie vermögte ein Köffel-Gut mit 2 silbernen Schloffen, eine goldene Broche in Form einer Taube und einiges bares Geld. Die Summe läßt sich nicht genau bestimmen, jedenfalls ist dieselbe nicht bedeutend gewesen. Die Broche wurde am Tage des Mordes, Nachmittags gegen 3 1/2 Uhr, von dem Schlofferlehrling Wotsch auf dem Bürgersteig der Straße Alt-Moabit, gegenüber dem Kriminal-Gerichtsgebäude, gefunden.

Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich sofort auf einen Bettler, der sich zwischen 12 und 2 Uhr Mittags in der Nähe des Hauses Dreysestr. 10 umhergetrieben hatte. Nach längeren Bemühungen gelang es der Polizei, diesen Bettler in der Person des Handlungsgehilfen Hermann Leopold Komowski zu ertappen und zur Haft zu bringen. Komowski leugnete allerdings, jemals in Moabit gewesen zu sein. Eine große Anzahl von Zeugen wollen ihn jedoch mehrere Tage vor dem Morde in verschiedenen Moabit Lokalen und am Tage des Mordes zwischen 12 bis 2 Uhr Nachmittags in höchst verdächtiger Weise in der Nähe des Hauses Dreysestr. 10 gesehen haben. Einige Personen wollen sogar gesehen haben, daß Komowski am fraglichen Tage Nachmittags gegen 2 Uhr das Haus Dreysestr. 10 betreten hat und etwa 1/2 Stunden später aus demselben gekommen ist. Komowski, der am 15. November 1888 zu Danzig geboren und evangelischer Konfession ist, wurde bereits im Jahre 1879 von dem Landgericht zu Danzig wegen wiederholten schweren Diebstahls mit 1 Jahr Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter polizeiliche Aufsicht bestraft. 1881 wurde er in Berlin wegen desselben Verbrechens mit zwei Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht, 1883 zu Dresden wegen Diebstahls, Landfriedens und Beistehens mit 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht, im Jahre 1885 zu Fürstwalde wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und vorfälliger Körperverletzung mit 6 Monaten Gefängniß bestraft. Raum hatte er

diese Strafe verbüßt, da wurde er wiederum in Frankfurt a. D. wegen intellektueller Urkundenfälschung mit mehreren Monaten Gefängnis bestraft. Am 20. Oktober 1885 verließ er das Gefängnis und wanderte nach Berlin. Hier wohnte er in der in der Dranienstraße 105 gelegenen „christlichen Herberge zur Heimath“. Im Uebrigen trieb er sich vagabondierend in Berlin umher und soll einen in genannter Herberge verkehrenden Hausdiener aufgefodert haben, ihm bei Begehung von Einbrüchen, „die sich am besten zur Mittagszeit ausführen lassen“, beihilflich zu sein. Einige Tage nach dem Morde soll er zu dem betreffenden Hausdiener verdächtige Redensarten gemacht haben. Ferner sind auch bei ihm mehrere Diebstahlsgegenstände vorgefunden worden. Da ihm auch sein Alibibeweis vollständig mißlungen ist, so hat die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen des vorliegenden Verbrechens die Anklage erhoben.

Den Vorsitz des Gerichtshofes führt Landgerichtsdirektor Müller. Die königliche Staatsanwaltschaft vertritt Staatsanwalt Dr. Rißell, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Richard Wolff.

Der Andrang des Publikums ist selbstverständlich ein ganz immenser. Den Richterstühlen ist nur der Zutritt in den Zuschauerraum gestattet, die Richterstühle sind infolge dieser entfernten Platzierung von dem Tische des Gerichtshofes, sehr erschwert. — Gegen 9 1/2 Uhr Vormittags wird der Angeklagte auf die Anklagebank geführt. Er ist dies ein mittelgroßer schlanker Mensch mit fablem Gesicht und eingefallenen Wangen. — Nach Bildung der Geschworenenkammer werden die Zeugen in den Saal gerufen; unter diesen befinden sich der Gatte und der Sohn der Ermordeten.

Auf Befragen des Präsidenten bemerkt der Angeklagte: Mein Vater war Tischlermeister in Danzig. Da auch meine Mutter früh verstorben ist, so wurde ich in meinem fünften Lebensjahre in ein Waisenhaus bei Danzig gegeben. In diesem wurde ich bis zu meinem vierzehnten Lebensjahre erzogen. Nachdem ich konfirmirt war, kam ich in das Handlungshaus J. H. Soden u. Co. in Danzig in die Lehre. Ich verblieb dortselbst vom Jahre 1873 bis 1876 und war zunächst als Lehrling und alsdann als Kommis. — Präsi.: Was hatte denn dies Handlungshaus für eine Branche? — Angell.: Ragayin für Haus- und Küchen-Einrichtungen. — Präsi.: 1878 sind Sie nun von J. H. Soden u. Co. ausgetreten, was thaten Sie dann? — Angell.: Ich trat bei dem Handlungshaus Fabian in Danzig in Stellung. — Präsi.: Auch als Kommis? — Angell.: Ja. — Präsi.: Wie lange liebten Sie dort? — Angell.: Etwa 1 Jahr. — Präsi.: Nachdem Sie von Fabian abgegangen waren, sind Sie als Handlungsgehilfe nicht mehr thätig gewesen? — Angell.: Nein. — Präsi.: Woher haben Sie sich von dieser Zeit ab ernährt? — Angell.: Ich befand mich zunächst in Strafhaft.

Der Präsident hält dem Angeklagten seine Vorstrafen vor und bedeutet ihm, daß seit 1879 sein Leben eine Kette von Verbrechen bildet und daß er sich während der Zeit, wo er sich in Freiheit befand, vagabondierend umhergetrieben hat. — Der Angeklagte erwidert: Er habe hin und wieder gearbeitet, es sei ihm aber in den seltensten Fällen gelungen, Arbeit zu finden. — Präsi.: Sie wurden nun am 20. Oktober v. J. aus dem Gefängnis zu Rottbus entlassen, weshalb kamen Sie denn da gleich nach Berlin? — Angell.: Ich glaubte in Berlin am allerbesten Arbeit zu finden. — Es wird nunmehr der Anklagebescheid vorgelesen. — Präsident: Angeklagter, was haben Sie auf die gegen Sie erhobene Anklage zu sagen? — Angell.: Ich kann nur sagen, daß ich vollständig unschuldig bin, ich habe das Verbrechen nicht begangen. — Präsi.: Von was haben Sie vom 20. Oktober bis zu Ihrer Inhaftnahme gelebt? — Angell.: Einmal hatte ich noch etwas Geld, andererseits verdiente ich mir dadurch Geld, daß ich Ausländern bei Transprunahme der Konjulate beihilflich war. — Präsi.: Wo wohnten Sie hier? — Angell.: Zunächst in der christlichen Herberge zur Heimath in der Dranienstraße. — Präsi.: Wo wohnten Sie außerdem? — Angell.: In einer Herberge in der Landwehrstraße wohnte ich auch einige Tage. — Präsi.: Gearbeitet haben Sie vom 20. Oktober bis zu Ihrer Inhaftnahme, die am 13. November erfolgte, nicht? — Angell.: Nein, ich habe mir aber Mühe gegeben, Arbeit zu finden. — Haben Sie während dieser Zeit Diebstähle ausgeführt? — Angell.: Nein. — Präsi.: Sie sollen sich aber gerüht haben, Diebstähle begangen zu haben; Sie wissen, daß auch ein Verfahren wegen von Ihnen begangener Diebstähle gegen Sie schwebt? — Angell.: Ich habe aber keine Diebstähle begangen und mich auch solcher nicht gerüht. — Präsi.: Es sind aber mehrere Diebstahlsgegenstände bei Ihnen gefunden worden? — Angell.: Ich besaß nur ein sogenanntes Nischleressen. — Präsi.: Sie wissen, daß am 3. November v. J. in der Dreßstraße 10, hier in Moabit die Geheimsekretärin Paepke in ihrer Wohnung ermordet und bestohlen worden ist, es werden nun eine Anzahl Zeugen auftreten, die bekunden werden, daß Sie am Nachmittage des bezeichneten Tages zwischen 2 und 3 Uhr, zu welcher Zeit das Verbrechen begangen worden ist, sich in sehr auffälliger Weise in jener Gegend umhergetrieben haben? — Angell.: Das ist nicht wahr, Herr Präsident; ich bin in der Dreßstraße weder am 3. November v. J. noch überhaupt jemals gewesen. — Präsi.: Behaupten Sie auch, niemals in Moabit gewesen zu sein? — Angell.: Jawohl, das behaupte ich; weiter als bis zum Hamburger Bahnhof bin ich in diese Gegend niemals gekommen. — Präsi.: Sie wollen also sagen, alle die Zeugen, die Sie am Nachmittage des 3. November v. J. in der Dreßstraße getroffen haben, müssen sich in ihrer Person getriert haben? — Angell.: Ja. — Präsi.: Der dritte November wird Ihnen noch in Erinnerung sein; Sie sind einige Zeit darauf verhaftet worden und sofort danach gefragt. Können Sie mir sagen, wo Sie am dritten November v. J. gewesen sind? — Angell.: Ich verließ am 3. November Morgens gegen 8 Uhr mit dem Kellner Kreuzberger und dem Deponom Supprian die Herberge zur Heimath, um Arbeit zu suchen. Wir begaben uns zunächst in die in der Reindensdorferstraße belegene Arbeiterkolonie. Alsdann begaben wir uns in das Bureau des Vereins zur Besserung entlassener Strafgefangener. Hieraus gingen wir in eine in der Lindenstraße belegene Volkshaus. Als wir diese verließen, trafen wir noch einen Kellner, Namens Vogel. Dieser wollte sich in einem Hotel oder Café Stellung suchen. Wir begleiteten den Vogel, der im Café Bauer, Hotel Petersberg und noch mehreren anderen Hotels und Cafés um Arbeit nachfragte.

Der Angeklagte erzählt im Weiteren in sehr umständlicher Weise, wo er am 3. und 4. November gewesen ist. Der Präsident bedeutet dem Angeklagten, daß er heute seinen Aufenthalt am 3. und 4. November viel ausführlicher als bei dem Untersuchungsrichter erzählen solle. Angell.: Ich kann mich heute besser als früher an alle die Vorgänge erinnern. Ich war zur Zeit, da ich eines solch furchtbaren Verbrechens beschuldigt wurde, etwas verwirrt. — Präsi.: Sie sollen zu dem Hausdiener Hinge, mit dem Sie zusammen in der „Herberge zur Heimath“ wohnten, verdächtige Redensarten gemacht haben, Sie sollen ihn auch zur Begehung von Einbrüchen aufgefordert haben? — Angell.: Das ist nicht wahr; Hinge fragte mich einmal, wo Kreuzberger sei. Ich antwortete: der ist nach Kamerun gegangen; R. überlebe nämlich, daß er auswandern wolle. — Präsi.: Haben Sie nicht erfahren, daß in der Dreßstraße ein Mord begangen worden sei? — Angell.: Ja, ich las es am Donnerstag, den 5. November, in der Zeitung. — Präsi.: Nun sollen Sie zu Hinge bezüglich des Mordes sehr verdächtige Redensarten gemacht haben? — Angell.: Hinge sagte, die Beschreibung der Mörder paßt auf Kreuzberger und Dich, wie habt Ihr denn das gemacht, habt Ihr Euch dabei die Hosen gerissen? Ich sagte zu Hinge: Du bist wohl verrückt. — Präsi.: Hinge war also der Meinung, die Beschreibung des Mörders paßt auf Sie? — Angell.: Auf

mich und auf Kreuzberger, hauptsächlich aber auf Kreuzberger sollte das Signalement passen. — Präsi.: Sie haben nun Ihren Hut, den Sie am 3. November getragen, verkauft. — Angell.: Ich habe dies gethan, um mir ein paar Pfennige zu verdienen. — Die Vernehmung des Angeklagten ist danach beendet und es wird zur Beweisaufnahme geschritten. Der erste Zeuge ist der Gatte der Ermordeten, Geh. Sekretär Paepke. Dieser erzählt, wie bereits mitgetheilt, in welcher Weise er, als er am 3. November v. J., Nachmittags gegen 3 1/2 Uhr, nach Hause kam, seine Frau vorgefunden habe. Nach einer im Saale aufgestellten Zeichnung erklärt der Zeuge die Lage seiner damaligen Wohnräume. Auf Befragen des Präsidenten befundet der Zeuge: Als ich am 3. November nach Hause kam, kam mir zunächst mein schwarzer Pudel entgegen. Ich habe den Hund schon seit 10 Jahren. Er war früher sehr wachsam, heute, wenn Fremde in die Wohnung kamen. In der letzten Zeit wurde er jedoch altersschwach. Er hörte schlecht, erblindete auf einem Auge, bellte nur selten und war sehr feige. Wenn man ihn bedrohte, so verkroch er sich. Als ich am 3. November eintraf, kam er mir schweißbedeckt entgegen. Gegen 12 1/2 Uhr Mittags tritt eine halbständige Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wird nochmals Geheim-Sekretär Paepke vernommen. Dieser giebt wiederholt eine eingehende Schilderung, in welcher Weise er am 3. November seine ermordete Frau vorgefunden. Die Ermordete lag in etwas gekrümmter Stellung. Der Schädel war vollständig zertrümmert; neben der Leiche lag auf dem Teppich ein etwas zertrümmertes Messer. — Präsi.: Als am Tage nach dem Morde die Vertheidigungskommission in Ihre Wohnung kam, da war der Teppich schon von dem Blute gereinigt? — Zeuge: Ja. — Präsi.: Hatte denn diese Reinigung solch große Eile? — Zeuge: Die Polizei hatte es erlaubt. — Präsi.: War der Teppich, auf dem die Leiche lag, in Unordnung? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Waren Spuren vorhanden, aus denen man schließen konnte, daß zwischen dem Mörder und der Ermordeten ein Kampf stattgefunden hat? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Sie haben schon gesagt, Ihre Frau war stark und sehr launig; wenn sie nicht meuchlings überfallen worden wäre, dann hätte sie sich nicht ohne Weiteres niederlegen lassen, jedenfalls hätte man alsdann Spuren eines Kampfes wahrgenommen. — Auf Befragen des Präsidenten bemerkt der Zeuge, er sei der Meinung, es habe sich, während seine Frau mit dem Hund auf der Straße gewesen, Jemand in die Wohnung hineingeschlichen. — Präsi.: Wieso kann der Mörder wohl in die Wohnung gekommen sein? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Präsi.: Es ist vielleicht möglich, daß Ihre Frau die Korridorthür aufgeschlossen hat? — Zeuge: Das beweise ich, meine Frau pflegte die Korridorthür niemals aufzulassen. — Präsi.: Können Sie sich denken, aus welchen Gründen der Mörder zur That geschritten ist? — Zeuge: Meiner Meinung nach hat er stehlen wollen. — Präsi.: Sie entnehmen dies aus dem Umstande, daß die Kästen jumeist geöffnet und durchwühlt waren und auch in der That einige Gegenstände fehlen? — Zeuge: Ja. — Präsi.: War es aber auch möglich, daß Jemand den Mord aus Rache begangen haben könnte? — Zeuge: Nein, das kann ich mir nicht denken. — Präsi.: Weshalb nicht? — Zeuge: Meine Frau war gegen Jedermann so gutmüthig und hat so viele Wohlthaten gethan, daß ich es für absolut ausgeschlossen halte, daß Jemand eine solche Rache gegen sie gehabt haben soll. — Präsi.: Ihre Vermögensverhältnisse waren damals etwas unglücklich? — Zeuge: Ja. — Präsi.: Wie viel Geld in Ihrem Schreibtisch gewesen, können Sie nicht angeben? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Jedenfalls war es eine nur geringe Summe? — Zeuge: Ja. — Präsi.: Sie sind also der Meinung, der Mord kann kein geplant gewesen sein, sondern der Mörder ist zufällig, beabsichtigt, die Wohnung eines Diebstahls in die Wohnung gedrungen und ist alsdann von Ihrer Frau überrascht worden? — Zeuge: Ja. Vertheidiger: Haben Sie Ihren Hund zu dem Herrn Untersuchungsrichter gebracht? — Zeuge: Ja, nachdem mich Herr Landgerichtsrath Dollmann dazu aufgefordert hat. — Verth.: Als Sie den Hund zu dem Herrn Untersuchungsrichter mitbrachten, war da der Angeklagte im Zimmer? — Zeuge: Ja. Verth.: Hat der Hund bei dem Anblick des Angeklagten sich erschreckt, oder gebellt? — Zeuge: Nein, der Hund hat sich ganz ruhig im Zimmer hingelegt.

Der zweite Zeuge ist der Sohn der Ermordeten, Hermann Paepke. Präsi.: Sie sind am 3. November nicht zu Tisch nach Hause gekommen? — Zeuge: Nein, mir wurde gegen Mittag von meinem Vorgesetzten eröffnet, daß ich Nachdienst habe. Ich theilte dies meiner Mutter mittelst einer Postkarte mit. — Präsi.: Wann erhielten Sie von der Ermordung Ihrer Mutter Kunde? — Zeuge: Nachmittags gegen 5 1/2 Uhr. — Präsi.: Sie begaben sich in Folge dessen sofort in Ihre elterliche Wohnung? — Zeuge: Ja. — Präsi.: Können Sie uns sagen, in welcher Weise die Leiche Ihrer Mutter gelegen hat? — Zeuge: Nein, ich habe sie nicht gesehen, da ich in die Vorderstube nicht hinein konnte. — Präsi.: Sie konnten nicht hinein? — Zeuge: Die Polizeibeamten gestatteten mir den Zutritt in das Vorderzimmer nicht. — Präsi.: Und Sie verzichteten freiwillig darauf, Ihre Mutter zu sehen? — Zeuge: Was sollte ich denn gegen die Polizeibeamten thun? — Präsi.: Dann können Sie uns auch nicht sagen, wie es in dem Vorderzimmer ausgesehen hat? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Können Sie sich denken, in welcher Weise Ihre Mutter ermordet worden ist? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Haben Sie denn niemals darüber nachgedacht? — Zeuge: Ja, ich war jedoch der Meinung, die nähere Feststellung ist Sache der Polizei. — Präsi.: Nun, ich bin der Meinung, es wäre auch Ihre Aufgabe als Sohn gewesen, festzustellen, auf welche Art und Weise Ihre Mutter ermordet worden ist? — Zeuge: Ich dachte auch darüber nach, eine genaue Vorstellung kann ich mir aber nicht machen. — Präsi.: Haben Sie gegen Jemanden irgend einen Verdacht gehabt? — Zeuge: Ja, ich hatte einen gewissen Müller im Verdacht. — Präsi.: Hatte dieser eine Rache gegen Ihre Mutter? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Präsi.: Nun weshalb suchten Sie gegen den Müller Verdacht? — Seine Frau war mit meiner Mutter verfeindet. — Präsi.: Hatten sich die beiden Frauen gekannt? — Zeuge: Ja, vor etwa 1 1/2 Jahren. — Präsi.: Und deshalb sind Sie der Meinung, dieser Müller könnte Ihre Mutter ermordet haben? — Zeuge: Etwas Bestimmtes weiß ich nicht. — Präsi.: Ist denn der Müller ein Mensch, dem man einen Mord zutrauen kann? — Zeuge: Das will ich nicht sagen. — Präsi.: Zeuge, Sie sind doch mit Ihren Verdächtigungen etwas leichtfertig; Herr Geheim-Sekretär, was sagen Sie zu der Befundung Ihres Sohnes? — Zeuge: Ich habe zu bemerken, daß Müller nicht der Mörder gewesen sein kann, da er schon seit einem Jahre im Gefängnis Blögensee ist; im Uebrigen traue ich demselben eine solche That nicht zu. — Angell.: Es ist ja möglich, daß der Müller, der in Blögensee sein soll, einen Mord begangen zu der That veranlaßt hat. — Dr. med. Werner, der zuerst zu der Ermordeten gerufen worden ist, giebt eine ausführliche Schilderung von dem Befund der Leiche. Der Mörder müßte zum Mindesten an den Stiefeln und Hosen mit Blut bespritzt gewesen sein. Der tödtliche Schlag muß etwa 1/2 bis 3/4 Stunden vor seinem Eintreffen geföhrt worden sein. — Präsi.: Früher sagten Sie, der Tod muß 1 bis 1 1/2 Stunden vor Ihrem Erscheinen eingetreten sein? — Zeuge: Damals hörte ich, daß etwa gegen 2 Uhr Nachmittags der Kampf stattgefunden hat, aus dem Grunde wurde ich zu der Annahme verleitet, genau ist das nicht festzustellen. — Auf Befragen des Vertheidigers befundet der Zeuge, daß der tödtliche Schlag jedenfalls seitlich geföhrt worden ist.

Polizeileutnant Glabich schildert ebenfalls den Befund der Leiche. Er sei der Meinung, der Mörder hätte Blutspuren nicht davon getragen. — Präsi.: Können Sie mir sagen, ob Sie den ermordeten Frau Paepke und verlebte oftmals bei ihr. Sie war eine sehr gutmüthige Frau. Am Sonntag den 1. November, forderte mich Frau Paepke auf, ihr am Montag Nachmittags rollen helfen zu kommen. Ich sagte, ich könne erst am Dienstag Nachmittags kommen. Ich war an diesem Tage, etwa gegen 2 Uhr Nachmittags, jedoch falls nicht vor 2 Uhr zu Paepke's; etwas Verdächtiges habe ich nicht wahrgenommen. Ich klingelte mehrfach, da mir jedoch nicht geöffnet wurde, so besuchte ich meinen in der Thunstraße wohnenden Bruder. Etwa 1 1/2 Stunden darauf ging ich wieder zurück. Nachdem ich wiederum vier Mal vergeblich geklingelt hatte, kam Herr Paepke. Dieser schloß auf, wir traten die Wohnung und fanden im Vorderzimmer Frau Paepke erstickt auf dem Teppich liegen.

Polizei-Inspektor v. Wertheim-Düllem giebt ebenfalls eine eingehende Schilderung über den Befund der Leiche. Das Blut war an die Gardinen, Fenstern, Ofen u. gespritzt. In der Küche ist keine Blutspur vorhanden gewesen. Es war nichts vorhanden, was darauf schließen ließ, daß der Mörder sich irgendwo seine Hände gewaschen oder auch nur abgewischt hätte. Die Wäsche muß vor erfolgtem Morde mit unblutigen Händen herausgerissen worden sein. Auch war eine angebrannte Zigarre vorhanden, so daß anzunehmen ist, der Mörder hat vorher an der Stelle des Verbrechens eine Zigarre geraucht. — Präsident: Nun, Angeklagter, haben Sie hierzu etwas zu sagen? — Angell.: Ich habe nur zu bemerken, daß ich überhaupt nicht rauche, also der Mörder nicht gewesen sein kann. — Präsi.: Wie es aber, wenn Zeugen auftreten, die Sie schon haben rauchen sehen. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, Sie thun beständig nicht alles zu leugnen. Der Umstand, daß Sie Raucher sind, belästigt Sie ja noch nicht. — Angell.: Ich gebe zu, daß ich einmal eine Zigarre rauche, wenn ich eine geschenkt erhalte, gewöhnlich rauche ich aber nicht. — Präsi.: Es ist doch aber sehr gleichgültig, ob Sie selten oder regelmäßig Zigarren rauchen. — Auf weiteres Befragen deponirt Kriminal-Inspektor v. Düllem: In bezug auf das Blut durchsichtige konnte, ehe der Thatbestand festgestellt war, so ist in Uebereinstimmung mit dem ersten Staatsanwalt Angern, der ebenfalls zur Stelle war, die Wegschaffung der Leiche und zwar noch in derselben Nacht angeordnet worden. — Stadt-Physikus Geh. Medizinalrath Wolff: Der Schädel der Ermordeten war vollständig zertrümmert. Augenscheinlich hat der Mörder zunächst einen sehr heftigen Schlag und alsdann noch eine Reihe von Schlägen geföhrt. Der Tod ist durch die Beträmmung des Gehirns eingetreten. Außerdem waren das Rinn und der Mundwinkel der Ermordeten arg verletzt. Ein Kampf hat augenscheinlich nicht stattgefunden. Der vorgefundene Mord der Ermordeten ausgeföhrt worden. Die lange vorher geföhrt tödtliche Schlag geföhrt worden ist, als Herr Dr. Werner gerufen wurde, ob eine halbe oder 1 1/2 Stunde, läßt sich nicht feststellen. Da noch keine Todtenstarre eingetreten war, so kann man nur sagen, der tödtliche Schlag muß vor nicht langer Zeit geföhrt worden sein.

Stadt-Physikus Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Limann tritt dem Gutachten des Geh. Medizinalrath Dr. Wolff vollständig bei. Augenscheinlich ist der erste Schlag geföhrt worden, indem der Mörder seinem Opfer gegenüber gestanden hat. Die Frau ist alsdann niedergefallen und hierauf hat der Mörder die weiteren Schläge von hinten oder von der Seite geföhrt. — Präsi.: Die „Juden“ (Brecheisen), die der Angeklagte besitzen haben, soll, kann die That vollführt worden sein. Ebenso ist es aber möglich, daß die That mit einem Hammer vollführt worden ist. — Hier wird die Sitzung gegen 6 Uhr Abends auf morgen (Dienstag) Vormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

Zwei Schlafstellendiebstähle fallen dem Fürbergesellen K. zur Last. Bei einem derselben legte er ein großes Kaffinament zu Tage. Er begab sich eines Tages zu den Eltern des Buchdruckers W., bei denen er früher in Schlafstelle gewohnt hatte, zum Besuch. Nach einiger Zeit nahm er Abschied, weil die Korridorthüre heftig hinter sich zu, als sei er hinausgegangen, blieb aber zurück und schlich sich in das Schlafzimmer des Sohnes ein. Dort kroch er unter das Bett und blieb bis 3 Uhr Morgens dort liegen. Um diese Zeit suchte W. auf seine Schlafstätte auf und K. konnte zu dem Ziele seiner Wärscheiner grünen Geldbüchse mit einem Inhalt von 23 M. gelangen. So leise er sich fortzuschlich, war seine That doch nicht unbemerkt geblieben. Der kleine Bruder des W., ein Knabe von 10 Jahren, der in demselben Zimmer schlief, wurde aufgewacht und sah den fremden Mann verschwinden. W. führte zur Entdeckung. — In dem andern Falle hatte K. seinem Schlafkollegen, dem Arbeiter W., eine Geldtasche mit 12 M. entwendet. — Die Strafammer verurtheilte ihn in Rücksicht auf die Verhältnissen und den Vertrauensbruch die er bewiesen und den er vollzogen, zu 7 Monaten Gefängnis.

Ueber den Zusammenstoß der Franzosen mit den Eingeborenen im Senegal-Gebiete liegen folgende telegraphische Mittheilungen vor: Paris, 11. April. Nach Meldungen vom Senegal ist das Fort Bakel von den Eingeborenen angegriffen und hat dasselbe ein sehr blutiger Zusammenstoß stattgefunden, welcher 3 Tage dauerte. Mehrere Dörfer und Faktoreien wurden angezündet, die Verbindungen sind abgeschnitten. Die Lage wird als ernst bezeichnet.

Paris, 11. April. Eine Depesche des Gouverneurs des Senegal-Gebietes bestätigt, daß das Fort Bakel von den Eingeborenen angegriffen wurde, doch seien die Angriffe ohne Verluste zurückgeschlagen worden. Das Fort sei vollkommen verproviantirt.

Ein von gestern Morgen aus London datirtes Telegramm meldet: Der bisherige Unterstaatssekretär für Indien, Kap-Shuttleworth, ist an Stelle von Henage zum Kanzler des Herzogthums Lancaster ernannt worden und würde den „Daily News“ zufolge auf seinen bisherigen Posten als Unterstaatssekretär von Indien durch Stafford Howard ersetzt werden. An die Stelle von Collings als Sekretär im Local Government Board soll Borlase treten. Der Kandidat Lord Morley's von dem Posten des Arbeitsministers wird amlich bestätigt.

Die Opposition gegen Gladstone's Homerulebill wird allgemeiner und größer. Die „Times“, der „Daily Telegraph“, der „Standard“ und fast alle übrigen Morgenblätter fahren heute fort in ihrer Kritik über die Gladstone'sche Vorlage. Selbst die „Daily News“ bezweifeln jetzt, ob die Vorlage in der gegenwärtigen Session Gesetzeskraft erhalten werde. Die öffentliche Agitation gegen Gladstone's Bill beginnt am Mittwoch mit einem aragen Meeting in der Majesty's Theatre, das unter dem Vorsitz von Lord Comper, der unter dem früheren Kabinet Gladstone Mitglied von Irland war, stattfinden wird. Die erste Resolution bei diesem Meeting wird von Lord Hartington beantragt und von Lord Salisbury und Lands unterstützt werden, die zweite Resolution wird Gifford beantragen.

In Götting hat gestern ein Mauerstreik begonnen. Die Kommunalbauten beschäftigte Mauerer arbeiten weiter. In Magdeburg ist eine auf gestern andereraume Versammlung, in welcher der sozialdemokratische Abg. Heine einen Vortrag halten wollte, auf Grund des Sozialistengesetzes im Verbot verboten worden.

Nach einem Privattelegramm des „Berl. Tagebl.“ ist auf den Abklärer Vertreter der Staatsanwaltschaft, Affessor Sandmeyer, während er in seiner Arbeitsstube lag, ein Fenster offen worden. Man bringt diesen Vorfall in Verbindung mit den Verhaftungen, welche dieser Tage morgen eines schwebenden Verurtheilten in Abessin vorgenommen wurden. Unter den Verhafteten befinden sich auch Stadtverordnete

bei ihr. Sie war eine sehr gutmüthige Frau. Am Sonntag den 1. November, forderte mich Frau Paepke auf, ihr am Montag Nachmittags rollen helfen zu kommen. Ich sagte, ich könne erst am Dienstag Nachmittags kommen. Ich war an diesem Tage, etwa gegen 2 Uhr Nachmittags, jedoch falls nicht vor 2 Uhr zu Paepke's; etwas Verdächtiges habe ich nicht wahrgenommen. Ich klingelte mehrfach, da mir jedoch nicht geöffnet wurde, so besuchte ich meinen in der Thunstraße wohnenden Bruder. Etwa 1 1/2 Stunden darauf ging ich wieder zurück. Nachdem ich wiederum vier Mal vergeblich geklingelt hatte, kam Herr Paepke. Dieser schloß auf, wir traten die Wohnung und fanden im Vorderzimmer Frau Paepke erstickt auf dem Teppich liegen.

Polizei-Inspektor v. Wertheim-Düllem giebt ebenfalls eine eingehende Schilderung über den Befund der Leiche. Das Blut war an die Gardinen, Fenstern, Ofen u. gespritzt. In der Küche ist keine Blutspur vorhanden gewesen. Es war nichts vorhanden, was darauf schließen ließ, daß der Mörder sich irgendwo seine Hände gewaschen oder auch nur abgewischt hätte. Die Wäsche muß vor erfolgtem Morde mit unblutigen Händen herausgerissen worden sein. Auch war eine angebrannte Zigarre vorhanden, so daß anzunehmen ist, der Mörder hat vorher an der Stelle des Verbrechens eine Zigarre geraucht. — Präsident: Nun, Angeklagter, haben Sie hierzu etwas zu sagen? — Angell.: Ich habe nur zu bemerken, daß ich überhaupt nicht rauche, also der Mörder nicht gewesen sein kann. — Präsi.: Wie es aber, wenn Zeugen auftreten, die Sie schon haben rauchen sehen. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, Sie thun beständig nicht alles zu leugnen. Der Umstand, daß Sie Raucher sind, belästigt Sie ja noch nicht. — Angell.: Ich gebe zu, daß ich einmal eine Zigarre rauche, wenn ich eine geschenkt erhalte, gewöhnlich rauche ich aber nicht. — Präsi.: Es ist doch aber sehr gleichgültig, ob Sie selten oder regelmäßig Zigarren rauchen. — Auf weiteres Befragen deponirt Kriminal-Inspektor v. Düllem: In bezug auf das Blut durchsichtige konnte, ehe der Thatbestand festgestellt war, so ist in Uebereinstimmung mit dem ersten Staatsanwalt Angern, der ebenfalls zur Stelle war, die Wegschaffung der Leiche und zwar noch in derselben Nacht angeordnet worden. — Stadt-Physikus Geh. Medizinalrath Wolff: Der Schädel der Ermordeten war vollständig zertrümmert. Augenscheinlich hat der Mörder zunächst einen sehr heftigen Schlag und alsdann noch eine Reihe von Schlägen geföhrt. Der Tod ist durch die Beträmmung des Gehirns eingetreten. Außerdem waren das Rinn und der Mundwinkel der Ermordeten arg verletzt. Ein Kampf hat augenscheinlich nicht stattgefunden. Der vorgefundene Mord der Ermordeten ausgeföhrt worden. Die lange vorher geföhrt tödtliche Schlag geföhrt worden ist, als Herr Dr. Werner gerufen wurde, ob eine halbe oder 1 1/2 Stunde, läßt sich nicht feststellen. Da noch keine Todtenstarre eingetreten war, so kann man nur sagen, der tödtliche Schlag muß vor nicht langer Zeit geföhrt worden sein.

Stadt-Physikus Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Limann tritt dem Gutachten des Geh. Medizinalrath Dr. Wolff vollständig bei. Augenscheinlich ist der erste Schlag geföhrt worden, indem der Mörder seinem Opfer gegenüber gestanden hat. Die Frau ist alsdann niedergefallen und hierauf hat der Mörder die weiteren Schläge von hinten oder von der Seite geföhrt. — Präsi.: Die „Juden“ (Brecheisen), die der Angeklagte besitzen haben, soll, kann die That vollführt worden sein. Ebenso ist es aber möglich, daß die That mit einem Hammer vollführt worden ist. — Hier wird die Sitzung gegen 6 Uhr Abends auf morgen (Dienstag) Vormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

Zwei Schlafstellendiebstähle fallen dem Fürbergesellen K. zur Last. Bei einem derselben legte er ein großes Kaffinament zu Tage. Er begab sich eines Tages zu den Eltern des Buchdruckers W., bei denen er früher in Schlafstelle gewohnt hatte, zum Besuch. Nach einiger Zeit nahm er Abschied, weil die Korridorthüre heftig hinter sich zu, als sei er hinausgegangen, blieb aber zurück und schlich sich in das Schlafzimmer des Sohnes ein. Dort kroch er unter das Bett und blieb bis 3 Uhr Morgens dort liegen. Um diese Zeit suchte W. auf seine Schlafstätte auf und K. konnte zu dem Ziele seiner Wärscheiner grünen Geldbüchse mit einem Inhalt von 23 M. gelangen. So leise er sich fortzuschlich, war seine That doch nicht unbemerkt geblieben. Der kleine Bruder des W., ein Knabe von 10 Jahren, der in demselben Zimmer schlief, wurde aufgewacht und sah den fremden Mann verschwinden. W. führte zur Entdeckung. — In dem andern Falle hatte K. seinem Schlafkollegen, dem Arbeiter W., eine Geldtasche mit 12 M. entwendet. — Die Strafammer verurtheilte ihn in Rücksicht auf die Verhältnissen und den Vertrauensbruch die er bewiesen und den er vollzogen, zu 7 Monaten Gefängnis.

Ueber den Zusammenstoß der Franzosen mit den Eingeborenen im Senegal-Gebiete liegen folgende telegraphische Mittheilungen vor: Paris, 11. April. Nach Meldungen vom Senegal ist das Fort Bakel von den Eingeborenen angegriffen und hat dasselbe ein sehr blutiger Zusammenstoß stattgefunden, welcher 3 Tage dauerte. Mehrere Dörfer und Faktoreien wurden angezündet, die Verbindungen sind abgeschnitten. Die Lage wird als ernst bezeichnet.

Paris, 11. April. Eine Depesche des Gouverneurs des Senegal-Gebietes bestätigt, daß das Fort Bakel von den Eingeborenen angegriffen wurde, doch seien die Angriffe ohne Verluste zurückgeschlagen worden. Das Fort sei vollkommen verproviantirt.

Ein von gestern Morgen aus London datirtes Telegramm meldet: Der bisherige Unterstaatssekretär für Indien, Kap-Shuttleworth, ist an Stelle von Henage zum Kanzler des Herzogthums Lancaster ernannt worden und würde den „Daily News“ zufolge auf seinen bisherigen Posten als Unterstaatssekretär von Indien durch Stafford Howard ersetzt werden. An die Stelle von Collings als Sekretär im Local Government Board soll Borlase treten. Der Kandidat Lord Morley's von dem Posten des Arbeitsministers wird amlich bestätigt.

Die Opposition gegen Gladstone's Homerulebill wird allgemeiner und größer. Die „Times“, der „Daily Telegraph“, der „Standard“ und fast alle übrigen Morgenblätter fahren heute fort in ihrer Kritik über die Gladstone'sche Vorlage. Selbst die „Daily News“ bezweifeln jetzt, ob die Vorlage in der gegenwärtigen Session Gesetzeskraft erhalten werde. Die öffentliche Agitation gegen Gladstone's Bill beginnt am Mittwoch mit einem aragen Meeting in der Majesty's Theatre, das unter dem Vorsitz von Lord Comper, der unter dem früheren Kabinet Gladstone Mitglied von Irland war, stattfinden wird. Die erste Resolution bei diesem Meeting wird von Lord Hartington beantragt und von Lord Salisbury und Lands unterstützt werden, die zweite Resolution wird Gifford beantragen.

In Götting hat gestern ein Mauerstreik begonnen. Die Kommunalbauten beschäftigte Mauerer arbeiten weiter. In Magdeburg ist eine auf gestern andereraume Versammlung, in welcher der sozialdemokratische Abg. Heine einen Vortrag halten wollte, auf Grund des Sozialistengesetzes im Verbot verboten worden.

Nach einem Privattelegramm des „Berl. Tagebl.“ ist auf den Abklärer Vertreter der Staatsanwaltschaft, Affessor Sandmeyer, während er in seiner Arbeitsstube lag, ein Fenster offen worden. Man bringt diesen Vorfall in Verbindung mit den Verhaftungen, welche dieser Tage morgen eines schwebenden Verurtheilten in Abessin vorgenommen wurden. Unter den Verhafteten befinden sich auch Stadtverordnete

bei ihr. Sie war eine sehr gutmüthige Frau. Am Sonntag den 1. November, forderte mich Frau Paepke auf, ihr am Montag Nachmittags rollen helfen zu kommen. Ich sagte, ich könne erst am Dienstag Nachmittags kommen. Ich war an diesem Tage, etwa gegen 2 Uhr Nachmittags, jedoch falls nicht vor 2 Uhr zu Paepke's; etwas Verdächtiges habe ich nicht wahrgenommen. Ich klingelte mehrfach, da mir jedoch nicht geöffnet wurde, so besuchte ich meinen in der Thunstraße wohnenden Bruder. Etwa 1 1/2 Stunden darauf ging ich wieder zurück. Nachdem ich wiederum vier Mal vergeblich geklingelt hatte, kam Herr Paepke. Dieser schloß auf, wir traten die Wohnung und fanden im Vorderzimmer Frau Paepke erstickt auf dem Teppich liegen.

Polizei-Inspektor v. Wertheim-Düllem giebt ebenfalls eine eingehende Schilderung über den Befund der Leiche. Das Blut war an die Gardinen, Fenstern, Ofen u. gespritzt. In der Küche ist keine Blutspur vorhanden gewesen. Es war nichts vorhanden, was darauf schließen ließ, daß der Mörder sich irgendwo seine Hände gewaschen oder auch nur abgewischt hätte. Die Wäsche muß vor erfolgtem Morde mit unblutigen Händen herausgerissen worden sein. Auch war eine angebrannte Zigarre vorhanden, so daß anzunehmen ist, der Mörder hat vorher an der Stelle des Verbrechens eine Zigarre geraucht. — Präsident: Nun, Angeklagter, haben Sie hierzu etwas zu sagen? — Angell.: Ich habe nur zu bemerken, daß ich überhaupt nicht rauche, also der Mörder nicht gewesen sein kann. — Präsi.: Wie es aber, wenn Zeugen auftreten, die Sie schon haben rauchen sehen. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, Sie thun beständig nicht alles zu leugnen. Der Umstand, daß Sie Raucher sind, belästigt Sie ja noch nicht. — Angell.: Ich gebe zu, daß ich einmal eine Zigarre rauche, wenn ich eine geschenkt erhalte, gewöhnlich rauche ich aber nicht. — Präsi.: Es ist doch aber sehr gleichgültig, ob Sie selten oder regelmäßig Zigarren rauchen. — Auf weiteres Befragen deponirt Kriminal-Inspektor v. Düllem: In bezug auf das Blut durchsichtige konnte, ehe der Thatbestand festgestellt war, so ist in Uebereinstimmung mit dem ersten Staatsanwalt Angern, der ebenfalls zur Stelle war, die Wegschaffung der Leiche und zwar noch in derselben Nacht angeordnet worden. — Stadt-Physikus Geh. Medizinalrath Wolff: Der Schädel der Ermordeten war vollständig zertrümmert. Augenscheinlich hat der Mörder zunächst einen sehr heftigen Schlag und alsdann noch eine Reihe von Schlägen geföhrt. Der Tod ist durch die Beträmmung des Gehirns eingetreten. Außerdem waren das Rinn und der Mundwinkel der Ermordeten arg verletzt. Ein Kampf hat augenscheinlich nicht stattgefunden. Der vorgefundene Mord der Ermordeten ausgeföhrt worden. Die lange vorher geföhrt tödtliche Schlag geföhrt worden ist, als Herr Dr. Werner gerufen wurde, ob eine halbe oder 1 1/2 Stunde, läßt sich nicht feststellen. Da noch keine Todtenstarre eingetreten war, so kann man nur sagen, der tödtliche Schlag muß vor nicht langer Zeit geföhrt worden sein.

Stadt-Physikus Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Limann tritt dem Gutachten des Geh. Medizinalrath Dr. Wolff vollständig bei. Augenscheinlich ist der erste Schlag geföhrt worden, indem der Mörder seinem Opfer gegenüber gestanden hat. Die Frau ist alsdann niedergefallen und hierauf hat der Mörder die weiteren Schläge von hinten oder von der Seite geföhrt. — Präsi.: Die „Juden“ (Brecheisen), die der Angeklagte besitzen haben, soll, kann die That vollführt worden sein. Ebenso ist es aber möglich, daß die That mit einem Hammer vollführt worden ist. — Hier wird die Sitzung gegen 6 Uhr Abends auf morgen (Dienstag) Vormittag 9 1/2 Uhr vertagt.